G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Aspekte des Regierungswechsels in Bonn

Jürgen Harrer
Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik

Henning Friege und Peter M. Kaiser
Die IG Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst als multinationale Konzerne

Walter Volpert
Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft

Edgar Gärtner
Der „Club of Rome" und die gegenwärtige Krise des Kapitalismus

Dokumente der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974

6'74

Juni 1974 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1974

CHRONIK DES MONATS MAI 1974 541

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Frankreich *Werner Goldschmidt* 544

Zur Entwicklung in Portugal seit Caetanos Sturz . . . *Jürgen Ostrowsky* 549

Italien nach dem Scheidungsreferendum . . . . . *Wilfrid Schilling* 554

Fünfundzwanzig Jahre Weltfriedensbewegung . . . . *Wilhelm M. Breuer* 556

HAUPTAUFSÄTZE

Aspekte des Regierungswechsels in Bonn . . . . . *Karl D. Bredthauer* 559

Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik *Jürgen Harrer* 569

Die IG Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst als multinationale Konzerne. Zum Konzentrationsprozeß in der deutschen Industrie der BRD . . *Henning Friege und Peter M. Kaiser* 582

Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft . . . . . *Walter Volpert* 602

Der „Club of Rome" und die gegenwärtige Krise des Kapitalismus . . . . . *Edgar Gärtner* 620

BÜCHER

Willgerodt / Bartel / Schillert, Vermögen für alle . . . *Gerhard Bessau* 633

Reinhard Kühnl (Hrsg.), Geschichte und Ideologie. — Hoffacker / Hildebrandt u. a., Bestandsaufnahme Geschichtsunterricht . . . . . *Hans See* 635

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 638

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974 über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (Wortlaut) 639

Aktionsprogramm der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974 über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (I) (Wortlaut) 643

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Neunzehnter Jahrgang · Heft 6/1974

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER †
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL †
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Mai 1974

1. 5. — U N O. Die 6. Sondersitzung der UN-Generalversammlung billigt ohne Abstimmung eine „Deklaration über die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" sowie ein umfangreiches „Aktionsprogramm" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"); sechs weitere Texte werden an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen überwiesen. Nach der Verabschiedung der beiden Hauptdokumente erklärt US-Botschafter Scali, die amerikanische Delegation mißbillige „in starkem Maße einige Bestimmungen" und habe „in keiner Weise zugestimmt". Andere Staaten, darunter die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Japan geben ebenfalls Vorbehalte zu Protokoll. — Am 2. 5. wird die Sondersitzung (9. 4.—2. 5.) beendet.

2. 5. — B R D / D D R. Die im Grundlagenvertrag vorgesehenen „Ständigen Vertretungen" der beiden Staaten nehmen die Tätigkeit in Bonn bzw. Berlin auf.

4. 5. — B e l g i e n. Die Abgeordnetenkammer spricht der nach langwierigen Koalitionsverhandlungen gebildeten christlichsozial-liberalen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Leo Tindemans mit 100 Stimmen gegen 63 Stimmen (Sozialisten und Kommunisten) das Vertrauen aus. Die 47 Abgeordneten der Sprachparteien aus Flandern, Wallonien und Brüssel enthalten sich der Stimme. Die Wahlen hatten am 10. März 1974 stattgefunden.

5. 5. — F r a n k r e i c h. Im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen erreicht keiner der Kandidaten die von der Verfassung vorgeschriebene Mehrheit. Von den 25 775 743 abgegebenen Stimmen entfallen auf den gemeinsamen Kandidaten der Linken, Francois Mitterrand, 11 044 373 = 43,24 %, auf den Kandidaten der Unabhängigen Republikaner, Valery Giscard d'Estaing, 8 326 774 = 32,60 % und auf den Kandidaten der regierenden Gaullisten,

Jacques Chaban-Delmas, 3 857 728 = 15,10 %. Die übrigen neun Kandidaten bleiben weit unter fünf Prozent. Das Exekutivbüro der gaullistischen UDR faßt den Beschluß, nach dem Ausscheiden von Chaban-Delmas im zweiten Wahlgang Giscard d'Estaing zu unterstützen. — Am 19. 5. wird im 2. Wahlgang Giscard d'Estaing mit knapper Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Das vorläufige amtliche Endergebnis lautet: Wahlberechtigte 29 774 211 (einschließlich der Überseegebiete 30 600 775); Wahlbeteiligung 26 168 242 = 87,88 % (26 724 595 = 87,33 %); Giscard d'Estaing 13 082 006 = 50,66 % (13 396 203 = 50,81 %); Mitterrand 12 737 604 = 49,33 % (12 971 604 = 49,19 %). — Am 27. 5. übernimmt Giscard d'Estaing die Amtsgeschäfte und ernennt am 28. 5. den bisherigen Innenminister Jacques Chirac (UDR) zum neuen Premierminister. Das Außenministerium übernimmt der bisherige Botschafter in Bonn, Jean Sauvagnargues.

6. 5. — Bundesregierung. Bundeskanzler Willi Brandt erklärt seinen Rücktritt. Brandt gibt in einem Brief an Bundespräsident Heinemann folgende Begründung für seinen Entschluß: „Ich übernehme die politische Verantwortung für Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffäre Guillaume und erkläre meinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers. Gleichzeitig bitte ich darum, diesen Rücktritt unmittelbar wirksam werden zu lassen und meinen Stellvertreter Bundesminister Scheel mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bundeskanzlers zu beauftragen, bis mein Nachfolger gewählt ist." Heinemann nimmt den Rücktritt an. Brandt bleibt SPD-Vorsitzender. — Am 7. 5. nominiert das Präsidium der SPD den stellvertretenden Parteivorsitzenden, Bundesfinanzminister Helmut Schmidt, für das Amt des Bundeskanzlers. — Am 16. 5. wählt der Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten Helmut Schmidt zum neuen Bundeskanzler. Von 492 Stimmen (Westberliner Abgeordnete 22) werden 267 (13) für Schmidt abgegeben. 225 (9) Abgeordnete stimmen mit Nein. Das neue Kabinett, das noch am gleichen Tag benannt wird, setzt sich wie folgt zusammen: Vizekanzler und Außenminister: Hans-Dietrich Genscher (FDP); Inneres: Werner Maihofer (FDP); Justiz: Hans-Jochen Vogel (SPD); Finanzen: Hans Apel (SPD); Wirtschaft: Hans Friderichs (FDP); Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Josef Ertl (FDP); Arbeit und Sozialordnung: Walter Arendt (SPD); Verteidigung: Georg Leber (SPD); Jugend, Familie und Gesundheit: Katharina Focke (SPD); Verkehr, Post und Fernmeldewesen: Kurt Gscheidle (SPD); Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Karl Ravens (SPD); Innerdeutsche Beziehungen: Egon Franke (SPD); Forschung und Technologie: Hans Matthöfer (SPD); Bildung und Wissenschaft: Helmut Rohde (SPD); Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Erhard Eppler (SPD). Die SPD-Minister Lauritz Lauritzen, Gerhard Jahn, Klaus v. Dohnanyi, Egon Bahr und Horst Ehmke gehören der Bundesregierung nicht mehr an. Neuer Chef des Presseamtes wird Klaus Bölling (SPD). — Am 17. 5. gibt Bundeskanzler Schmidt vor dem Bundestag seine Regierungserklärung ab. Die Debatte findet am 20. und 21. 5. statt.

9. 5. — USA. Die Justizkommission des Repräsentantenhauses beginnt mit „Hearings" über das Absetzungsverfahren gegen Präsident Nixon. Damit wird (erstmalig seit 106 Jahren) ein „Impeachment" gegen einen regierenden Präsidenten geführt. Die Kommission beschließt nach einer öffentlichen Sitzung mit 31 gegen 6 Stimmen, die Verhandlungen geheim fortzusetzen.

13. 5. — UdSSR/DDR. Ministerpräsident Horst Sindermann führt in Moskau eintägige Gespräche mit dem sowjetischen Parteisekretär Breschnew und Ministerpräsident Kossygin. Die Nachrichtenagentur TASS berichtet, in dem Gespräch Sindermanns mit Breschnew seien „einige internationale Fragen diskutiert" worden, die auf „die Zusammenarbeit beider Länder hinsichtlich einer dauerhaften Entspannung in Europa und der Welt Einfluß haben".

15. 5. — Bundespräsident. Die in Bonn zusammengetretene Bundesversammlung wählt den FDP-Parteivorsitzenden und Vizekanzler Walter Scheel zum 4. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland (Amtsantritt: 1. Juli 1974). Die Entscheidung fällt schon im 1. Wahlgang mit 530 der 1033 abgegebenen Stimmen. Auf den von der CDU/CSU aufgestellten Gegenkandidaten, den Bundestagsabgeordneten Dr. Richard v. Weizsäcker, entfallen 498 Stimmen.

— Portugal. Der Chef der „Junta der Nationalen Erneuerung", General Antonio de Spinola, übernimmt auch formell das Amt des Staatspräsidenten. Anschlie-

ßend gibt Spinola die Zusammensetzung einer „provisorischen Übergangsregierung" bekannt, der unter Ministerpräsident Prof. Adelino da Palma Carlos u. a. der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Mario Soares, als Außenminister und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Alvaro Cunhal, als Staatsminister ohne Portefeuille angehören. — Am 20. 5. gehen der ehemalige Staatspräsident Thomaz und der frühere Ministerpräsident Caetano ins Exil nach Brasilien. — Am 25. 5. beginnen in London Verhandlungen zwischen Außenminister Soares und einer Delegation der Afrikanischen Bewegung für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln (PAIGC) über einen Waffenstillstand und die Beendigung des Kolonialkrieges.

— Jugoslawien. In Belgrad konstituiert sich entsprechend der neuen Verfassung die Bundesversammlung, die nur noch aus zwei (bisher fünf) Kammern besteht. Die Versammlung wählt Präsident Tito erneut zum Staatspräsidenten „ohne zeitliche Begrenzung".

16. 5. — FDP. Der Parteivorsitzende Walter Scheel legt im Hinblick auf seine Wahl zum Bundespräsidenten den Vorsitz nieder und stellt gleichzeitig den Antrag, seine Mitgliedschaft in der FDP ruhen zu lassen. Geschäftsführender Vorsitzender bis zu einem neuen Parteitag wird Hans-Dietrich Genscher.

18. 5. — Indien. Mit der Auslösung einer unterirdischen Kernexplosion in der Wüste Rajasthan tritt Indien nach den USA, der UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China in den Kreis der Atommächte ein. Premierminister Indira Gandhi läßt erklären, ihr Land bleibe weiterhin der ausschließlich friedlichen Verwendung der Atomenergie verpflichtet.

23. 5. — Abrüstung. Die Genfer Abrüstungskonferenz beendet ihre Frühjahrssession (16. 4.—23. 5.). Die Konferenz hatte über das Verbot der Herstellung chemischer Waffen und über die Einstellung unterirdischer Kernwaffenversuche beraten. Die 639. Plenarsitzung wird zum 2. Juli 1974 einberufen.

28. 5. — Großbritannien. Der nordirische Ministerpräsident Faulkner und fünf seiner Parteikollegen demissionieren. Faulkner zieht damit die Konsequenz aus der innenpolitischen Krise in der Provinz, die mit den durch die „Ulster Workers Councils" organisierten Streikaktionen einen neuen Höhepunkt erreicht hatte. — Am 29. 5. löst die Regierung in London die Provinzregierung auf und suspendiert das Parlament von Nordirland für die Dauer von vier Monaten.

30. 5. — Naher Osten. Israel und Syrien einigen sich auf die „Entflechtung" ihrer Truppen an der Golan-Front. Während des ganzen Monats hatte sich US-Außenminister Kissinger zu Vermittlungsgesprächen im Nahen Osten aufgehalten. Auch der sowjetische Außenminister Gromyko hatte zwei Reisen in den Nahen Osten unternommen. Die beiden Außenminister waren am 7. 5. in Nikosia auf Zypern und am 29. 5. in Damaskus zusammengetroffen. — Am 31. 5. wird die Vereinbarung von General Adnan Tayara (Syrien) und General Herzel Shafir (Israel) in Genf unterzeichnet. Den Vorsitz der kurzen Zeremonie im Palais des Nations, an der auch die Botschafter Bunker (USA) und Winogradow (UdSSR) sowie General el-Magdoub (Ägypten) teilnehmen, führt im Auftrag von UN-Generalsekretär Waldheim der finnische General Siilasvuo. Das Abkommen sieht den Teilrückzug Israels aus besetzten Gebieten Syriens (darunter der Stadt Kuneitra) und die anschließende Einrichtung einer militärisch „ausgedünnten" Zone zwischen den Streitkräften beider Seiten vor. Der UN-Generalsekretär wird ermächtigt, eine „UN-Truppe zur Überwachung der Entflechtung" (UNDOF) in Stärke von 1250 Mann aufzustellen, deren Kontingente „in Konsultationen mit den Parteien bei Mitgliedern der Vereinten Nationen, die nicht ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, ausgewählt werden" sollen. Nach Inkrafttreten des syrisch-israelischen Abkommens soll der gegenseitige Austausch der Kriegsgefangenen erfolgen.

des Pyromanen mit jener des Feuerwehrmannes zu vertauschen, der sich sauersüß vor dem Volkswillen verneigt und im übrigen behauptet, das Referendum nie gewollt und nichts zur Degeneration des Wahlkampfs beigetragen zu haben.

Obwohl innerhalb der Regierungskoalition vorläufig noch trügerische Ruhe herrscht und sich die Sieger äußerst maßvoll zeigen, werden die politischen Konsequenzen nicht ausbleiben, denn diese Abstimmung ist gleichzeitig ein globales Votum für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes und nicht nur als Bestätigung staatsbürgerlicher Freiheiten zu werten. Vor allem ist es aber auch ein Sieg der Linken, weil sich diesmal selbst zahlreiche Bürgerliche nicht im geringsten von antimarxistischen Tiraden und Drohungen beeindrucken ließen und mit Nein stimmten. Als Beweis dafür mag die Äußerung des Vertreters von „Panorama", einem in Mailand erscheinenden bürgerlichen Magazin, in einer Postreferendumsdiskussion des Luganeser Fernsehens dienen, der den Tausenden kommunistischer Funktionäre für ihren Einsatz dankte, der seiner Meinung nach für den Sieg über die Democrazia Cristiana den Ausschlag gegeben hatte.

Der für seine Wendigkeit berühmte Fanfani wird in Zukunft als Parteisekretär keinen leichten Stand haben. Die Vertreter der linksgerichteten „Forze Nuove", wie Donat-Cattin und Galloni, üben bereits harte Kritik. Ersterer nannte das Referendum einen „geschichtlichen Irrtum", während nach Galloni die Lektion dahingehend verstanden werden müsse, daß es in Italien keine schweigende Mehrheit gibt, die für konservative Abenteuer zu haben ist, und niemand mehr auf den manirierten Antikommunismus hereinfällt. Auch Moro hat sich dieser Kritik angeschlossen. Allgemein wird nach einer Gewissenserforschung der DC verlangt.

Inzwischen steht als ein Test für die Tragweite des Referendums die Wahl für das Regionalparlament von Sardinien an, wo die fortschrittlichen Kräfte 55,2 % erringen konnten und die Konservativreaktionäre gegenüber den Nationalwahlen 1972 von 52,2 auf 44,8 % abgefallen sind. Fanfani hat sich hier erneut in den Wahlkampf geworfen, um zu beweisen, daß die Dissidenten bei rein politischen Wahlen wieder in den alten Stall zurückkehren. Dem aber haben die katholischen Neinsager bereits ein neues Nein entgegengesetzt. Einer der begabtesten italienischen Satiriker, der Kommunist Fortebraccio (vor anderthalb Jahrzehnten selbst noch christdemokratischer Parlamentsabgeordneter), schrieb, die DC möge um Himmels willen Fanfani als Parteisekretär weiterbehalten, „denn er ist unsere wirkungsvollste 5. Kolonne".

Italien ist in eine neue politische Phase eingetreten, in der die Sauerstoffzufuhr des Referendumsergebnisses der Linken einen weiten Atem zu geben verspricht.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

Fünfundzwanzig Jahre Weltfriedensbewegung

Vom 27. bis 29. Mai fand in Paris im Palais du Luxembourg, dem Sitz des französischen Senats, eine Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der organisierten Weltfriedensbewegung statt. Die Bilanz der Geschichte dieser Bewegung zeigt, wie sehr im vergangenen Vierteljahrhundert der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die inter-

nationalen Beziehungen gewachsen ist und in welchem Maße die Aktionen nichtstaatlicher Organisationen dazu beitragen konnten, die Politik der Entspannung durchzusetzen.

Vor 25 Jahren fand in Paris der erste Weltfriedenskongreß statt, zu dem der weltbekannte französische Physiker und damalige Hochkommissar für Atomenergie, Frédéric Joliot-Curie, der sowjetische Schriftsteller Alexander Fadejew, die Präsidentin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, Eugénie Cotton, der britische Physiker und Wissenschaftstheoretiker John Bernal und weitere international bekannte Persönlichkeiten aufgerufen hatten. Erfüllt von der Sorge über die mit dem Beginn der Ära des Kalten Krieges und der „Roll back"-Strategie heraufbeschworenen Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges, kamen damals Delegierte aus 72 Ländern nach Paris. Sie waren sich bewußt, daß die Verteidigung des Friedens nur über die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und durch gemeinsames Handeln erreicht werden könne — ein Gedanke, den Joliot-Curie so formulierte: „Kein Volk und kein Mensch kann sich allein vor dem Krieg schützen. Dieses Ziel kann nur durch die gemeinsame Aktion aller Völker und Nationen erreicht werden."

Der erste Weltfriedenskongreß proklamierte damals die bis heute für die gesamte Weltfriedensbewegung geltenden Prinzipien, deren Kernstücke friedliche Koexistenz, Abrüstung und nationale Unabhängigkeit sind. Daß diese neue internationale Bewegung bald zu einer wirklichen Massenbewegung wurde, zeigte sich an der weltweiten Resonanz, die der „Stockholmer Appell" für das Verbot der Atomwaffen fand. Mehr als 500 Millionen Menschen unterzeichneten diesen Appell, der durch den Ausbruch des Korea-Krieges und die damit verbundene Gefahr des Atomwaffeneinsatzes durch die USA eine unmittelbare und konkrete politische Bedeutung erlangte. Zahlreiche weitere Aktionen — von den Protesten gegen den Korea-Krieg, der Solidarität mit den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha, dem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus bis zu den heutigen Aktionen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — markieren die Entwicklung der Weltfriedensbewegung.

Heute gehören dem Weltfriedensrat Vertreter zahlreicher internationaler und nationaler Organisationen aus 120 Ländern an. Dies bedeutet jedoch nicht nur ein quantitatives Wachstum — zugleich ist die Weltfriedensbewegung von Jahr zu Jahr breiter geworden und umfaßt heute die verschiedensten politischen Gruppierungen und weltanschaulichen Richtungen. Darüber hinaus gelang es, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen — nationalen und internationalen, nichtstaatlichen und zwischenstaatlichen — zu vertiefen. Gerade das vom Weltfriedensrat verfolgte Ziel der umfassenden Zusammenarbeit, der Offenheit des Dialogs und der gemeinsamen Aktion ist der Garant seiner politischen Wirksamkeit. Die aus dem Bemühen um Einheit resultierende Kraft manifestierte sich eindrucksvoll im Oktober letzten Jahres auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau, dem mit 3200 Delegierten aus 143 Ländern breitesten Forum der Weltöffentlichkeit in der Geschichte der Friedensbewegung.

Heute sind die Aufgaben der Weltfriedensbewegung umfassender geworden — denn es wird zunehmend erkannt, daß der Kampf um den Frieden untrennbar mit dem Kampf für nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt verbunden ist. In ihrer Deklaration zum 25. Jahrestag betonte daher die Pariser Präsidiumstagung: „Unsere Aufgabe besteht heute nicht nur darin, Kriege zu verhindern, sondern einen dauerhaften Frieden aufzubauen."

Daß es, wie es weiter in diesem Dokument heißt, „heute keine die Menschheit berührende Frage gibt, mit der sich die Friedensbewegung nicht befassen würde", kam in Paris deutlich zum Ausdruck. Ein thematischer Schwerpunkt der Diskussion in den Kommissionen und Plenarsitzungen waren z. B. die aktuellen Rohstoff- und Entwicklungsprobleme, zu denen auf der Grundlage der vorbereitenden Arbeit einer internationalen Expertenkommission eine umfangreiche Stellungnahme verabschiedet wurde. Um die thematische Breite zu dokumentieren, seien nur einige weitere Fragen genannt, die Gegenstand der Pariser Beratungen waren: die gegenwärtige Lage in Vietnam, Laos und Kambodscha; Solidarität mit den verfolgten chilenischen Patrioten; die Entwicklung Lateinamerikas; die Lage im Nahen Osten; die Situation in Korea; Aktionsziele im Kampf für die Abrüstung; Kooperation mit der UNESCO; und vieles andere mehr.

Die in Paris gezogene Bilanz der 25jährigen Geschichte der Weltfriedensbewegung war keineswegs die aus Anlaß eines Jubiläums vorgenommene bloße Addition der bisherigen Erfolge — sie enthielt zugleich eine klare Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage und die daraus abgeleitete Bestimmung der aktuellen Aufgaben der Friedensbewegung. Als vorrangiges Ziel hebt die Schlußdeklaration hervor: „Die Völker müssen handeln, um die Entspannung zu einem Prozeß zu machen, der von den Kräften des Imperialismus und des Krieges nicht mehr umgekehrt werden kann." Der Appell zum aktiven Handeln der Völker, der vor 25 Jahren am Beginn der Weltfriedensbewegung stand, hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt: vereint haben die Völker die Kraft, den Prozeß der Entspannung unumkehrbar zu machen.

Wilhelm M. Breuer

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

40 *Abdel Hadi/El-Labadi/Paech/Sommer/Weingartz,* BRD, Israel und die Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. 208 S. DM 9,80

42 Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Medizinerkongresses am 20./21. Januar 1973. 424 S. DM 14,80

43 *Bethge/Roßmann* (Hrsg.), Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. 384 S. DM 12,80

44 *Cagin,* Der subjektive Faktor. 256 S. DM 12,80

45 *Haug,* Einführung ins „Kapital". 196 S. DM 12,80

46 *v. Bredow* (Hrsg.), Folgen der Abrüstung. ca. 250 S. ca. DM 14,80

49 *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. 304 S. DM 19,80

50 *Hahn,* Probleme der marxistischen Soziologie. 348 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Aspekte des Regierungswechsels in Bonn

Von Karl D. Bredthauer

I

Im neuen Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), abgeschlossen am 2. Mai und vorgelegt zur BDI-Mitgliederversammlung am 21. Mai 1974, zeichnen die maßgeblichen Kreise der bundesrepublikanischen Industrie ein düsteres Bild der internationalen Lage. Zugleich werden innenpolitisch unmißverständliche Signale gesetzt. „Der BDI", heißt es dort, „legt diesen Bericht in einer kritischen Situation vor. Die Hoffnungen, die er im vergangenen Jahr mit der konsequenten Politik der Deutschen Bundesbank, den Stabilitätsprogrammen der Bundesregierung und der konjunkturellen Expansion verknüpft hatte, erfüllten sich nicht", heißt es im Geleitwort des Industriepräsidenten Dr. Sohl. Stichworte der Krise sind: „eine neue weltwirtschaftliche Situation", die Ölkrise, die Verschärfung des „währungspolitischen Ungleichgewichts", die weitere Verstärkung der Inflation, vor allem aber die Krise der EWG: „In einer Zeit, in der sich tiefgreifende Veränderungen globalen und bipolaren Ausmaßes vollziehen, kommt die innere Zerrissenheit der Gemeinschaft einer europäischen Tragödie gleich" [1]). „Die Lähmung im europäischen Einigungsprozeß ist", in den Augen des BDI, „um so alarmierender, als sie mit tiefgreifenden Spannungen in dem für Europa lebenswichtigen Atlantischen Bündnis zusammenfällt" [2]). Zusammengefaßt lautet die Diagnose der Industrie: „Die weltpolitische und weltwirtschaftliche Herausforderung läßt Europa nicht mehr viel Zeit" [3]). Die Häufung und Verschärfung von Krisenerscheinungen auf fast allen Gebieten der Wirtschaft wie der Politik ist für den BDI freilich keineswegs Anlaß zur Resignation. Ohne ausdrücklich von Regierungswechsel in Bonn zu sprechen — nur die Überschrift „Vor neuen schweren Aufgaben" [4]) gibt zu denken —, erklärt Präsident Sohl in seinem Geleitwort: „Neben den Gefahrenherden eröffnen sich durchaus auch neue Chancen."

Der neue Bundeskanzler hat in einem Aufsatz, den die maßgebliche außenpolitische Zeitschrift der USA, „Foreign Affairs", bemerkenswerterweise als ersten Artikel ihres April-Heftes veröffentlichte, noch vor dem Wechsel in Bonn die gleiche Krisendiagnose gestellt. Die Weltwirtschaft sei „in eine Phase außergewöhnlicher Instabilität eingetreten und ihre weitere Entwicklung (ist) absolut ungewiß; die Zukunft kann Stabilität bringen, aber auch noch größere Instabilität. Mehr Integration, engere Zusammenarbeit, eine verbesserte Arbeitsteilung könnten den allgemeinen Wohlstand der Völker steigern. Aber ebenso gut könnte die weitere Entwicklung im Zeichen von Desintegration, nationaler Isolierung und der Suche nach Autarkie stehen ..." [5]). „Time is short" — die Zeit ist knapp —, erklärt auch Schmidt [6]) am Ende seines Überblicks über die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft, in dem er neben den USA nur noch *ein* westliches Land, die Bundesrepublik, als potentiell befähigt sieht, wirksame Initiativen gegen die Krise zu ergreifen. Innenpolitisch forderte Schmidt zur gleichen Zeit rasche und grundlegende Veränderungen in Bonn, so z. B. am 6. März in der Fernsehsendung

1) BDI-Jahresbericht 1973/74, Köln 1974, S. 9.
2) Ebd., S. 10.
3) Ebd., S. 12.
4) BDI-Jahresbericht 1973/74, Überschrift des Leitartikels, S. 9.
5) Helmut Schmidt, The Struggle for the World Product, Politics Between Power and Morals, in: „Foreign Affairs", Vol. 52, No. 3, April 1974, S. 437. (Übers. v. Verf.)
6) Ebd., S. 451.

„Im Brennpunkt", als er auf Fragen, ob eine Regierungsumbildung notwendig sei, antwortete: „Über eine Regierungsumbildung wird man sicherlich mit dem Bundeskanzler reden können. Aber das alleine würde mir nun dann auch nicht reichen ... Es muß schon ein bißchen tiefer gehen, als ein paar Personen auszuwechseln" [7]).

Ein paar Wochen später war der Wechsel in Bonn Tatsache. Es gab die Regierungsumbildung, es gab sie unter einem neuen Bundeskanzler, Helmut Schmidt. Wenig mehr als ein Jahr nach einem triumphalen Wahlsieg fand — der Vergleich zur Ablösung Ludwig Erhards 1966 drängt sich auf — Willy Brandts Kanzlerschaft ein abruptes Ende (schon seit 1963, seit dem Rücktritt des letzten Kabinetts Adenauer, hat übrigens keine Regierung in Bonn mehr das Ende der regulären Legislaturperiode erreicht). Außer in den USA, wo Präsident Nixon noch amtiert, hat damit in allen anderen 14 NATO-Staaten seit 1972 die Regierung gewechselt. Was in Bonn zunächst vor allem unter den Auspizien einer Agentenaffäre erörtert wurde, erscheint, vergleicht man die Situation in den anderen westlichen Ländern, im Zusammenhang eines allgemeinen Trends, der ohne die weltweite Krise des Kapitalismus unerklärlich bliebe. Während sich allerdings in vielen NATO-Staaten unter dem Eindruck der Krise eine Öffnung nach links anbahnt — die weitere Stärkung der „Union Populaire" bei den französischen Präsidentschaftswahlen, die verheerende Schlappe des Aktionsbündnisses von Christlichen Demokraten und Neofaschisten beim italienischen Scheidungsreferendum, der Sturz der Diktatur und die Regierungsbeteiligung von Sozialisten und Kommunisten in Portugal, die Wahlniederlage der Christlichsozialen in Luxemburg seien als Beispiele genannt —, scheint die Bundesrepublik mit dem Wechsel von Brandt zu Schmidt eher einen Schritt nach rechts zu rücken. Die Politik der maßgeblichen Industriekreise, soweit sie im bereits zitierten Jahresbericht des BDI formuliert ist, zielt offenkundig darauf — ungeachtet der gescheiterten Rechtsexperimente Heaths in Großbritannien und Fanfanis in Italien —, durch eine dosierte Rechtsverschiebung der Achse des politischen Lebens die gegenwärtig noch relativ stabile BRD fester in den Griff zu nehmen, um, heute noch aus einer Position relativer Stärke heraus, vorbeugend die Macht des großen Kapitals in der Bundesrepublik zu konsolidieren, auszubauen und international stärker zur Geltung zu bringen. Der Versuch einer präventiven Stabilisierung soll der Entwicklung italienischer, französischer oder britischer Verhältnisse in der BRD — sowohl was die nachlassende Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft und die damit verbundene Schwächung der Kapitalmacht, wie auch was die Kampfkraft der Gewerkschaften und die Stärkung der demokratischen Kräfte insgesamt angeht — vorbeugen und zugleich die Grundlage für ein verstärktes Einwirken der Bundesrepublik auf die innere Entwicklung anderer EG-Staaten und auf internationale Prozesse festigen. Im Zeichen stärkerer Rechtsakzentuierung müssen dabei die seit dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition 1969 geweckten Hoffnungen auf „mehr Demokratie" im Innern und eine Außenpolitik des Friedens als „Reformüberschwang" und „Entspannungseuphorie" denunziert werden. Der Schock des Kanzlerwechsels, scheint es, erlaubt den Schnitt. Helmut Schmidts Ankündigung in seiner Regierungserklärung vom 18. Mai 1974 — „In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite" — wird in diesem Sinne als Absage an Erwartungen inner- und außerhalb der Sozialdemokratie verstanden, Ziel der sozialliberalen Koalition sei eine

[7]) Abgedruckt in der im April erschienenen 2. erweiterten Auflage des Schmidt-Sammelbandes „Auf dem Fundament des Godesberger Programms", Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg, S. 7 f.
[8]) „Vorwärts" v. 23. 5. 1974.

mehr an den Arbeitnehmerinteressen orientierte Politik oder gar eine grundlegende Demokratisierung der Bundesrepublik.

„Jetzt geht's ans Krötenschlucken", verheißt der Chefredakteur des „Vorwärts" in einem Artikel über „Schmidts Kurskorrektur", wobei er die Präzisierung nicht scheut: „Daß diese Kurskorrekturen nach rechts vorgenommen werden, versteht sich angesichts der veränderten Stimmungslage in der Bundesrepublik von selbst" [8]). „Realismus und Nüchternheit", von Schmidt gefordert, werden freilich kaum daran vorbeiführen, daß es „Kurskorrekturen" ganz anderer Art waren — nämlich die Notwendigkeit, die BRD nach zwanzig Jahren Rechtskurs veränderten Realitäten anzupassen und drohende internationale Isolierung zu verhüten —, die die sozialliberale Koalition an die Regierung brachten. Der Spielraum, den die internationale Entwicklung, gerade auch in Europa, für Rechtsmanöver der BRD offenläßt, dürfte — nüchtern betrachtet — in den letzten Jahren kaum gewachsen sein. Helmut Schmidts Regierungspraxis wird zeigen müssen, ob seine „neue Nüchternheit" wirklichem Realismus entspringt. Hier ist zunächst Schmidts Regierungserklärung zu untersuchen.

II

„Kontinuität und Konzentration" — das sind, laut Regierungserklärung, die „Leitworte" der Regierung Schmidt/Genscher. In jenen Teilen der Regierungserklärung, die sich mit der internationalen Situation und Politik der Bundesrepublik befassen, hat sich eine doppelgesichtige Kontinuität niedergeschlagen. Die Widersprüchlichkeit der Außenpolitik Brandts und Scheels, die einerseits wichtige Schritte zur Entspannung einleitete, ohne sich aber andererseits konsequent genug von wesentlichen Axiomen der Adenauer-Ära zu lösen, diese immanente Widersprüchlichkeit wird fortgeschrieben, teils sogar ausdrücklich akzentuiert, teils auch einfach dadurch verschärft, daß bisher noch offengebliebene, inzwischen aber überfällige Konsequenzen der Koexistenz- und Vertragspolitik weiterhin ausbleiben. Darin liegt eine Verschärfung des Widerspruchs, die nicht unbedenklich ist, weil Entspannung einerseits, NATO-Integration und Rüstungsverstärkung andererseits wohl kaum für alle Zeit nebeneinander herlaufen können.

Kontinuität, positiv verstanden, verlangt die Fortsetzung der mit den Verträgen von Moskau, Warschau und Berlin eingeleiteten Politik. Die Sowjetunion, die DDR und andere sozialistische Länder haben ihrerseits deutlichgemacht, daß sie zur Fortsetzung der Entspannungspolitik, zum Ausbau der Beziehungen auf allen in Frage kommenden Gebieten bereit sind. In Schmidts Regierungserklärung heißt es zu diesem Thema: „Auf dem festen Fundament unseres Bündnisses im Nordatlantikpakt pflegen wir ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Pakts". Keine sehr dynamische Perspektive, was den Ausbau des zweifellos noch sehr ausbaufähigen Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern angeht, aber die etwas vage Formel versperrt gegenwärtig den Weg für Fortschritte nicht. Da Schmidt immer noch vorrangig in Block-Kategorien — hie Nordatlantikpakt, da Warschauer Pakt — denkt, fällt es ihm schwer, die über die Blockkonfrontation hinausgreifenden neuen Dimensionen gesamteuropäischer Kooperation wahrzunehmen. Brandts Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 war bereits deutlicher: „Wir werden eine breite Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und auf kulturellem Gebiet mit den Staaten Osteuropas suchen", heißt es dort.

Zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) steht in Schmidts Erklärung knapp, die Bundesregierung messe ihr „eine vertrauensbildende Bedeutung zu". Dies ist zweifellos ein wichtiger Aspekt, erfaßt aber natürlich keineswegs alle Seiten dieser für die Verankerung und die Entfaltung der Entspannung in Europa in nächster Zeit grundlegenden Konferenz, zu der sich die neue Bundesregierung zweifellos noch konkreter und engagierter wird äußern müssen. Zu den Wiener Verhandlungen über Truppen- und Rüstungsverminderungen in Mitteleuropa erklärt die neue Regierung die Absicht, „ihre eigenen Anstrengungen ... mit dem ernsten Willen zum Erfolg" fortzusetzen. Sie setzt diese Ankündigung freilich unter das von den sozialistischen Verhandlungspartnern abgelehnte Etikett „MBFR". Zu begrüßen ist, daß die Bundesregierung ausdrücklich ihre Unterstützung der sowjetisch-amerikanischen Bemühungen um die Begrenzung strategischer Waffensysteme (SALT) ausspricht.

Über das Verhältnis zur DDR heißt es, die Bundesregierung sei entschlossen, „den Vertrag nach Buchstaben und Geist voll zu erfüllen", und werde „nicht in dem Bemühen nachlassen, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern". Auf dieser Grundlage sollten weitere Fortschritte zu erreichen sein, auch wenn nicht übersehen werden kann, daß Schmidt von Beziehungen „besonderer Art" und — in einer Sprache, die hinter die völkerrechtlichen Klärungen des Grundlagenvertrags zurückfällt — vom Ziel eines „geregelten Miteinanders" *„in Deutschland"* spricht. Weder den nationalen Interessen der Bundesrepublik, noch der sozialliberalen Koalition, noch gar der Entspannung ist ein Dienst erwiesen, wenn der neue Bundesaußenminister Genscher, „gesamtdeutschen" Illusionen und Einflüsterungen von rechts nachgebend, „Entspannungspolitik" als den Versuch definiert, „einen Zustand in Europa zu schaffen, der die Lösung der deutschen Fragen in unserem Sinne möglich macht, so wie das Grundgesetz es vorschreibt, nämlich die unnatürliche Teilung unseres Volkes zu überwinden" [9]). Wenn Vertreter der Bundesregierung derart unmißverständlich das Motto „alte Politik mit neuen Verträgen" ausgeben, müssen sich CDU/CSU und Landsmannschaften — der offensive Ton auf den Pfingsttreffen bestätigt es — ja geradezu eingeladen fühlen, die ratifizierten Verträge erneut in Frage zu stellen und offen deren Revision zu betreiben. Bonner Versuche, die DDR als souveränes, von der BRD unabhängiges Völkerrechtssubjekt gegen ihren Willen auf die nachträgliche Uminterpretation des Grundlagenvertrags in einem Karlsruher Urteil, das den anachronistischen Geist seiner CSU-„Auftraggeber" atmet, festnageln zu wollen, sind nicht nur international zum Scheitern verurteilt, sie binden auch der Bundesregierung selbst in einem Maße die Hände, über das sich nur die Rechte freuen kann.

Im ganzen sind die Feststellungen der Regierungserklärung zum Thema Entspannung, Koexistenz und Kooperation in Europa von einer eher kargen Zurückhaltung, die — indem sie vieles offenläßt — keine Türen zuschlägt, aber, wenn Kontinuität Fortsetzung der Entspannung heißen soll, in nächster Zeit jenes Maß an konstruktiver Phantasie zur Konkretisierung und Ausfüllung des Skizzierten wird nachtragen müssen, das dieser Regierungserklärung abgeht.

Was die Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 zur Westpolitik der Bundesrepublik ausführt, zeigt in der Tat Kontinuität — bis hin zu Adenauer, De Gasperi und Dulles. Hier hat Schmidt nichts getan, was seinen Ruf als „Atlantiker" gefährden könnte. Über die entsprechenden Formeln Brandts hinaus, hat Schmidt die negative, weil anachronistische und die Ausschöpfung neuer Möglichkeiten ernstlich behindernde Kontinuität der NATO-, USA- und EWG-Bindung in einer

[9]) „Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 63 v. 28. 5. 1974, S. 627.

Weise akzentuiert, die augenzwinkernden Beschwichtigungen, es handele sich da doch lediglich um, vorläufig leider noch unvermeidliche, verbale Pflichtübungen, kaum mehr Raum läßt. Wo Brandt erklärte, „Grundlage unserer Sicherheit bleibt die atlantische Allianz" [10]), da spricht Schmidt von der NATO als *„elementarer* Grundlage" und zugleich als *„Rahmen"* für „unsere Bemühungen um Entspannung in der Welt". Die NATO soll weiter gestärkt, die „militärische und politische Präsenz der USA in Europa" weiter aufrechterhalten werden. Wo die Regierungserklärung von „Rüstungskontrolle und Rüstungsverminderung" spricht, scheint mehr an den Warschauer Pakt als an eigene Leistungen der NATO oder der Bundesrepublik gedacht zu sein. Der Begriff „Abrüstung" taucht übrigens ebensowenig auf wie der Begriff „friedliche Koexistenz".

Von „Europa" ist nur im Sinne der kleineuropäischen Integrationsversuche die Rede, die fortgesetzt werden sollen; auch sie freilich eingeordnet in einen atlantischen „Rahmen". „Wir bekennen uns zur politischen Einigung Europas *in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten"*, heißt es in einer Formulierung, die unberührt scheint von den unsanften Einbrüchen der Wirklichkeit, denen die kleineuropäischen Integrationsträume seit einiger Zeit ausgesetzt sind. Mit der Vokabel „Partnerschaft" setzt sich die neue Bundesregierung in diesem Zusammenhang übrigens bewußt über den Konsens der EG-Staaten, in deren bisherigen Gesprächen über eine gemeinsame Erklärung von EG und USA vereinbart wurde, auf eine derart bindende Formel zu verzichten, hinweg.

Hier wie in einem weiteren Kapitel, das die bemerkenswerte Überschrift „Risiken aus der Weltwirtschaft und der EG" trägt, verzichtet die Regierungserklärung — von der demonstrativen Einbindung in die NATO-Strategie abgesehen — auf eine eindeutige Klärung der Prioritäten ihrer Westpolitik. Die Absicht, die EG „voll funktionsfähig zu halten" und „eine europäische politische Union" zu schaffen, steht neben dem Bekenntnis zur „Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten" und der Berufung auf „unsere traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich", der freilich die Bemerkung angefügt wird: „Sie werden sich aber gleichzeitig auch neu bewähren müssen."

Die frühzeitige Kontaktnahme des neuen Bundeskanzlers mit dem neuen Staatspräsidenten Frankreichs und verschiedene Erklärungen beider Seiten haben Spekulationen auf eine „Achse" Bonn-Paris aufkommen lassen. Theo Sommer, der als Vertrauter Schmidts auftritt, seit der damalige Verteidigungsminister ihn seinerzeit auf die Hardthöhe berief, nährt in der Hamburger „Zeit" solche Spekulationen. Er spricht von einem möglichen Bonner Hilfsprogramm für Giscard d'Estaing „in der Größenordnung von sieben Milliarden Mark", das „wohl eine Gegenleistung wert" wäre: „einen Schritt in Richtung Europa. Oder einen Schritt in die Richtung einer deutsch-französischen Union?" [11])

Welchem Experiment Schmidt nun letzten Endes Priorität zusprechen wird — einer Entente mit Paris oder, wie es vor der Wahl Giscards eine Zeitlang scheinen konnte, einer Art Sonderbündnis BRD-USA oder schließlich dem Versuch einer Wiederbelebung der EG, mit oder ohne England; vielleicht hält man gar das Artistenstück für möglich, alle drei Varianten miteinander zu kombinieren —, einen auch nur mittelfristig erfolgversprechenden Ausweg aus der weltweiten Krise, aus der Verschärfung der verschiedensten Widersprüche, die im System des Kapitalismus selbst wurzeln, wird sich die Bundesregierung auf solche Weise

10) Regierungserklärung Bundeskanzler Willy Brandts v. 18. 1. 1973.
11) „Die Zeit" v. 31. 5. 1974.

kaum ernsthaft erhoffen können; im Grunde verraten alle diese westpolitischen Denkspiele, daß die neue Dimension der Krise offenbar noch immer nicht voll erkannt wird. Längerfristige Problemlösungen, im Bereich der Arbeitsplatzsicherung ebensowohl wie auf dem Gebiet der Rohstoff- oder der Energieversorgung, dürften in eingefahrenen Bahnen mit Blockbildungen à la EG, sofern sie der Verschärfung der innerkapitalistischen Konkurrenz überhaupt standzuhalten vermögen, kaum noch erreichbar sein. Die neue Dimension der Krise fordert neue Wege. Auf der Tagesordnung steht, gerade in Europa, die Schaffung neuartiger Austausch- und Kooperationsbeziehungen; durch Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, Respektierung der Souveränität aller Staaten, Beseitigung von Diskriminierungen, Ächtung des Neokolonialismus und imperialistischer Einmischung muß die Grundlage geschaffen werden, auf der gleichberechtigte, gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten, zwischen entwickelten und Entwicklungsländern voll entfaltet werden können.

Was in der Regierungserklärung über die künftige Politik Bonns gegenüber den Entwicklungsländern gesagt wird, ist jedoch ebenso unzureichend wie ihre Andeutungen zur Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Aus der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen [12]) wird für die Bundesregierung lediglich die Konsequenz gezogen, „eine weltoffene Struktur- und Währungspolitik" anzukündigen. Das könnte ebensogut von Ludwig Erhard stammen.

Das mit dem Auftritt Willy Brandts vor der Vollversammlung der UNO im vergangenen Herbst und mit seinen Reisen nach Algerien und Ägypten eingeleitete offensivere Auftreten der Bundesrepublik in den Entwicklungsländern dürfte sich fortsetzen, wobei — Forderungen und Praxis der Industrie entsprechend — der Kapitalexport weiter an Gewicht gewinnt. In seinem bereits zitierten „Foreign Affairs"-Artikel stellt Helmut Schmidt die Erwägung zur Diskussion, die BRD könnte neben den USA als eine Art Sammel- und Leitstelle für die durch die Erhöhung der Ölpreise freigesetzten internationalen Kapitalströme fungieren, z. B. um Kapital selektiv in solche Länder zu dirigieren, die im Ergebnis der Ölkrise vor Zahlungsbilanzproblemen stehen [13]). „Mehr deutsche Direktinvestitionen in den Partnerstaaten" werden vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), neben Zahlungsbilanzkrediten, auch als Rezept gegen die EG-Krise empfohlen [14]). Hier wie auf anderen Gebieten ist der Versuch, die gegenwärtige relative ökonomische Stärke der BRD in internationalen Einfluß umzumünzen, unverkennbar.

Die Vorstellungen des neuen Bundeskanzlers stehen, vergleicht man sie mit dem im Jahresbericht des BDI niedergelegten Programm, in allen wesentlichen Punkten im Einklang mit den gegenwärtigen Prioritäten der maßgeblichen Industriekreise der Bundesrepublik. Das gilt für die Westeuropa- ebenso wie für die NATO- und die Entwicklungsländerpolitik. Im Hinblick auf die Kooperation mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern legt der BDI, im Unterschied zu früheren Jahren, sogar mehr Engagement an den Tag als die Bundesregierung. Er beklagt, daß in der Bundesrepublik jede Exportförderung fehle, während die meisten EG-Länder „amtliche Zinssubventionen für Ostkredite" leisteten. „Eine Behebung dieses Ungleichgewichts wäre aus vielen Gründen sehr zu

12) Vgl. den Dokumentarteil dieses Heftes und den Beitrag von Jürgen Ostrowsky in „Blätter", 5/1974, S. 436 ff.
13) A. a. O., S. 448 f.
14) Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 29. 5. 1974.

wünschen und sollte daher energischer als bisher angestrebt werden ..." [15]). Zugleich wird auf die Bedeutung der KSZE-Beratungen über Fragen der wirtschaftlichen Ost-West-Kooperation hingewiesen. „Ihr (der KSZE) Ausgang wird nicht nur für die politische, sondern auch für die wirtschaftliche Zukunftsentwicklung der Ost-West-Beziehungen bedeutsam sein" [16]).

III

Der innenpolitische Teil der Regierungserklärung verdeutlicht, was das Kabinett Schmidt/Genscher unter „Konzentration auf das Wesentliche" versteht und warum sich die Hoffnungen jener Kreise, die auf eine Rechtsverschiebung der Politik setzen, an das neue Leitwort „Konzentration" knüpfen. „Nicht durchdachte Reformpläne" sind es, mit den Worten des BDI [17]), neben „inflationären Lohn- und Preissteigerungen" und der EG-Krise, die „die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik ... zur Zeit vor allem" bedrohen. Viel Lob von rechts und Teilen der sogenannten Mitte ist Schmidt folglich dafür zuteil geworden, daß seine Regierungserklärung unter dem Stichwort „Konzentration" das ambitiöse „Programm innerer Reformen", unter dem die sozialliberale Koalition angetreten war, radikal zusammengestrichen hat. „In einer Zeit weltweit wachsender Probleme" hat, wie es scheint, Angst vor der eigenen Courage die Koalition übermannt, die sich und anderen 1969 die Parole „Mehr Demokratie wagen!" zugerufen hatte. In dem Maße, in dem die offen zutage getretene allgemeine Krise breiteren Bevölkerungskreisen den Systemcharakter, die Systembedingtheit jener Defekte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, gegen welche die sozialliberale Koalition mit Reformen anzugehen versprach, vor Augen führt und bewußt werden zu lassen droht, wird die Alternative virulent: Entweder die rasche Entwicklung systemkritischer Einsichten und Forderungen in der Bevölkerung anzuerkennen und — sei es auch mit dem Hintergedanken, sie auf diese Weise längerfristig auffangen und kanalisieren zu können — zu fördern, um, auf dieses neue Potential gestützt, tatsächlich eine Politik grundlegender Reformen einzuleiten, oder aber der Stabilisierung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse und dem Einvernehmen mit den herrschenden Industriekreisen definitiv Priorität beizumessen und folgerichtig den Erwartungshorizont der „Reformpolitik" von allen potentiell „systemüberwindenden" Perspektiven zu säubern, d. h. aber heute de facto, den Reformkatalog zu annullieren. Schmidt geht den letzteren Weg, wenn seine Regierungserklärung unter der Überschrift „Reformen, die verwirklicht oder auf gutem Wege sind", praktisch den Schlußstrich unter sozialdemokratische Reformerwartungen zieht und das Kapitel — ein Sammelsurium, das von „spürbarer Entlastung der kleineren Vermögen" über „Einschränkung der Möglichkeiten zur Steuerflucht" und Betriebsverfassungsgesetz bis zum Programm zur „inneren Sicherheit" reicht — mit einem sozusagen schon rückblickenden „Dies alles sind Verbesserungen der Qualität unseres Lebens" abschließt.

Großangekündigte Reformprojekte sind aus dem Verkehr gezogen: die „Vermögensbildung" auf 1978 vertagt; der Bildungsgesamtplan zum „langfristigen Rahmen" entleert, der „mit nüchternem Blick für das Mögliche ausgefüllt werden" müsse; die bisherigen Vorstellungen über die Reform der beruflichen Bildung unter dem Druck der Drohungen und des faktischen Ausbildungsboykotts der Industrie praktisch zurückgenommen; Presserechtsrahmengesetz und Neugliederung des Bundesgebiets nicht einmal mehr erwähnt. Übriggeblieben ist neben

15) BDI-Jahresbericht 1973/74, a. a. O., S. 206.
16) Ebd., S. 202.
17) BDI-Jahresbericht 1973/74, S. 9.

Projekten wie dem Hochschulrahmengesetz, das ungeachtet aller demokratischen Kritik laut Regierungserklärung „zügig verabschiedet werden muß", und dem Gesetzentwurf zur Mitbestimmung, der offenbar ebenfalls gegen alle bisherigen Einwände der Gewerkschaften durchgesetzt werden soll, vor allem als neue „Reform Nummer eins" die Steuerreform. Sie wird als soziale Großtat der Legislaturperiode herausgestellt, weil sie ab 1. Januar 1975 das Nettoeinkommen eines typischen Arbeitnehmerhaushalts mit zwei Kindern um rund 4 % verbessern solle [18]). Was von dieser Einkommensverbesserung allein in Anbetracht der zweistelligen Inflationsrate, mit der heute schon für den Zeitpunkt des Inkrafttretens gerechnet wird, übrigbleibt, sei dahingestellt. Unverkennbar ist aber, daß der Herausstellung der Steuerreform in mehrfacher Hinsicht eine sozialpolitische Schlüsselfunktion zukommt. *Erstens* soll sie den, ansonsten allenfalls verbal gedeckten, Anspruch der „Arbeitnehmerfreundlichkeit" verkörpern, auf den eine sozialdemokratische Regierung mit Blick auf ihre Basis kaum gänzlich verzichten kann. *Zweitens* soll der wiederholte und dick aufgetragene Hinweis auf die 10 bis 12 Mrd DM Mehreinnahmen an Steuern, auf die Bund, Länder und Gemeinden infolge der Steuerreform verzichten müssen, offenbar künftige Restriktionsmaßnahmen der Bundesregierung und die Verbreitung einer „Gürtel-enger-schnallen"-Atmosphäre rechtfertigen. Und *drittens* soll die Ankündigung einer bescheidenen Einkommensverbesserung durch Steuerreform erklärtermaßen einen Hebel disziplinierender Einflußnahme auf die Gewerkschaften bereitstellen, von denen zum einen eine „Berücksichtigung" jener „4 %" bei künftigen Tarifabschlüssen und zum anderen unausgesprochen der generelle Verzicht auf Umverteilungsforderungen „erwartet" wird.

Jedermann weiß — und der Sturz der antigewerkschaftlichen Regierung Heath über einen Bergarbeiterstreik machte es augenfällig —, daß in einer Zeit verschärfter wirtschaftlicher und damit auch sozialer Konflikte dem Verhalten der Gewerkschaften besondere Bedeutung zukommt. Für Schmidt ist es offenbar eine elementare Erkenntnis, daß seine politische Zukunft gleichermaßen wie die weitere Entwicklung der Bundesrepublik wesentlich davon abhängt, ob die Gewerkschaften zu lohn- und gesellschaftspolitischem Stillhalten veranlaßt werden und als „Ordnungsfaktor" für die Systemstabilisierung mobilisiert werden können, oder ob sie in konsequenter Verfolgung der Arbeitnehmerinteressen zu einem Gegenmachtpotential gegen das Syndrom von Kapitalmacht und Rechtskartell, d. h. aber auch gegen eine vorrangig Kapitalinteressen ausführende Regierungspolitik, erstarken.

Ohne den Eindruck, er sei ein Mann der Öffnung nach rechts und der bewußten Systemstabilisierung, substantiell zu entkräften — vielmehr unter reichlicher Verwendung von Law-and-Order-Formeln, die die Absicht erkennen lassen, über die Verabschiedung des angekündigten Berufsverbots-Gesetzes hinaus den Druck auf alle demokratisch engagierten und systemkritischen Kräfte zu verstärken —, bemüht Schmidt sich auf mehrfache Weise, die Gewerkschaften und möglichst auch die Parteilinke an seine Politik zu binden. Zunächst einmal spielt er jene personalisierende und unperspektivische, aber gegenwärtig in vielen Kreisen verbreitete Vorstellung voll aus, das Kabinett Schmidt/Genscher sei sozusagen das Letzte Aufgebot gegen die Rechte und bedürfe deshalb besonderer Schonung von seiten der progressiven Kräfte. Diese Vorstellung übersieht, daß eine Regierung, die der Rechten nichts an Substanz entgegenzusetzen hat, wenn man sie gewähren läßt, fast zwangsläufig zum Steigbügelhalter der CDU/CSU selbst zu

[18]) Vgl. „Die Welt" v. 20. 5. 1974.

werden droht. Es ist nichts anderes als eine Verklärung dieser Gefahr, wenn die „Zeit" feststellt: „Das Regierungsprogramm, das der Hamburger präsentiert, bietet in seiner Beschränkung auf das Notwendige und Machbare den Ideologen der Opposition kaum Angriffspunkte. Es ist im Grunde genommen das Programm für eine Große Koalition" [19]). Und ausgerechnet die „Welt der Arbeit", Zeitung des DGB, dient als Tribüne, von der aus vorsorglich die Drohung mit dem Knüppel „Große Koalition" verbreitet wird, um Nibelungentreue zur Politik des neuen Kanzlers zu erzwingen: wenn es Helmut Schmidt nicht nach fliegendem Start gelinge, „die große Trendwende zu erzwingen", bleibe „ihm nichts anderes übrig, als seine Kanzlerschaft auf neue Mehrheiten zu gründen. Als Krisenmanager bleibt er auch dann weiter gefragt" [20]).

Neben der Peitsche („Nach mir die Sintflut!") hat Helmut Schmidt aber auch Zuckerbrot zur Hand, wenn es um die Integration von Gewerkschaften und SPD-Linken geht. Er beschwört die gemeinsamen Wurzeln von Gewerkschaften und Sozialdemokratie und bezeichnet die SPD als „den großen Arbeitnehmerflügel der deutschen Gesellschaft" [21]), die deshalb ihrerseits als „Volkspartei" keinen linken, keinen Arbeitnehmerflügel brauche. Geschichte und Anspruch der Arbeiterbewegung werden aus dem konkreten politischen Koordinatensystem zwischen links und rechts herausgelöst; die emanzipatorische, auf Systemveränderung zielende Spitze, die Perspektive wird abgebrochen, und was bleibt, ist ein merkwürdig inhaltsleeres Substrat, das für SPD-Politik jeglicher Art, gleich welcher Substanz, das Prädikat „Arbeitnehmerpolitik" beansprucht. In diesem Sinne präsentiert sich Schmidt dann als „Mann der Arbeitnehmer" — ein Versuch, demokratische, prosozialistische Kräfte der Intelligenz und Gewerkschafter gleichermaßen zu bluffen. Auf der gleichen Linie liegt es, wenn Schmidt den Namen Arendt und Leber in der Kabinettsliste mit Gscheidle und anderen einige weitere, mehr oder weniger rechtssozialdemokratisch profilierte ehemalige Gewerkschaftsführer beigesellt. Ganz ins Leere stößt die Spekulation auf Loyalitätsgefühle in bestimmten Vorstandskreisen der Gewerkschaften nicht. „Die Gewerkschaften dürfen sich gut bedient fühlen", schrieb die „Welt der Arbeit" angesichts der neuen Minister- und Staatssekretärsliste [22]). Was hinter der Fassade steckt, stand dann eine Woche später in der gleichen Zeitung: „Dennoch gilt es, den Gürtel enger zu schnallen" [23]). Vom „Kostendruck" auf „die Wirtschaft" ist entschuldigend die Rede, dessen Konsequenz sich für die Bundesregierung so darstelle: „Es wird in Zukunft sehr viel langsamer vorangehen mit dem Bau von Universitäten, Krankenhäusern, Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln" [24]). Gewerkschaftliche Rückzugsbereitschaft klingt auch aus einem lamentierenden Blick in die Zukunft: „An den Ausgang der nächsten Tarifrunde im öffentlichen Dienst möchte man lieber nicht denken" [25]).

Viel wird davon abhängen, ob die Millionen betroffener Gewerkschafter der Auffassung recht geben werden, die der „Vorwärts" in seiner Aufforderung zum „Krötenschlucken" und zur „Kurskorrektur nach rechts" formuliert: „Nach der Gewerkschaftsseite hin hat der Bundeskanzler sich mit der Zusammensetzung seines Kabinetts optimal abgesichert" [26]). Abgesichert — gleichgültig für welche Politik?

19) „Die Zeit" v. 17. 5. 1974.
20) „Welt der Arbeit" v. 17. 5. 1974.
21) Helmut Schmidt, Auf dem Boden des Godesberger Programms, a. a. O., S. 35 f.
22) „Welt der Arbeit" v. 17. 5. 1974.
23) „Welt der Arbeit" v. 24. 5. 1974.
24) Ebd.
25) Ebd.
26) „Vorwärts" v. 23. 5. 1974.

Die Untersuchung der Regierungserklärung zeigt, daß der Versuch einer „Öffnung nach rechts", unter dem Motto einer Rückkehr zu „Realismus und Nüchternheit", seinen Niederschlag in einem durchgängigen Trend, statt Sozialpolitik Sozialdemagogie zu betreiben, findet. Ob der Versuch, die arbeitende Bevölkerung und ihre Gewerkschaften durch formale Gefälligkeiten ohne sozialpolitische Substanz für die Verteidigung des — in geradezu paradiesischen Farben verklärten — sozialen Status quo, ja sogar für einen Kurs auf Verminderungen des bisher erkämpften sozialen Besitzstands in Pflicht zu nehmen, längerfristige Erfolge verheißt, ist fraglich. Die sich verschärfende wirtschaftliche Lage, Angriffe auf den Lebensstandard und die Zuspitzung des „Verteilungskampfs" dürften das Verhalten der Arbeitnehmer auf die Dauer mehr beeinflussen als der Verweis auf die Anwesenheit von Gewerkschaftern im Bundeskabinett, wenn diese, wie Georg Leber, einerseits die arbeitende Bevölkerung aufrufen, „den Gürtel enger zu schnallen", gleichzeitig aber unverdrossen die Rüstungsausgaben erhöhen.

Gerade die Frage der Rüstungsausgaben erweist sich immer mehr als eine der Schlüsselfragen. Es ist eine der Fragen, in der sich außen- und innenpolitische Chancen und Erfolgsaussichten des SPD/FDP-Bündnisses verschränken. Zöge die Bundesregierung aus ihrer Politik der Verträge, die es ja jetzt auszufüllen gilt, u. a. die naheliegende Konsequenz, daß dem Abbau von Spannungen nunmehr Abbau von Rüstung folgen kann, dann läge ihr ein anderer, „arbeitnehmerfreundlicherer" Weg offen als der bisher sichtbar gewordene: statt auf die Enttäuschung über das Ausbleiben notwendiger Reformen mit Streichung der Reformprojekte zu reagieren, könnte sie durch konkrete Abrüstungsschritte — Sparsamkeit, aber am richtigen Platz! — den Weg zur Finanzierung öffnen. Die Chance liegt in der Verbindung einer Außenpolitik konsequenter Entspannung, friedlicher Koexistenz und Kooperation mit einer Politik der Demokratisierung und des sozialen Fortschritts im Inneren. Helmut Schmidt allerdings hat sich in seiner bisherigen politischen Laufbahn in Wort und Tat dagegen gewandt, jene für Entspannung *und* Demokratisierung neue Möglichkeiten eröffnende Wechselwirkung bewußt zu nutzen: „Niemand von uns sollte auch gestatten — bewußt oder unbewußt —, die Ostpolitik als Vehikel zu einer Generalrevision der bestehenden innenpolitischen Struktur und außenpolitischen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland zu mißdeuten", hat Schmidt in seiner „Zwischenbilanz" [27]) verlangt. Daß die SPD noch an der Regierung ist, daß Schmidt heute als Bundeskanzler über die Parlamentsmehrheit verfügen kann, ist allerdings nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, daß 1972 die Mehrheit der Bevölkerung durchaus einen Zusammenhang zwischen der Entspannungspolitik und der inneren Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik zu erkennen vermochte und entsprechend gewählt hat. Der Zusammenhang hat nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil. Es wird allerdings, wie bisher, vielfältiger und beharrlicher demokratischer Aktivitäten im Lande bedürfen, dieser Erkenntnis den gebührenden Raum in der Bonner Politik zu verschaffen.

[27]) Jetzt abgedruckt in: Helmut Schmidt, Auf dem Boden des Godesberger Programms, a. a. O., S. 114 ff., hier S. 120.

Kommentare und Berichte

Zum Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Frankreich

„Paris atmet auf", lautete unmittelbar nach dem knappen Wahlsieg von Giscard d'Estaing die Schlagzeile einer westdeutschen Tageszeitung. In der Tat, nimmt man die „vornehmen" Viertel des Pariser Westens, wo „tout Paris" wohnt, für ganz Paris, so trifft dies weitgehend zu. Trotz Blumenmeer und Sektorgien mochte aber selbst in der unmittelbaren Nähe des Präsidentenpalastes, auf den Champs-Elysées und den angrenzenden Straßen, in den Salons und Bel-Etages die rechte Freude nicht recht um sich zu greifen. Die Privilegien sind noch einmal davongekommen, aber niemand wußte, zu welchem Preis und für wie lange. Die von Giscard beschworene „Welle der Jugend und des Enthusiasmus" ist jedenfalls ausgeblieben.

Naturgemäß herrschte aber auch auf Seiten der Linken keine Begeisterung. Die Menge, die am Abend des 19. Mai vor dem Gebäude der „Humanité" mit großer Spannung die Ergebnisse der Wahl auf der Leuchtschrifttafel verfolgte, konnte ihre Enttäuschung kaum verbergen. Seit Jahrzehnten war der Sieg nicht so greifbar nahe gewesen, nie war die Hoffnung auf ein besseres, ein menschenwürdigeres Leben für die Masse des französischen Volkes so begründet gewesen wie diesmal. In den wenigen „populär" gebliebenen Vierteln im Osten der Hauptstadt, in den angrenzenden, ebenso trostlosen wie endlosen Vorstädten, im industrialisierten Norden wie im überwiegend zurückgebliebenen Süden und nicht zuletzt im verarmten Zentrum des Landes, in den Fabriken und Büros, in Schulen und Universitäten, in der Stadt wie auf dem Lande hatte man in beispiellosem Einsatz für den Sieg des gemeinsamen Kandidaten der Linken, François Mitterrand, gekämpft und nun hatte der Kandidat des nationalen und internationalen Kapitals am Ende vierhunderttausend Stimmen mehr bekommen. Die Enttäuschung wich allerdings sehr bald der Einsicht, daß die Mühe nicht umsonst gewesen war. Am 19. Mai ist zwar erneut ein Präsident der Reichen und nicht ein Präsident des Volkes gewählt worden, aber die Frage, welche Entwicklung die französische Gesellschaft in den kommenden Jahren nehmen wird, ist und konnte ohnehin in den Wahlkabinen allein nicht beantwortet werden. Der Kampf geht also weiter, und die Linke hat Grund zu der Annahme, daß sie ihn in nicht allzu ferner Zukunft doch noch für sich entscheiden kann.

Worauf gründet sich diese Annahme? Oberflächlich zunächst einmal auf die Analyse des Wahlergebnisses selbst. Mit 13 Millionen Stimmen erhielt Mitterrand zwei Millionen Stimmen mehr als die Parteien der Linken bei den Parlamentswahlen im März 1973, die selbst schon einen beträchtlichen Zuwachs gegenüber den vorangegangen Wahlen gebracht hatten. Nach den ersten Untersuchungen der Wahlsoziologen haben 70—75 % der Arbeiter den Linkskandidaten gewählt, ein klassenspezifisches Wahlverhalten, wie es in keinem anderen hochentwickelten kapitalistischen Land zu verzeichnen ist. Die Jugend hat sich mit großer Mehrheit für Mitterrand entschieden; von den 21- bis 34jährigen stimmten rund 60 % für den Kandidaten der Linken, und selbst die Stimmen aller unter 50jährigen zusammen (in einigen Untersuchungen sogar der unter 65jährigen) zeigen eine deutliche Mehrheit für Mitterrand. Der Sieg des Giscard war so knapp, daß wenn, wie von dem damaligen Ministerpräsidenten Messmer vor den Wahlen 1973 versprochen, diesmal die 18—21jährigen hätten mitwählen dürfen, der Präsident heute mit

hoher Wahrscheinlichkeit François Mitterrand hieße.

Diese quantitativen Aspekte des Wahlergebnisses sind freilich nur insofern von wesentlicher Bedeutung, als sie Ausdruck eines qualitativen Wandels im politischen Bewußtsein eines großen Teils der arbeitenden Bevölkerung Frankreichs sind. Hierfür gibt es in den ökonomischen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen seit Mitte der 60er Jahre, vor allem aber seit den großen Streiks vom Mai und Juni 1968 zahlreiche Anhaltspunkte. Die in dem jetzigen Wahlergebnis erkennbaren Trends sind daher nicht bloß zufällige Wählerfluktuationen, sondern Ausdruck eines sich grundlegend verändernden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

Die objektive Basis hierfür bildet die seit Jahren anhaltende Krise des sozialökonomischen, politischen und ideologischen Systems in Frankreich. Diese Krise war auf allen Ebenen im Mai und Juni 1968 erstmals offen ausgebrochen. Sie konnte damals allerdings aufgrund der ganzen vorangegangenen historischen Entwicklung noch keine bewußte politische Lösung im Interesse der Arbeiterklasse und aller übrigen fortschrittlichen Schichten des Volkes finden. Dazu bedurfte es erst eines mehrjährigen, z. T. widersprüchlich verlaufenden, politischen Lernprozesses, bis die im Mai 1968 spontan, und d. h. weitgehend unbegriffen, artikulierten Bedürfnisse und Zielsetzungen in eine konkrete politische Strategie umgesetzt werden konnten.

Das Resultat dieses Prozesses war das politische Bündnis der Linken auf der Grundlage eines gemeinsamen Regierungsprogrammes von Kommunisten, Sozialisten und linken Liberalen [1]). Dieses Bündnis, das zunächst vor allem von bürgerlicher Seite als boßes Wahlmanöver abgetan worden war, hat sich über den Wahlkampf 1973 hinaus bewährt. Es ist seither zu dem entscheidenden politischen Gravitationszentrum auf der Linken geworden, dessen Attraktionskraft sich auch anfangs skeptische bis ablehnende Organisationen, wie die ehemals christliche, heute eher sozialistisch orientierte Gewerkschaft CFDT oder die vorübergehend mehrheitlich ultralinks orientierte Vereinigte Sozialistische Partei (PSU), nicht zu entziehen vermochten.

Dieses für einen Programmtext ungewöhnliche politische Gewicht beruht hauptsächlich auf zwei Gründen: Erstens ist das „Gemeinsame Programm" das Resultat einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse der Krise des gesellschaftlichen Systems in Frankreich, als einer strukturellen Krise der bestehenden Produktionsverhältnisse; es enthält daher Maßnahmen, die zur Überwindung der Krise zugleich die Überwindung des monopolkapitalistischen Systems selbst einleiten sollen.

Zweitens knüpft es unmittelbar an die konkreten Lebensbedingungen und die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung an und stellt die Vermittlung her zwischen den grundlegenden Maßnahmen zur Überwindung des bestehenden sozial-ökonomischen und politischen Herrschaftssystems und den Maßnahmen zu einer entscheidenden Verbesserung aller Lebensverhältnisse der bisher in ökonomischer Abhängigkeit, politischer und kultureller Benachteiligung gehaltenen Klassen und Schichten des Volkes.

Die große praktische Bedeutung des Programms erwies sich seit seiner Verabschiedung vor zwei Jahren vor allem darin, daß es in den zentralen und exemplarischen Konflikten auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, im Kampf um die Arbeitsbedingungen bei Renault, um die Sicherheit der Arbeitsplätze bei LIP und Rateau, im Kampf gegen die Folgen der Inflation ebenso

1) Vgl. „Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich", hrsg. und eingeleitet von Werner Goldschmidt, Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 4, Köln 1972.

wie im Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte, gegen Rassismus und Rechtsradikalismus, für Frieden und internationale Zusammenarbeit der Völker eine entscheidende politische Waffe dargestellt hat[2]). Es hat sich als Überzeugungs- wie auch als Orientierungshilfe bewährt. Dabei ergab sich aber auch die Notwendigkeit der Anpassung und Verbesserung im Detail, die von einer permanenten Programmkommission aus den drei unterzeichnenden Organisationen vorgenommen wird. Diese Kommission unterhält regelmäßige Kontakte zu den Gewerkschaften und einer Vielzahl anderer demokratischer Organisationen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß das Programm der realen Bewegung der Gesellschaft und des Klassenkampfes entspricht; zugleich wird dadurch das Bündnis gefestigt und die Annäherung anderer Organisationen erleichtert. Dies zeichnete sich vor allem in der Haltung der CFDT und der PSU seit Anfang des Jahres 1974 immer deutlicher ab.

Auf der programmatischen Grundlage des Bündnisses war es daher für die Organisationen der Linken nach dem Tod von Pompidou kein besonderes Problem, einen gemeinsamen Kandidaten zu benennen.

Binnen einer Woche nach seiner Nominierung legte Mitterrand ein präzises und verbindliches Aktionsprogramm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, das keineswegs das „Gemeinsame Programm" ersetzen sollte, wie die bürgerliche Presse behauptete, sondern das eine zeitliche und sachliche Prioritätenbestimmung der im Programm vorgesehenen Maßnahmen enthielt. Hierzu zählte in der kurzen Perspektive von 6 Monaten u. a. die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 1200 Francs, die Erhöhung der Mindestaltersrente um 30 %, die Preisindexbindung der Löhne und der kleinen Sparguthaben, die Senkung der Mehrwertsteuer (bei Gütern des täglichen Bedarfs bis auf null Prozent) und die Erhöhung der Steuerprogression für hohe Einkommen sowie die Einführung einer Luxussteuer, die Auflage einer wertgesicherten Staatsanleihe in Höhe von 10 Mrd Francs sowie eine staatliche Kredit- und Preiskontrolle zur Bekämpfung der Inflation. In einer mittelfristigen Perspektive (18 Monate) sollten weitere strukturelle Maßnahmen des „Gemeinsamen Regierungsprogramms" durchgeführt werden, u. a. Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, 40-Stunden-Woche, 5. Urlaubswoche, Reform der Sozialversicherung und der Familienzulagen, Nationalisierung des Banken- und Finanzsektors. In der längeren Perspektive von fünf Jahren sollten dann die übrigen im Programm vorgesehenen Maßnahmen folgen.

Die in den letzten Monaten nur noch mühsam zusammengehaltene gaullistische Partei UDR zerfiel nach dem Tode Pompidous sofort in mehrere untereinander zerstrittene Fraktionen. Durch die kurzentschlossene persönliche Kandidatur des nach seiner Entlassung als Ministerpräsident allmählich sich wieder aufbauenden Chaban-Delmas wurde dieser Prozeß sogar noch akzentuiert. Die weiterhin angemeldete, später wieder zurückgezogene Kandidatur von Edgar Faure, der kläglich gescheiterte Versuch einer Vermittlung mit der Kandidatur von Pierre Messmer und die schließliche Meldung des Unabhängigen Republikaners Valéry Giscard d'Estaing, der mehr oder weniger offen von dem „Gaullisten" (ohne Parteibuch) und persönlichen Favoriten Pompidous Jacques Chirac unterstützt wurde: all dies verbreitete den Eindruck einer Wahl zwischen „François Mitterrand oder dem Chaos", wie es selbst die bürgerliche Presse in Anspielung auf ein bekanntes Zitat des Generals de Gaulle bezeichnete.

Charakteristisch für die erste Phase des Wahlkampfes, die bis etwa Ende April reichte, war der Streit der beiden bür-

[2]) Vgl. hierzu den Beitrag in „Blätter", 8/1972, S. 792 ff. und „Blätter", 2/1973, S. 111 ff.

gerlichen Kandidaten Chaban-Delmas und Giscard d'Estaing um die Frage, wer von ihnen die besten Chancen habe, den Kandidaten der Linken im zweiten Wahlgang zu schlagen. Dabei überboten sie sich gegenseitig in Versprechungen für die Zukunft, so als gehörten sie nicht mit zu den Verantwortlichen für die Politik der Vergangenheit. Chaban versuchte seine schon in den Jahren 1969—1972 gescheiterte Vision einer „neuen Gesellschaft", die er damals freilich eher als veränderte Mentalität, denn als veränderte Politik begriffen wissen wollte, nunmehr dadurch glaubwürdiger zu machen, daß er ein umfangreiches Sozialprogramm verkündete, das er wahllos aus dem Aktionsprogramm Mitterrands herausgriff. Schließlich deklarierte er sich sogar zur „linken Mitte".

Noch unverbindlicher blieben allerdings die „präsidentiellen Perspektiven" von Giscard, die in schier endlosen Variationen ohne wirkliche Präzisierung die „Veränderung des Gesichts Frankreichs" beschworen.

Was an sich ein Nachteil, ist dem Kapital ein Vorzug. Schienen die herrschenden Kräfte zwischen den beiden Kandidaten der Rechten zunächst noch unentschieden hin und her zu schwanken, so neigte sich die Waage allmählich doch endgültig zugunsten von Giscard. Die zahlreichen Ungeschicklichkeiten Chabans, die Veröffentlichung von Wählerumfragen wie von „geheimen" Dossiers des „gaullistischen" Innenministers Chirac taten ein übriges. Ende April war Giscard der erklärte Kandidat des Großkapitals.

Am Abend des 5. Mai kam das endgültige „Aus" für Chaban-Delmas. François Mitterrand hatte schon im ersten Wahlgang mit fast 11 Millionen Stimmen im Vergleich zur Parlamentswahl 1973 rund eine Million Anhänger für die Linke gewonnen. Mit 43,4 % lag er deutlich vor Giscard d'Estaing, der 32,8 % erreichte, und Chaban-Delmas, der nur 14,8 % erhielt.

Trotz der erkennbaren Fortschritte der Linken war das wichtigste Ergebnis des ersten Wahlgangs die endgültige Niederlage des offiziellen Gaullismus. Diese Entwicklung war durchaus vorauszusehen. Seit Jahren war die Integrationskraft des Gaullismus im Schwinden begriffen. Was sich einst aus der mystifizierten Rolle de Gaulles im Widerstand als „Sammlungsbewegung des französischen Volkes" und später als „Union für die neue Republik" relativ erfolgreich, angeblich über allen Klassen und Parteien, zu konstituieren vermochte, hatte sich in den Jahren der gaullistischen Herrschaft hinter der ideologischen Fassade, wenigstens mehrheitlich, als die ganz gewöhnliche „Union von Politik und Geld" erwiesen.

Im gleichen Maße, wie der ideologische Schleier des Gaullismus schwand, entstand das Bedürfnis nach einer neuen ideologischen Legitimation der Kapitalherrschaft, die dann in einer spezifischen Variante der Industriegesellschaftstheorie, der von Soziologen wie Aron, Crozier oder Touraine entwickelten These vom „Modernisierungsrückstand" (Theorie der „blockierten Gesellschaft" usw.) gefunden wurde. Der erste politische Versuch in dieser Hinsicht war Chabans „neue Gesellschaft". Chaban scheiterte am Widerstand der Arbeiterklasse, aber auch daran, daß er nach Geist und Habitus noch zu tief den Widersprüchen der gaullistischen Vergangenheit verhaftet war.

Entscheidend für Giscards Sieg über den traditionellen Gaullismus ist, daß er sich als Wortführer jener Fraktion des französischen Kapitals zu profilieren wußte, die von der Monopolisierungswelle und der internationalen Kapitalverflechtung seit Mitte der 60er Jahre am meisten profitiert hat.

Der „nationalistische" Protektionismus des Gaullismus, der einer vergehenden Periode der monopolistischen Kapitalakkumulation entsprochen hatte, wird von dieser Fraktion aufgrund der in-

zwischen erreichten „internationalen Größenordnungen" des französischen Kapitals immer mehr als Fessel empfunden, die eine weitere Expansion behindert.

In der Niederlage des Gaullismus spiegelt sich daher die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitals, dessen jeweils führende Fraktionen die politische Macht an sich zu reißen suchen. Zugleich kommt darin aber auch die gewachsene Macht der Arbeiterbewegung zum Ausdruck, die die herrschende Klasse dazu zwingt, ihre Ideologien wie ihre politischen Gallionsfiguren auszutauschen.

Dieser zweite Aspekt des Übergangs der Herrschenden zu Giscard wurde dann in den beiden Wochen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang immer deutlicher. Hatte sich Giscard bis zu seinem Sieg über Chaban-Delmas noch mit Polemik und sozialer Demagogie zurückgehalten, so fielen diese Hemmungen in der offenen Konfrontation mit der Linken weitgehend weg.

Die Analyse des Ergebnisses vom 5. Mai wie die Umfragen ergaben, daß die Entscheidung am 19. Mai in jedem Falle äußerst knapp werden würde. Giscard war bisher mit sozialen Versprechungen vorsichtiger umgegangen als etwa Chaban-Delmas. Jedermann erinnerte sich noch an seine letzten Fernsehauftritte vor dem Tode Pompidous, in denen er nicht müde geworden war zu betonen, daß man im Kampf gegen die Inflation, die 1974 die bemerkenswerte Jahresrate von 15—17 % erreichen würde, Opfer bringen müsse. Während einer seiner Vertrauten, der Ökonomieprofessor Raymond Barre, sich im Rundfunk für einen Sozialplan aussprach, der den „ohnehin zu hohen privaten Konsum" nicht noch weiter ausdehnen solle, und das Finanzministerium den im März unter Leitung von Giscard ausgearbeiteten Haushaltsentwurf für 1975 veröffentlichte, der zahlreiche „Einsparungen" im sozialen Bereich vorsah, legte Giscard nunmehr sein Sozialprogramm vor, das Experten, politische Anhänger wie Gegner gleichermaßen, in Staunen versetzte. In manchen Teilen schien Giscard offenbar noch das Aktionsprogramm Mitterrands übertreffen zu wollen, das er wenig zuvor noch als „utopisch" und als „ruinös für die Wirtschaft" zu diskreditieren versucht hatte. Die Kosten des Programms, die von der Linken auf 25 Mrd Francs, von Giscard auf „weniger als 20 Milliarden" geschätzt wurden, sollten allerdings nicht durch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen und durch entsprechende Haushaltsumorientierungen, wie bei Mitterrand, sondern einfach durch „das Wachstum" aufgebracht werden.

Neben dieser „sozialen Gegenoffensive" konzentrierte sich Giscard schließlich auf die Schaffung einer „neuen Mehrheit". Er wußte, daß ihn ein Teil der ehemals gaullistischen Wähler nicht unterstützen würde, wie die Anhänger der „Linksgaullisten" Gradval und Pisani oder die alten Kampfgefährten de Gaulles aus der Zeit des Widerstands. Er war sich daher im klaren darüber, daß er, um zu siegen, die letzten Reserven der Bourgeoisie mobilisieren mußte.

Die angeblich an der Zukunft orientierte „neue Mehrheit" setzte sich also im Wahlkampf aus den Anhängern, wenigstens oberflächlich, so verschiedener Personen wie dem millionenschweren, sich aber fortschrittlich gebenden Verleger des „Express", Jean-Jacques Servan-Schreiber, dem anerkannten Sprachrohr des US-Kapitals in Frankreich, Lecanuet, dem abtrünnigen Gaullisten Chirac, dem aus dem polnischen Hochadel stammenden langjährigen Parteifreund Giscards Fürst Poniatowski, dem Altkonservativen Pinay, dem Moralapostel Royer, bis hin zu den Erzreaktionären Bidault und Soustelle, den kaum verhüllten Faschisten Le Pen und Tixier-Vignan-

court und schließlich sogar ehemaligen OAS-„Generalen" und altgedienten Vichyisten zusammen. Diese „heilige Allianz" aus gescheiterten Reformern, ehrgeizigen Technokraten und windigen Parteitaktikern mit all den gespenstischen Figuren einer unseligen Vergangenheit, den „Geschlagenen von Vichy, Dien-Bien-Phu und Algier" sollte sich nun mit Giscard einsetzen, um den langersehnten „Wandel Frankreichs" herbeizuführen?

„Sage mir, wer Dich unterstützt", hatte Giscard, auf die Kommunistenfurcht spekulierend, im Wahlkampf Mitterrand entgegengehalten, „und ich sage Dir, wer Du bist."

In der zugespitzten Situation der letzten Wahlkampfwoche gab es nur noch zwei Seiten. Seit Anfang Mai hatte sich die Lehrergewerkschaft FEN offen für Mitterrand erklärt, und selbst die strikt antikommunistisch orientierte Gewerkschaft FO ließ offiziell ihre Unterstützung für den Kandidaten der Linken erkennen. Zahllose Komitees schlossen sich zusammen in der „Association zur Unterstützung der Kandidatur François Mitterrands", darunter die „Bewegung der Gaullisten für die Unterstützung des Kandidaten der Linken", die „Aktion der katholischen Arbeiter", der Aufruf „Für Gerechtigkeit, Menschenwürde und Brüderlichkeit", des „Témoignage Chrétien", Resolutionen von Schauspielern, Schriftstellern, Wissenschaftlern, Ökonomen, Medizinern, Juristen usw.

Am Tag vor der Wahl lauteten die Meinungsumfragen 50 : 50. François Mitterrand schrieb in „Le Monde": „Wie immer der Ausgang der Wahl sein wird: nichts wird bleiben wie zuvor."

Am Tag nach der Wahl, mit 50,7 % gegen 49,3 % gewählt, erklärte Giscard: „Ich will der Präsident aller Franzosen sein." Freilich wird der Versuch, die Opposition zu integrieren, fast mit Sicherheit scheitern. Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie die Politik des neuen Präsidenten nicht am pompösen Verzicht auf Initiierungsfirlefanz, sondern an seinen konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage des werktätigen Volkes messen werden. Das Selbstbewußtsein der progressiven Kräfte ist in diesen Wochen weiter gewachsen. Jeder weiß, die Rechte hat ihre ideologischen und personellen Reserven völlig aufgebraucht. Daß Giscard seine Versprechungen nicht halten wird, entspricht den Bedürfnissen der von ihm repräsentierten Klasse. Neue Kraftproben sind also abzusehen.

Werner Goldschmidt

Zur Entwicklung in Portugal seit Caetanos Sturz

Als mit dem Putsch unter Führung der „Bewegung der Hauptleute" in den Morgenstunden des 25. April nahezu ein halbes Jahrhundert faschistischer Herrschaft in Portugal sein Ende fand, durfte man gespannt sein auf die Reaktionen insbesondere der westdeutschen Öffentlichkeit. Die rechte Presse, stets eifriges Sprachrohr der Salazar und Caetano, tat sich schwer: Mit Wehmut gelangte der „Münchner Merkur" vom 26. April zu der tiefsinnigen Erkenntnis, „daß Portugal, Inbegriff der Stabilität (!), ... nie wieder so sein würde wie vorher". CDU-Sprecher Pruys hatte neben der obligaten Beschwörung linker Gefahren auch nur Nostalgisches im Sinn: Es sei „im Sinne eines erfolgreichen Zusammenwirkens Portugals mit den übrigen NATO-Partnern im Westen zu hoffen, daß das Land recht bald seine Stabilität auf demokratischer Basis" wiedererlange. Und zwar so: „Vor allem jene Kräfte in Portugal verdienen heute die Unterstützung des freien Westens, die sich neuerdings um

eine aus christlich-sozialem Geist hervorgegangene Bewegung zu scharen beginnen" — so hatte es mit CDU/CSU und Chiles Christdemokraten auch mal angefangen.

Wachsende Besorgnis auf der Rechten macht sich deshalb breit, weil die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die Bewegung des 25. April eine von der Bevölkerung getragene Dynamik entwickelte, die deutlich über das hinausgeht, was der NATO als Verbesserung des portugiesischen Image noch vertretbar gewesen sein mochte; die Hüter der „freien Welt" fürchten um „die politische Stabilität Portugals". Bonns Sozialdemokraten ist die portugiesische Entwicklung freilich auch kein Quell ungetrübter Freude. Fand sich das SPD-Präsidium in einem Kommuniqué vom 30. April ohnehin nur zu pflichtgemäßer Anerkennung bereit („Dabei wurde die innenpolitische Entwicklung in Portugal grundsätzlich begrüßt"), so macht ihr die konsequente Kooperation von Sozialisten und Kommunisten in der inzwischen gebildeten provisorischen Regierung unzweifelhaft zu schaffen; verständlicherweise, wenn man die Erfolge der französischen Union Populaire in Betracht zieht und sich erinnert, daß die Sozialistische Partei des Mário Soares erst im Mai 1973 in der BRD gegründet wurde — mit Unterstützung der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Konsequenterweise verlieh die SPD der „Hoffnung" Ausdruck, „daß die innenpolitische Befreiung zu einer beiderseitigen Stärkung der Beziehungen Portugals zum nordatlantischen Bündnis und seinen Mitgliedern führen" werde sowie zu einer Annäherung an die EG. Ob mit einer eventuellen EG-Wirtschaftshilfe Portugal jedoch „außenpolitisch ... einiges Glück winkt" (FR v. 1. 6. 1973), darf aufgrund der Erfahrungen unterentwickelter Länder mit solcher „Hilfe" füglich bezweifelt werden. Gleichwohl läßt sich in der Haltung der SPD im Unterschied zur dezidierten politischen Rechten in BRD und NATO, für die „Stabilität" identisch ist mit Zementierung der Kapitalherrschaft unter Zuhilfenahme aller Mittel, eine realistischere und flexiblere Einstellung erkennen, deren Ziel es ist, die Kapitalherrschaft immerhin um den Preis nötigenfalls relativ weitgehender Reformen abzusichern; diesem Ziel soll die Unterstützung reformistischer Kräfte in Portugal dienen.

Unbehagen über die in Gang gekommene Volksbewegung drückt sich indirekt auch in der Darstellung des antifaschistischen Staatsstreiches als Werk lediglich des Widerstandes in den Streitkräften, und auch dies erst in letzter Zeit, aus. Abgesehen von verstreuten Meldungen über Widerstandsaktionen hatte die bürgerliche Presse der BRD in der Tat getreulich stets den Eindruck von Ordnung, Ruhe und „Stabilität" zu vermitteln versucht. Indes, wenn „Der Spiegel" (Nr. 18/1974) in seiner gebührend weit hinter der „Guillaume"-Titelstory plazierten dünnen „Analyse" diesen Putsch stattfinden ließ vor dem Hintergrund einer „totale(n) politische(n) Friedhofsruhe, (die) ... jahrzehntelang Hauptmerkmal dieses Regimes" gewesen sei, so gehört dies in die Welt des Wunschdenkens.

Der Sturz des Regimes Caetano ist vielmehr Ergebnis des Anwachsens sowohl der Bewegung der demokratischen Volkskräfte, vor allem der Arbeiterklasse Portugals, die ihren Einfluß auch auf die Streitkräfte ausübt, als auch des Drucks der auf Reformen drängenden Teile der Bourgeoisie.

Trotz des Terrors der 1935 nach Gestapo-Muster vom späteren KZ-Kommandanten von Bergen-Belsen, Kramer, aufgebauten Geheimpolizei DGS (bis 1970 PIDE), die nach 1945 vom CIA „betreut" wurde, ist die Geschichte des portugiesischen Faschismus zugleich die Geschichte eines unablässigen Kampfes mit dem Ziel seiner Beseitigung.

Während Portugal, d. h., die Überzahl der Bevölkerung, als „Armenhaus Europas" mit den niedrigsten Löhnen und der höchsten Säuglingssterblichkeit Europas gilt, garantierten die Regime Salazar — der zum Tode Hitlers 1945 halbmast flaggen ließ — und Caetano acht allmächtigen, mit dem internationalen Monopolkapital verflochtenen Familienclans, die 80 Prozent der portugiesischen Wirtschaft beherrschen, Höchstprofite und parasitären Luxus.

Daß sich selbst innerhalb der Bourgeoisie „Modernisierungstendenzen" regten, daß in den treuen Stützen des Regimes — neben den Siedlern in den Kolonien Angola und Moçambique die Clans der hohen Beamten, das Offizierskorps und der katholische Klerus — Kräfte sich gegen den Faschismus wandten, ist vor allem auf die Folgen der aussichtslosen Kolonialkriege in Angola, Guinea-Bissao und Moçambique zurückzuführen. 1961 — im „Jahr des großen Umschwungs" (Mário Soares) mit Staatsstreichversuchen und Militärrebellionen sowie der Vertreibung der Portugiesen aus ihren indischen Kolonien Goa, Damão und Diu — hatten die Befreiungsbewegungen PAIGC und MPLA in Guinea-Bissao und Angola den bewaffneten Kampf aufgenommen (1964 gefolgt von der FRELIMO in Moçambique). Bald verschlang der in seiner Aussichtslosigkeit letztendlich auch von General Spinola erkannte Kolonialkrieg fast die Hälfte der Staatsausgaben, 2 Millionen DM pro Tag; seine Opfer auf portugiesischer Seite betrugen über 10 000 Tote und zehntausende Verwundete; das Bekanntwerden von Massakern isolierte Portugal international immer mehr; die Desertion von Wehrpflichtigen nahm beträchtliche Ausmaße an. Im „Mutterland" unterblieben dringendste soziale und politische Reformen; von den Niedriglöhnen angelocktes Auslandskapital kam der wirtschaftlichen Entwicklung Portugals kaum zugute. Die Folge: Immer stärkere Unruhen unter der Bevölkerung — Streiks, Demonstrationen der Arbeiter, der Studenten, die ab 1969 neue Höhepunkte erreichten; Opposition unter der demokratischen Intelligenz, bis in die Staatspartei „Nationale Union" hinein; Opposition selbst in den Streitkräften. Scheinliberalisierungen durch den Salazar-Nachfolger Caetano (er benannte 1970 die PIDE in DGS und seine Partei in „Nationale Volksaktion" um) vermochten diesen Widerstand nicht mehr zu kanalisieren. Die demokratische Opposition — Kommunisten, Sozialdemokraten, linke Katholiken, liberale Monarchisten, die seit 1962 in gemeinsamen Bündnissen agierten mit dem gemeinsamen Ziel des Sturzes des Faschismus — gewann an Einfluß, der sich mit der Opposition in den Streitkräften und den Vorstellungen realistischer Kreise der Bourgeoisie in der gemeinsamen Frontstellung gegen das herrschende Regime weitgehend traf. 1973 war — angesichts von Massenstreiks und Demonstrationen — die demokratische Bewegung nicht mehr völlig zu unterdrücken: Caetano mußte ihr die legale Abhaltung ihres 3. Kongresses in Aveiro konzedieren. Daß es zwischen diesen demokratischen Kräften und der „Bewegung der Hauptleute" Verbindungen gibt, liegt nahe — die bürgerliche Presse vermerkte es mit Argwohn.

Der von dieser Offiziersgruppe organisierte, von den Volksmassen begeistert aufgenommene Umsturz des faschistischen Regimes stellt den Ausgangspunkt dar für den bereits 1962 von dem Oppositions-Bündnis FPLN (Patriotische Front der Nationalen Befreiung) programmierten Demokratisierungsprozeß: Beseitigung der Monopolherrschaft, Landwirtschaftsreformen, Verwirklichung einer friedlichen Außenpolitik auf der Basis nationaler Unabhängigkeit und Unabhängigkeit für die Völker der Kolonien.

Mit der Proklamation der „Junta der nationalen Errettung", vor allem aber in ihren programmatischen Vorstellun-

gen wurden diese Ziele offizielle Politik der provisorischen Regierung, die das breite antifaschistische Bündnis repräsentiert, das die Umwälzung herbeiführte. Freilich handelt es sich hierbei zum Teil um erst langfristig realisierbare Vorstellungen, die gegen den Widerstand der Großbourgeoisie und des internationalen Kapitals erkämpft werden müssen und das Bündnis zwischen Streitkräften und demokratischen Volkskräften auf die Probe stellen werden. Die nach 43 Jahren ununterbrochenen Erscheinens in der Illegalität nun erstmals legal verbreitete Zeitung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP), „Avante", analysierte, daß die Massenbewegung der Werktätigen und des Volkes zwar seit dem 25. April bereits bedeutende Erfolge erzielt habe.

So seien soziale Verbesserungen erkämpft worden, eine Einheitsgewerkschaft im Entstehen, Faschisten und ihre Kollaborateure vielfach ausgeschaltet worden, forderten die Volksmassen auf Versammlungen die Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses, die Beendigung der Kolonialkriege und die Verhinderung einer Rückkehr des Faschismus (66 Generale, Admirale und hohe Offiziere wurden vorzeitig pensioniert, über 1200 Mitglieder der faschistischen DGS und der portugiesischen SA-Truppe „Portugiesische Legion" verhaftet, einigen Caetano-Ministern sollen Prozesse gemacht werden, demokratische Christen fordern den Rücktritt des Apostolischen Nuntius in Lissabon wegen seiner „Beziehungen zum früheren Regime"). Es wäre jedoch, so der „Avante" weiter, „ein ernster Fehler, die Demokratisierung des nationalen Lebens als einen leichten Prozeß zu betrachten und anzunehmen, daß die Volksmassen bereits alle Positionen innehaben, die die Fortsetzung des Prozesses der Demokratisierung garantieren". In einem Interview mit der „Humanité" am 29. April gab der Generalsekretär der PKP, Alvaro Cunhal, Antwort auf die Frage nach den Perspektiven der politischen Entwicklung: „Zum erstenmal seit Dutzenden von Jahren des Faschismus ist die völlige Beseitigung der Diktatur und die Errichtung eines demokratischen Regimes für das portugiesische Volk in Reichweite gerückt ... Wir unterstreichen gleichzeitig, daß ein solches Ziel nur durch die festeste Einheit der demokratischen Kräfte erreicht werden kann, durch den Kampf der Volksmassen, durch das Bündnis der Volksmassen mit den demokratischen und liberalen Militärs". Angesichts der nach wie vor bestehenden Machtstellung der Faschisten warnte er vor den Gefahren eines konterrevolutionären Putsches und wies auf die Gefahren hin, die Rechts- und Linksopportunismus in dieser Lage darstellen. Namentlich die abenteuerlichen Aktionen der zahlreichen aus völliger Bedeutungslosigkeit aufgetauchten sektiererischen Gruppen (allein sieben sogenannte Kommunistische Parteien!) provozieren in ihrer Verkennung der unmittelbaren Aufgaben mit der Aufstellung maximaler Forderungen reaktionäre Kräfte, belasten das Bündnis der demokratischen Kräfte untereinander sowie erst recht mit den Streitkräften und der Junta, stiften Verwirrung unter den Massen der Werktätigen, treiben kleinbürgerliche Elemente der Reaktion in die Arme und nützen so objektiv den eben erst von einem Teil der Macht verdrängten Kräften des Faschismus.

Die notwendigen ersten Maßnahmen auf politischem und sozialem sowie wirtschaftspolitischem Gebiet sollen dem „Programm der Junta" für die provisorische Regierung zufolge „Grundsteine" legen, so „eine neue Wirtschaftspolitik, die ... insbesondere den Bevölkerungsschichten dient, die bis jetzt mehr benachteiligt waren, ..., was notwendigerweise eine antimonopolistische Strategie bedeuten wird", und „eine neue Sozialpolitik, die ... hauptsächlich die Verteidigung der Interes-

sen der Arbeiterklasse ... zum Ziel haben wird".

Die hierin liegende politische Brisanz konzentriert sich in der Kolonialfrage, dem Dreh- und Angelpunkt der konzipierten Politik.

In den Kolonien Angola und Moçambique massieren sich gewaltige internationale wie nationale ökonomische Interessen; hinzu kommen militärstrategische Interessen der NATO, die auch die Kapverdischen Inseln einbeziehen, welche die PAIGC als zu Guinea-Bissao gehörig betrachtet, vor allem aber der im Falle der Unabhängigkeit von Angola und Moçambique unmittelbar mit unabhängigen afrikanischen Nationalstaaten konfrontierten Unterdrückungsregimes in Südafrika und Rhodesien; schließlich spielen die Siedler in Angola und Moçambique eine Rolle. Gestalteten sich die Verhandlungen zwischen Außenminister Mário Soares und der PAIGC über die Zukunft der bereits ausgerufenen Republik Guinea-Bissao noch relativ problemfrei, so bedeuten die aufgenommenen Verhandlungen zwischen FRELIMO und Lissabon die erste entscheidende Belastungsprobe für das demokratische Bündnis. Die berechtigte Forderung der Befreiungsbewegungen von Mocambique und Angola lautet unmißverständlich, daß die Unabhängigkeit der beiden Nationen nicht mehr Verhandlungsgegenstand sein könne: „Der Friede und die Unabhängigkeit sind unteilbar", konstatierte FRELIMO-Präsident Samora Machel. Demgegenüber steht das Wort des Generals und jetzigen Staatspräsidenten Spinola „Wir werden in Afrika bleiben. Ja!" und die Vorstellung eines „lusitanischen Commonwealth", das sogar Brasilien umfassen sollte. Zwar hat der Verlauf der Verhandlungen mit der PAIGC bereits mit derartigen Illusionen aufgeräumt, es stellt sich jedoch die Frage nach dem Verhalten eines Teils der Generale angesichts der ebenso unausweichlichen Aufgabe solcher Vorstellungen hinsichtlich der beiden ungleich wichtigeren Kolonien. Abzuwarten ist die Haltung der in den Kolonien über gewaltige Reichtümer verfügenden Monopolclans Portugals, desgleichen der Faschisten in Südafrika und Rhodesien sowie der imperialistischen NATO-Mächte. Keine Zweifel bestehen mehr an der Ablehnung afrikanischer Unabhängigkeit durch die Mehrheit der portugiesischen Siedler:

Mit Rufen wie „Moçambique gehört uns!" und Tumulten empfingen fanatisierte Kolonialisten den Junta-General Gomes und ließen erkennen, daß ihre Sympathien großenteils einer „rhodesischen Lösung", also Erklärung der Unabhängigkeit unter einem weißen Minderheitsregime, gehören. Unter dem Etikett „Unabhängige Front für westliche Solidarität" tauchte bereits eine kolonialistische Vereinigung auf; doch auch die vom Verbot der „Nationalen Volksaktion" betroffenen Faschisten und ihre Sympathisanten formieren sich in neuen Gruppen wie der „Demokratisch-Sozialistischen Partei". Ihre Ziele sind klar: Vorbereitung des konterrevolutionären Schlages, sollten Junta und provisorische Regierung konsequent die erforderlichen Maßnahmen ergreifen und den Demokratisierungsprozeß weitertreiben.

Um so notwendiger ist gerade die Stärkung dieser Bewegung, um, gestützt auf die Streitkräfte und die Volksmassen, der nationalen und internationalen Reaktion begegnen zu können. „Man muß die Verbrüderung, die gegenseitige Solidarität, die kämpferische Einigung des Volkes und der Militärs in dem Kampf für ein demokratisches Regime in Portugal entwickeln, verbreitern und unwiderruflich machen", fordert Alvaro Cunhal.

Jürgen Ostrowsky

Italien nach dem Scheidungsreferendum

Der Sieg, den die laizistische Einheitsfront bei der Abstimmung zum Referendum über Abschaffung oder Beibehaltung des Ehescheidungsgesetzes am 12. und 13. Mai erringen konnte, stellt einen historischen Wendepunkt in der italienischen Geschichte dar. An die 60 % der Wähler haben neben großer politischer Reife den konzentrierten Willen bekundet, sich aus einer lähmenden politischen wie kulturpolitischen Stagnation zu befreien und einem großangelegten Manöver, das Land einer rechten Direktorialdemokratie zu unterwerfen, energisch entgegenzutreten.

Die Mehrheit der Wähler hatte erkannt, daß in dem Referendums-Konzentrat brisante politische Fakten steckten und daß es um weit mehr als um das Scheidungsgesetz selbst ging. Initiatoren und Verfechtern des Referendums dienten beispiellos aggressiv vorgebrachte Moralprinzipien nur zur Abdeckung einer breitangelegten Offensive eindeutig politischer Natur, um über den Hebel einer Gewissensentscheidung in einer für den Bestand der Demokratie sehr kritischen Situation die politische Achse nach rechts zu verschieben. Für die Gesamtplanung des listigen Vorhabens zeichnete wieder einmal Amintore Fanfani verantwortlich. Nachdem dieser energiegeladen als Parteisekretär der Democrazia Cristiana deren verschiedene Flügel und Strömungen vorübergehend „geeinigt" und seiner strafferen Zügelung unterworfen hatte, strebte er eine seinen Zielen dienstbereite gleichgeschaltete Presse an. Zu diesem Zweck mobilisierte er über den gleichgesinnten Manager Cefis vom Montedison-Konzern und andere Konzerne das Kapital. Den ersten Schlag führte er gegen das unter dem Einfluß des linken Christdemokraten Donat-Cattin stehende Turiner Blatt „Gazzetta del Popolo", das von Strohmännern der Montedison aufgekauft wurde. Ferner wurde vor kurzem die große römische Tageszeitung „Il Messaggero" von der Montedison geschluckt, und auch bei anderen wichtigen Blättern sind Emissäre der großangelegten Springerei aufgetaucht.

In dem von ultraklerikaler Seite mit mehr als 1,4 Millionen Unterschriften durchgebrachten Referendum sah Fanfani genau das richtige Instrument, seine reaktionären Bemühungen zum Siege zu führen und der DC unter seiner genialen Führung die alte Hegemoniestellung zurückzuerobern, notfalls mit Hilfe der Neofaschisten. Kommunistische Vorschläge zur Verbesserung und Modifizierung des Scheidungsgesetzes unter Berücksichtigung gewisser kirchlicher Wünsche lehnte er ab. Er suchte die Kollision im Vertrauen darauf, daß sich im Stammland des Katholizismus unter dem Vorwand der Scheidungsfrage die Wählerschaft auch in rein staatsbürgerlichen Entscheidungen niemals der traditionellen Bevormundung durch die Kirche zu entziehen wagen würde. Schützenhilfe erhielt Fanfani durch die Bischofskonferenz, doch muß zur Ehre mancher Bischöfe gesagt werden, daß sie in dieser Frage die Entscheidung dem Gewissen des einzelnen Gläubigen unterstellt wissen wollten (in der Folge unterließen es viele Geistliche, die „Empfehlungen" der parteilichen Bischöfe von der Kanzel zu verlesen).

Während die Befürworter des Scheidungsgesetzes, die alle demokratischen Parteien von den Liberalen über Sozialdemokraten, Republikaner und Sozialisten bis zu den Kommunisten umfaßten, sich einer zivilen Tonart befleißigten, heizte Fanfani auf einer Versammlungsreise von 26 000 km (!) in massivem persönlichem Engagement eine wahre Kreuzzugsstimmung an, in der er, wie Neofaschistenführer Almirante, die Parole ausgab, wer für die Beibehaltung der Scheidung sei, stimme

kommunistisch, und beschwörend an den christdemokratischen Wahltriumph von 1948 erinnerte, der von De Gasperi mit ähnlichen Gleichungen errungen worden war. In erlesener Geschmacklosigkeit und beleidigender Weise setzte er bewußt auf eine von ihm angenommene Primitivität der Wähler (vor allem im Süden), indem er behauptete, daß nach einem Sieg des Scheidungsrechts die Homosexuellen heiraten und lesbische Ehefrauen mit ihren Dienstmädchen durchbrennen würden. Gespickt mit beschwörenden Ausrufen wie „Denkt an Prag", verstieg seine Demagogie sich zu Ungeheuerlichkeiten: die Kommunisten versuchten über die Zerstörung der Familie an die Macht zu gelangen, und die Scheidung sei nur für die Kapitalisten da, wozu er schamlos Marx, Lenin und Togliatti als Kronzeugen (falsch) zitierte. Katholische Schwestern steckten in Kindergärten den Kindern Flugblätter in die Kittelschürzen, des Inhalts, sie würden bei einem Sieg der Scheidungsbefürworter sofort von ihren Eltern sitzengelassen werden.

In seinem wahre Purzelbäume schlagenden Minimacchiavellismus hatten Fanfani und seine Gefolgschaft jedoch ganz übersehen, daß das Italien von 1974 nicht mehr das Italien von 1948 ist. Mitten in der politischen und wirtschaftlichen Krise, unter der Provokation der sogenannten „Strategie der Spannung" und dem Eindruck einer sich krebsartig ausbreitenden Korruption wies das italienische Volk den reaktionären Braten zurück und brachte der Christdemokratie die größte Niederlage ihrer Parteigeschichte bei, die einem Bankrott gleichkommt; wissend, daß mit der hochgespielten Scheidungsfrage ein Paket alter und neuer Abhängigkeiten verknüpft war, entschied es sich für den politischen und staatsbürgerlichen Fortschritt.

Die schmerzlichste Überraschung für den siegessicheren Fanfani dürfte wohl der erstmalige Massenausbruch katholischer Wähler aus dem DC-Areal gewesen sein. Das von ihm kaum erwartete Phänomen, daß katholische Gläubige unter Ärzten, Richtern, Intellektuellen, DC-Bürgermeistern und selbst Priestern öffentlich der doppelten Gewissensvergewaltigung entgegentraten, stellt Glaubwürdigkeit wie Prestige der gegenwärtigen DC-Führung auf die allerhärteste Probe. Darüber hinaus ist im Referendumsergebnis ohne Zweifel auch ein Massenprotest katholischer Arbeiter und Bauern gegen die von der DC betriebene unglaubwürdige Sozialpolitik und die Rechtstendenzen enthalten.

19 Millionen Italiener entschieden sich für die Vernunft und verurteilten mit ihrem Nein Stagnation und Rückschritt — gegenüber 13 Millionen, die diesmal noch ihre Stimme der unheiligen Allianz mit den Faschisten gaben. Gemessen an den Nationalwahlen von 1972, errangen die laizistischen Parteien eine glasklare Mehrheit (+6,8 %), während der klerikal-faschistische Block auf 40,9 % zusammenschmolz und die Democrazia Cristiana drei Millionen Stimmen von Stammwählern verlor. Das ist ein schwerer Schlag gegen die christdemokratische Hegemonie über die Katholiken. Besonders deutlich wird dies anhand der Abstimmungsergebnisse in den sogenannten „weißen Zonen" im Norden, bislang Hochburgen der Christdemokraten, in denen sich plötzlich starke Nein-Mehrheiten durchsetzten. Aber auch der Süden präsentierte sich teils mit einem mehrheitlichen Nein, wie selbst in Sizilien (wo die Neofaschisten, wie in Rom, von wahren Erdrutschen betroffen wurden), teils mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen weitaus aufgeklärter, als vorher angenommen werden konnte. Zweifellos wirkten sich hier auch die Erfahrungen der zur Emigration gezwungenen Arbeitermassen erstmals ganz deutlich aus.

Angesichts dieser Niederlage blieb Fanfani nichts anderes übrig, als die Rolle

des Pyromanen mit jener des Feuerwehrmannes zu vertauschen, der sich sauersüß vor dem Volkswillen verneigt und im übrigen behauptet, das Referendum nie gewollt und nichts zur Degeneration des Wahlkampfs beigetragen zu haben.

Obwohl innerhalb der Regierungskoalition vorläufig noch trügerische Ruhe herrscht und sich die Sieger äußerst maßvoll zeigen, werden die politischen Konsequenzen nicht ausbleiben, denn diese Abstimmung ist gleichzeitig ein globales Votum für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes und nicht nur als Bestätigung staatsbürgerlicher Freiheiten zu werten. Vor allem ist es aber auch ein Sieg der Linken, weil sich diesmal selbst zahlreiche Bürgerliche nicht im geringsten von antimarxistischen Tiraden und Drohungen beeindrucken ließen und mit Nein stimmten. Als Beweis dafür mag die Äußerung des Vertreters von „Panorama", einem in Mailand erscheinenden bürgerlichen Magazin, in einer Postreferendumsdiskussion des Luganeser Fernsehens dienen, der den Tausenden kommunistischer Funktionäre für ihren Einsatz dankte, der seiner Meinung nach für den Sieg über die Democrazia Cristiana den Ausschlag gegeben hatte.

Der für seine Wendigkeit berühmte Fanfani wird in Zukunft als Parteisekretär keinen leichten Stand haben. Die Vertreter der linksgerichteten „Forze Nuove", wie Donat-Cattin und Galloni, üben bereits harte Kritik. Ersterer nannte das Referendum einen „geschichtlichen Irrtum", während nach Galloni die Lektion dahingehend verstanden werden müsse, daß es in Italien keine schweigende Mehrheit gibt, die für konservative Abenteuer zu haben ist, und niemand mehr auf den manirierten Antikommunismus hereinfällt. Auch Moro hat sich dieser Kritik angeschlossen. Allgemein wird nach einer Gewissenserforschung der DC verlangt.

Inzwischen steht als ein Test für die Tragweite des Referendums die Wahl für das Regionalparlament von Sardinien an, wo die fortschrittlichen Kräfte 55,2 % erringen konnten und die Konservativreaktionäre gegenüber den Nationalwahlen 1972 von 52,2 auf 44,8 % abgefallen sind. Fanfani hat sich hier erneut in den Wahlkampf geworfen, um zu beweisen, daß die Dissidenten bei rein politischen Wahlen wieder in den alten Stall zurückkehren. Dem aber haben die katholischen Neinsager bereits ein neues Nein entgegengesetzt. Einer der begabtesten italienischen Satiriker, der Kommunist Fortebraccio (vor anderthalb Jahrzehnten selbst noch christdemokratischer Parlamentsabgeordneter), schrieb, die DC möge um Himmels willen Fanfani als Parteisekretär weiterbehalten, „denn er ist unsere wirkungsvollste 5. Kolonne".

Italien ist in eine neue politische Phase eingetreten, in der die Sauerstoffzufuhr des Referendumsergebnisses der Linken einen weiten Atem zu geben verspricht.

Wilfrid Schilling, Gonte di Oggebbio

Fünfundzwanzig Jahre Weltfriedensbewegung

Vom 27. bis 29. Mai fand in Paris im Palais du Luxembourg, dem Sitz des französischen Senats, eine Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der organisierten Weltfriedensbewegung statt. Die Bilanz der Geschichte dieser Bewegung zeigt, wie sehr im vergangenen Vierteljahrhundert der Einfluß der öffentlichen Meinung auf die inter-

Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik

Von Jürgen Harrer

I

Die Wahlniederlagen der SPD 1974 haben die innerparteilichen Diskussionen über die gesellschaftliche Funktion und das Selbstverständnis der westdeutschen Sozialdemokratie verstärkt. Dabei stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber:

Für die Parteiführung und ihre Sachwalter auf allen Ebenen der Organisation sind die Stimmenverluste in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen Ergebnis einer falschen Selbstdarstellung der SPD, welche angeblich vor allem von den Jungsozialisten bestimmt wurde und durch die Akzentuierung sozialistischer Programmatik die tatsächliche Orientierung der Politik dieser Partei auf die „Mitte" — d. h. aber: auf die Kooperation mit den Inhabern ökonomischer Macht in der BRD — nicht genügend habe sichtbar werden lassen.

Für die innerparteiliche Opposition ist dagegen nicht diese angeblich nach links verschobene Optik, sondern die Praxis der SPD die Ursache der Niederlagen und Gegenstand der Kritik. Vor allem die Jungsozialisten weisen auf den Widerspruch zwischen den Hoffnungen, welche ihre Partei im letzten Bundestagswahlkampf weckte, und ihrer tatsächlichen Arbeit hin. Nachdem die von Brandt und Helmut Schmidt zu Beginn der Kampagne 1972 unternommenen Versuche, Schonung von den Vertretern des Großkapitals zu erhalten, gescheitert waren, konnten sie sich politisch nur noch durch die — wenn auch nur halbherzige — Bereitschaft zur Mobilisierung unter den abhängig Arbeitenden retten. Die antikapitalistische Argumentation der Sozialisten in der SPD erhielt einigen Spielraum. Bereits die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973, mehr aber noch die praktische Politik der sozialliberalen Regierung in den Jahren 1973 und 1974 machte dann deutlich, daß die Parteispitze der SPD entschlossen war, das 1972 nur scheinbar unterbrochene Bündnis mit dem Großkapital selbst durch eine Desavouierung der Gewerkschaften und der Mehrheit ihrer Wähler zu bezahlen: dieser Politik diente die Agitation Brandts gegen die spontanen Streiks im Sommer 1973, die partielle Konfrontation mit der Gewerkschaft ÖTV 1974 und die Empfehlung des Bundeskanzlers, zugunsten der „Stabilitätspolitik" eine Stagnation der Reallöhne hinzunehmen. Wenn daraufhin die Enttäuschung der Angestellten und Arbeiter, welche noch 1972 — teilweise zum ersten Mal — SPD gewählt hatten, sich in einer erneuten Hinwendung zur CDU Luft machte, so hatte dies zwei Gründe: Einmal die massive Denunzierung der linkssozialistischen und kommunistischen Bewegung in der BRD; diese ist infolgedessen noch in vielen Bereichen quantitativ zu schwach, um als wählbare Alternative zur sozialliberalen Koalition zu erscheinen [1]). Zweitens aber hat das jahrzehntelange Bemühen der westdeutschen Sozialdemokratie, ihre Unterschiede zu den bürgerlichen Parteien zu minimieren und Klassenbewußtsein unter den Lohnabhängigen abzubauen, zu einer Irritierung politischen Verhaltens gerade unter den Arbeitern und Angestellten geführt, welche in anderen westeuropäischen Ländern kaum

1) Dieser Hinweis auf die Notwendigkeit einer starken kommunistischen Bewegung findet sich allerdings lediglich bei einzelnen kritischen Sozialdemokraten, er gehört nicht zu den Argumenten größerer Minderheiten in der SPD, auch nicht der Mehrheit der Jungsozialisten.

noch denkbar ist. Dennoch bleibt ein Fortschritt gegenüber früheren Jahren zu verzeichnen: Die Tatsache, daß Teile der von der SPD enttäuschten lohnabhängigen Wählerschichten wieder für die CDU/CSU votieren, drückt eher Protest gegenüber der sozialdemokratischen Politik als eine neuerliche Identifizierung mit den Rechtsparteien aus. Hierzu haben sich CDU und CSU gerade in den Auseinandersetzungen der letzten Zeit (so etwa in den Lohnkämpfen im öffentlichen Dienst und der Metallindustrie und in der Mitbestimmungsfrage) zu eindeutig als Parteien des Großkapitals profiliert; darüber hinaus vermögen sie trotz zunehmender sozialer Demagogie keine plausible Gegenkonzeption zur SPD aufzuweisen.

Eine zentrale Rolle in den innerparteilichen Debatten der SPD spielt der Begriff der „Reform". Auf ihn berufen sich alle Gruppierungen innerhalb der Partei, wenn auch mit verschiedenartiger Interpretation. Obwohl die Betonung der Reformbereitschaft zur Zeit — in unterschiedlichem Maße — zur politischen Rhetorik aller im Bundestag vertretenen Parteien gehört, kommt dem Reformbegriff in Geschichte und Gegenwart der SPD eine besondere Bedeutung zu. Nur hier hat er einen Doppelcharakter und dazu noch eine besondere historische Belastung. Für CDU und FDP sind Reformen immer von vornherein Maßnahmen zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems. In Teilen der SPD kommt noch die Konzeption der „systemüberwindenden Reformen" dazu, die — wenn auch in anderer Terminologie und anderem geschichtlichen Kontext — früher sowohl Teilmoment einer sozialistischen Strategie wie auch Kampfparole zur Abgrenzung von der revolutionären Tradition der Arbeiterbewegung war. Zu Recht ist bislang nur auf die sozialdemokratische Bewegung die gleichermaßen polemische wie oft unklare Kennzeichnung „Reformismus" angewandt worden. Eine Klärung dieses Terminus kann deshalb vielleicht auch zur Erhellung aktueller Differenzierungen in der SPD beitragen.

Im Unterschied zum Revisionismusvorwurf, der fast ausschließlich innerhalb marxistischer Parteien in aktuellen Diskussionen verwandt wird, kennzeichnet das Problem des Reformismus in erster Linie die Auseinandersetzung in sozialdemokratischen Parteien sowie zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als Reformismus sozialdemokratischer Prägung können wir eine Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung definieren, die entweder die Interessen der abhängig Arbeitenden mit der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems verbinden will oder die von der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Staat vorgegebenen politischen und ökonomischen Bedingungen bei der Wahl ihrer politischen Mittel verabsolutiert. Es lassen sich also zwei Hauptrichtungen des Reformismus feststellen, die manchmal in einer einzigen sozialdemokratischen Partei miteinander verbunden, zuweilen aber auch organisatorisch voneinander getrennt sind: Für die erste ist die ungehinderte systemimmanente Rentabilität der kapitalistischen Wirtschaft zugleich die wesentlichste Voraussetzung für eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die durch Reformen am kapitalistischen System, welche das Privateigentum an den Produktionsmitteln aber nicht grundsätzlich in Frage stellen, erreicht werden soll. Möglichst effektive Ausgestaltung des Kapitalismus ist also zugleich eine Voraussetzung für die Interessensicherung der abhängig Arbeitenden; die Interessen der beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft — soweit in der Gegenwart die Existenz solcher Klassen überhaupt anerkannt wird, was auf diesem Flügel der Sozialdemokratie in den seltensten Fällen noch geschieht — lassen sich unter dem Oberbegriff des „Gemeinwohls" zusammenfassen. Dieses könne allerdings nur gewahrt werden, wenn (in der

Terminologie des integrationistischen Reformismus) einerseits „Auswüchse" der kapitalistischen Wirtschaftsweise beschnitten, andererseits „unangemessene" Arbeiterforderungen zurückgedrängt werden. Diese Richtung sozialdemokratischer Theorie und Praxis ist am ehesten als sozialliberal-integrativer Reformismus definierbar. Als sozialliberal kann er gelten, weil er das doppelte Grundaxiom sozialliberaler Politik — daß nämlich die Lebenslage der abhängig Arbeitenden nur innerhalb der Grenzen des Kapitalismus gebessert und stabilisiert werden könne, daß andererseits aber der Kapitalismus nur lebensfähig bleiben kann, wenn bestimmte Organisationen der Arbeiterklasse (die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften) zu seiner Stützung und Ausgestaltung herangezogen werden, wofür ihnen Zugeständnisse auf dem Felde der Tarifpolitik, der Koalitionsfreiheit und auch die Möglichkeit einer Regierungsübernahme eingeräumt werden müssen [2]) — zur Voraussetzung seiner Tätigkeit macht. Integrativ ist diese Politik, da sie sich die Integration der Arbeiterklasse in das vorgegebene Gesellschaftssystem unter dezidiertem Verzicht auf eine Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, welche über eventuelle Teilverstaatlichungsmaßnahmen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft hinausgeht, zum Ziel gesetzt hat. Dieses Ziel soll z. B. durch gesellschafts- und vermögenspolitische Maßnahmen wie eine Mitbestimmungsregelung, die von der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ausgeht, oder eine Politik der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" erreicht werden. Als Sozialliberalismus ist dieser Reformismus keine spezifisch sozialdemokratische oder aus einer bestimmten Bewußtseinslage der abhängig Arbeitenden hergeleitete Theorie, sondern lediglich die Variante einer Ideologie, die zugleich auch die Politik solcher bürgerlicher Parteien bestimmt, welche unter bestimmten historischen Bedingungen die Einbeziehung eines Teils der Arbeiterorganisation in die politische Willensbildung bei gleichzeitiger Einschränkung ihrer Autonomie zu einer Maxime ihres Handelns machen. Tatsächlich ist der Sozialliberalismus zumindest in Deutschland immer ein überparteiliches Phänomen gewesen: bereits vor 1914 fand er sich sowohl am rechten Rand der Sozialdemokratie wie in der Fortschrittlichen Volkspartei (und ihren Vorgängerparteien), in der Weimarer Republik in der Führung der SPD, in der Deutschen Demokratischen Partei, zeitweise am linken Flügel der Deutschen Volkspartei und sogar in einer Minderheitsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei [3]); in der BRD schließlich hält der Sozialliberalismus nicht nur in SPD und FDP zumindest seit der Neuorientierung der FDP 1967 Mehrheitspositionen, sondern macht — im organisatorischen Verbund mit konservativen und reaktionären, also illiberalen Kräften und weitaus schwächer ausgeprägt als dort — auch ein Moment der Politik der CDU aus. Umgekehrt erklärt der bürgerliche Charakter dieser Politik, weshalb innerhalb der sozialliberal-integrationistischen Richtung sozialdemokratischer Parteien — zumindest in der BRD — immer wieder neben Gewerkschaftsführern auch Politiker mit dezidiert bürgerlicher Klassenorientierung — oft als Beamte in einflußreichen staatlichen Positionen — tätig sein können.

II

Die ideologische Unselbständigkeit des sozialliberal-integrationistischen Reformismus ergibt sich sehr leicht aus einer Analyse seiner theoretischen Dokumente: schon für den durchgehend sozialliberalen Revisionismus Eduard Bern-

[2]) Reinhard Opitz, Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs, in: „Blätter", 1/1972, S. 13—43; 2/1972, S. 166—181; 3/1972, S. 294—314.
[3]) Ders., Der deutsche Sozialliberalismus 1917—1933, Köln 1973, S. 199 ff.

steins — in seinem Werk kommt es ein erstes Mal zu Konvergenzen zwischen Reformismus und Revisionismus, die daraus resultieren, daß er sozialliberale Ideologiemomente in einer offiziell marxistischen Partei durchsetzen, sich also sofort vom Marxismus distanzieren mußte — ist nachgewiesen worden, daß er sein theoretisches Material fast ausnahmslos von bürgerlichen Theoretikern (liberaler und konservativer Provenienz) übernommen hat [4]); eine Untersuchung des theoretischen Fundus der Führungsgruppen sozialdemokratischer Parteien nach 1945 kommt zu dem gleichen Ergebnis [5]), allerdings mit dem Unterschied, daß sich die adaptierten Theorien gewandelt haben, daß die rechts-sozialdemokratische Ideologie also Transformationen des bürgerlichen Bewußtseins mitvollzog.

Historisch datiert der bürgerliche und der reformistische Sozialliberalismus als massenwirksame Ideologie seit den Anfängen des Übergangs vom liberalen Konkurrenzkapitalismus zum Kapitalismus monopolistischer Struktur mit wachsender Intervention des Staates in den hochentwickelten Industriestaaten sowie seit der — parallel dazu verlaufenden — Herausbildung starker Arbeiterorganisationen: nur unter den Voraussetzungen des sich monopolisierenden Kapitalismus und zunehmender Regulierungsfunktionen des Staats stehen Instrumente bereit, die eine zeitweilige — tatsächliche oder scheinbare — systematische Vermittlung von Arbeiter- und Kapitalinteressen ohne Gewaltanwendung ermöglichen; die Stärke der Gewerkschaften macht diese politischen Maßnahmen erst notwendig.

Der Sozialliberalismus ist historisch und aktuell von radikaldemokratischer Politik geschieden: diese ist in der vormonopolistischen Phase des Kapitalismus durch den Kampf um rechtliche und politische Gleichstellung aller Gesellschaftsmitglieder und um deren politische Selbstbestimmung gekennzeichnet, ohne definitive Aussagen über die anzustrebende Eigentumsordnung zu treffen. Im monopolistischen Kapitalismus wird sie diese Forderung mit dem Bemühen um die Beseitigung der vielfältigen Einschränkungen der politischen Demokratie, die nicht unmittelbar aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, wohl aber aus dessen monopolistischer Struktur hergeleitet werden, verbinden müssen. Die — tendenziell oder aktuell — monopolkapitalistischen Voraussetzungen des Sozialliberalismus unterscheiden ihn von Vorstellungen über die Harmonisierung von Arbeiter- und Kapitalinteressen in der früh- und liberalkapitalistischen Periode. Lediglich in den theoretischen und propagandistischen Darbietungsformen ergeben sich zuweilen Parallelen und Überschneidungen zwischen Sozialliberalismus und Teilen radikaldemokratischer Theorien einerseits oder Harmonisierungstheorien des Konkurrenzkapitalismus andererseits [6]).

---

[4]) Bo Gustafsson, Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, 2. Bde., Frankfurt/M 1972.

[5]) Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Frankfurt/M 1972.

[6]) Radikaldemokratische Politik war das Resultat eines Klassenbündnisses zwischen revolutionärer Kleinbourgeoisie und Proletariat in Vorbereitung und Durchführung der bürgerlichen Revolutionen. Die Führung hatte dabei das Kleinbürgertum. Die radikale Demokratie als relevante politische Richtung wurde in dem Maße geschwächt, in dem die Polarisierung zwischen Bürgertum und Proletariat voranschritt, die Interessen der Großbourgeoisie nicht mehr mit den revolutionären Freiheits- und Gleichheitsforderungen vereinbar schienen und sich das Kleinbürgertum auf ihre Seite schlug. Aktuell zeigt sich die Zerstörung der politisch-sozialen Basis radikaldemokratischer Politik in der BRD in der nach wie vor starken subjektiven Bindung der kleinen Selbständigen an Ideologie und Politik des kapitalistischen Großbesitzes. Eine Perspektive hat die radikale Demokratie unter monopolkapitalistischen Verhältnissen dort, wo eine starke, klassenbewußte Arbeiterbewegung Teile des ökonomisch vom Großkapital abhängigen Kleinbürgertums politisch von jenem zu trennen und außerdem auch den nichthandarbeitenden Lohnabhängigen die Einsicht in ihre tendenzielle oder aktuelle objektive Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu vermitteln vermag. Die „Zurückgewinnung" des Kleinbürgertums für die radikale Demokratie ist allerdings noch in kaum einem monopolkapitalistisch dominierten Land massenrelevant erfolgt. Dagegen vermochte eine starke Arbeiterbewegung etwa in Frankreich große Teile der lohnabhängigen Intelligenz und der Angestellten auf sich zu orientieren. Radikaldemokratische Politik hält in den bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien der kapitalistischen Länder allenfalls Minderheitspositionen. Aufgrund ihrer politischen Ohnmacht geht sie dort enge — definitorisch oft kaum

Mangelnde theoretische Selbständigkeit des sozialliberal-integrativen Reformismus bedeutet nicht, daß er mit der sozialliberalen Ideologie und Praxis anderer Parteien deckungsgleich sein könnte. Zwar gehört er zu dem übergreifenden ideologischen Komplex „Sozialliberalismus", stellt innerhalb desselben aber auch eine besondere Variante dar. Dies ergibt sich aus dem spezifischen Adressaten und sozialen Substrat reformistischer Politik; sie muß an abhängig Arbeitende weitergegeben und mit Bewußtseinsmomenten, die aus deren gesellschaftlicher Stellung resultieren — so vor allem trade unionistischem Bewußtsein der in Gewerkschaften organisierten Industriearbeiter —, vermittelt werden. Die sozialliberale Komponente sozialdemokratischer Politik unterscheidet sich von ihren bürgerlichen Partnern dadurch, daß für diese — je nach den politischen Bedingungen — eine konservative Umorientierung bis hin zur völligen Ausschaltung der Arbeiterorganisationen nicht ausgeschlossen ist. Die besondere Funktion des sozialliberal-integrationistischen Reformismus äußert sich auch in seiner Terminologie, so etwa darin, daß er sich selbst als „demokratischer Sozialismus" definiert, also Sprachpartikel aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung mit anderen Begriffen, die seine Orientierung am Demokratiebegriff des bürgerlichen Staates signalisieren sollen, arrangiert, eine latente antikapitalistische Mentalität, die aus der sozialen Lage seiner Adressaten immer wieder resultieren kann, in Konkurrenz mit marxistischen Sozialismuskonzeptionen okkupiert und überdies durch Anknüpfen an tradiertes Vokabular der alten Sozialdemokratie in dem gleichen Moment, in dem er in einem Akt der „Entideologisierung" sich von deren Tradition trennt, diese Absage doch wieder ästhetisch mildert.

Ein zweiter Akzent der spezifisch sozialdemokratischen Variante des Sozialliberalismus besteht darin, daß sie zwar in ihrer praktischen Politik auf eine Stabilisierung des kapitalistischen Systems hinarbeitet und das Privateigentum an den Produktionsmitteln zumindest nicht grundsätzlich in Frage stellt, daß die kapitalistische Eigentumsordnung jedoch verbal nicht in dem Maße dogmatisiert wird wie von dem in dezidiert bürgerlichen Parteien artikulierten Sozialliberalismus. Der „bürgerliche" Sozialliberale wird das Privateigentum an Produktionsmitteln zur Voraussetzung für die Realisierung parlamentarischer Demokratie und für die Garantie der Grundrechte, wie sie in den Verfassungen der meisten bürgerlich-parlamentarischen Staaten festgelegt sind, erklären. Innerhalb des reformistischen Sozialliberalismus wird man neben dogmatischen Befürwortern der bürgerlichen Eigentumsordnung („Freie Marktwirtschaft") auch Politiker finden, die nicht bereit sind, einen Zusammenhang zwischen bestimmten Eigentumsformen an Produktionsmitteln und demokratischen politischen Zielen (Realisierung der Grundrechte, umfassende Teilnahme aller an der parlamentarisch verfaßten politischen Willensbildung) anzuerkennen: „Demokratischer Sozialismus" und politische Demokratie sind für sie lediglich ethische und politische Maximen („ethischer Sozialismus"), zu deren Verwirklichung die theoretische Festlegung auf eine bestimmte Eigentumsordnung nicht notwendig sei. Diese Position — aus der sehr oft die Forderung nach einer „Gemischten Wirtschaft" hergeleitet wird — kann seit Beginn der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts als die

noch auflösbare — Verbindungen mit dem Sozialliberalismus (in den sozialdemokratischen Parteien auch mit dem sozialistischen Reformismus) ein. Die Neuaktivierung dieser Richtung und ihre Trennung vom Sozialliberalismus durch eine Orientierung auf die sozialistische Arbeiterbewegung wird für den Radikaldemokratismus lediglich eine höhere Realisierungschance seiner politischen Intentionen ergeben, ohne daß er noch einmal eine Führungsrolle im historischen Prozeß einnehmen könnte. Dies ergibt sich aus der mit der Entwicklung der Produktivkräfte dominierend gewordenen gesellschaftlichen Rolle der Arbeiterklasse, dem hohen Grad der objektiven gesellschaftlichen Polarisierung und der schwachen und labilen sozialen Basis der radikaldemokratischen Position.

herrschende Ideologie der meisten sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa angesehen werden.

Soweit das Instrument der parlamentarischen Demokratie (neben dem unmittelbaren Kontakt zum Staatsapparat und zu den Unternehmerorganisationen) zu den politischen Mitteln des reformistischen Integrationismus gehört, bleibt es der sozialen Funktion dieser Politik untergeordnet: Integration und Systemstabilisierung sind der Zweck, parlamentarische Politik ist das Mittel, das allerdings dann — und sei es nur zeitweise — Modifikationen unterzogen werden kann, wenn es dieser Aufgabe nicht gerecht wird. Historisches Beispiel dafür ist in Deutschland vor 1933 etwa das Einverständnis sozialdemokratischer Politiker mit einer durch Brüning geplanten Restaurierung der Monarchie, in der BRD nach 1945 u. a. die präventive Suspendierung von Parlamentsrechten zugunsten der Exekutive in der von der SPD mitverabschiedeten Notstandsverfassung von 1968. — In gleicher Weise wird der Hauptzweck des integrationistischen Reformismus — Systemstabilisierung durch Herbeiführung begrenzter Konzessionen an „Arbeitnehmerinteressen" (wobei der Begriff „Arbeitnehmer" bereits ein entschieden sozialliberaler Terminus ist) — lediglich als eine strategische Orientierung gewertet werden müssen, die dann in einen Ziel-Mittel-Konflikt gerät, wenn die Erlangung neuer oder die Aufrechterhaltung bereits erreichter Zugeständnisse an die abhängig Arbeitenden nicht mehr durch Klassenaussöhnung zu realisieren ist und deshalb die übergeordnete Integrations- und Stabilisierungsfunktion scheinbar oder tatsächlich in Frage zu stellen droht. Beispiele dafür sind die Tolerierung von Brünings Politik der Lohn- und Gehaltssenkung durch die SPD und die Bereitschaft sozialdemokratisch geführter oder zumindest mitgetragener Regierungen nach 1945 in der BRD und Großbritannien zu einer staatlichen Einkommenspolitik, die die Tarifautonomie beschränkt und Lohnleitlinien durchsetzt [7]).

Die innere Differenzierung des integrationistischen Reformismus weist darauf hin, daß es sich hier nicht um eine einheitliche Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung handelt. Tatsächlich enthält der Integrationismus nicht nur unterschiedliche ideologische Momente, sondern er hat auch eine in sich widersprüchliche soziale Basis. Die sozialdemokratische Variante des Sozialliberalismus wird zweifellos von Politikern und Theoretikern formuliert, welche mit dem bürgerlichen Staatsapparat eng verbunden oder in anderer Weise an der Durchsetzung von Kapitalinteressen und deren Vermittlung an die Arbeiterklasse orientiert sind. Seine Massenbasis aber gewinnt der integrationistische Reformismus in breiten Schichten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die

[7]) Wesentliche Erfolgsbedingung sozialliberaler (wie jeder reformistischen) Politik sind ökonomischer Aufschwung und relativ reibungsloses Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft. Das unbedingte Festhalten an der Stabilisierung des kapitalistischen Systems auch auf Kosten von Tagesinteressen der Lohnabhängigen kann in ökonomischen Krisensituationen, wenn dieses Ziel nur durch Reallohnsenkung oder -stagnation erreichbar ist, die Integrationsfähigkeit des sozialliberalen Reformismus in Frage stellen und seinen Masseneinfluß beeinträchtigen. Eine solche Entwicklung ist häufig mit einer Rechtsverlagerung des politischen Kräfteverhältnisses in der gesamten Gesellschaft verbunden. Wenn in sozialdemokratischen Parteien der integrationistische Reformismus jahre- und jahrzehntelang dominiert, dann führt dies dazu, daß politisches Klassenbewußtsein unter den von ihnen beeinflußten Lohnabhängigen zerstört wird oder sich — bei neu für die Sozialdemokratie gewonnenen Schichten — gar nicht erst entwickelt. So entsteht unter den Wählern, Mitgliedern und Anhängern dieser Parteien ein politisches Potential, das in dem Moment zu dezidiert bürgerlichen Parteien umschwenkt, in dem der Integrationismus sein Programm der Klassenharmonie auch evident nicht zu realisieren vermag und die Tagesforderungen seiner Basis nicht mehr erfüllen kann, andererseits aber Rechtstendenzen — oft poujadistischer, ja faschistoider Art — an den von den Integrationisten selbst geförderten Ideologien anpassen. Dieser Vorgang tritt besonders kraß hervor, wenn eine sozialdemokratische Partei sich alleinverantwortlich oder doch tragend in der Regierung befindet. Aktuelle Beispiele dafür sind die Wahlniederlagen der sozialdemokratischen Parteien in Norwegen, Schweden und Dänemark 1973 sowie die starken Verluste der SPD bei den Länder- und Kommunalwahlen 1974. Die Integrationisten versuchen, der Entmachtung ihrer Partei gewöhnlich dadurch zuvorzukommen, daß sie sich dem so eingeleiteten Rechtstrend anpassen — oft durch einen scharfen Kampf gegen die sozialistische Variante des Reformismus in der eigenen Organisation und betonten Antikommunismus (dabei nehmen sie wie in Deutschland 1931 oder in Dänemark 1973 auch eine Parteispaltung in Kauf); sie unterliegen in dieser Konkurrenz mit den offenen Rechtskräften aber regelmäßig.

sich der Sozialdemokratie nicht in erster Linie aus Übereinstimmung mit dem prokapitalistischen Zentralpunkt rechtsreformistischer Politik zuwenden, sondern aufgrund ihres Lagebewußtseins als abhängig Arbeitende. Dieses kann durchaus auch zu antikapitalistischer Mentalität ausschlagen, wird aber in der Regel dann durch die Führungsgruppen der sozialdemokratischen Partei — die ihre politische und ideologische Wirksamkeit nicht nur auf zentraler, sondern auch auf lokaler Ebene entfalten — sozialliberal überwölbt, wenn eine begrenzte Realisierung partieller ökonomischer und sozialpolitischer Interessen von Lohnabhängigen auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft relativ konfliktlos möglich ist.

Eine zweite Richtung sozialdemokratischer Reformpolitik sieht Reformen als ein Mittel zur allmählichen Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Von der integrationistischen Politik unterscheidet sie sich in der entgegengesetzten subjektiven Aufgabenstellung, die das Arsenal der Mittel zur Umwälzung und Machtbehauptung allerdings bewußt begrenzt, sich gewöhnlich auf das politische Instrumentarium des bürgerlichen Staates beschränkt und den Ziel-Mittel-Konflikt zugunsten des parlamentarischen Verfahrens — oft, wie am Ende der Weimarer Republik, auch dann, wenn die parlamentarische Demokratie selbst nur durch eine Erweiterung dieses Instrumentariums im Sinne außerparlamentarischer Aktionen verteidigt werden könnte — entscheidet. Sie setzt also eine Traditionslinie fort, die bis auf die Distanzierung Kautskys von der russischen Revolution zurückverfolgt werden kann. Im Unterschied zum Integrationalismus hält diese Richtung des Reformismus grundsätzlich am Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und — teilweise — auch an der Terminologie der Marxschen Kapitalismuskritik und an einer klassenkämpferischen Sprache fest. Als reformistisch definiert sie sich einmal durch ihre Bestimmung der anzuwendenden Mittel der Gesellschaftsveränderung, zum anderen durch ihre Haltung zum Problem der politischen Macht und durch ein Sozialismusbild, das durch die negative Einschätzung der führenden Rolle der revolutionären Arbeiterpartei, der Unterdrückung antisozialistischer Strömungen und der Verbindlichkeit des zentralen Wirtschaftsplans gekennzeichnet ist.

Der häufig auch von dieser Richtung verwandte Terminus „demokratischer Sozialismus" wird wie beim Integrationismus als Kampf- und Abgrenzungsbegriff gegen die kommunistische Arbeiterbewegung und die sozialistischen Staaten gebraucht. Darin verbindet sich nach reformsozialistischer Vorstellung die Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln mit einem Staatsbegriff, dem die bürgerlich-parlamentarische Republik prinzipiell als klassenunspezifisch gilt und der auf dem Wege sozialdemokratischer Regierungsübernahme oder -beteiligung mit entsprechendem sozialem Inhalt zu erfüllen sei, um die angestrebte sozialistische Transformation der Gesellschaft zu gewährleisten. In der Regel betreiben die reformistischen Sozialisten in der Sozialdemokratie ihre Abgrenzung vom Leninismus und dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung mit gleicher Vehemenz wie die Integrationisten. Der Ziel-Mittel-Konflikt zwischen sozialistischer Orientierung und Verabsolutierung eines einzigen Kampfmittels in der politischen Praxis hatte historisch durchgehend das Resultat einer faktischen Aufgabe des Ziels, selbst wenn dieses verbal beibehalten wurde.

III

Aus dem Versuch, dieses Dilemma reformsozialistischer Politik aufzulösen, resultiert die Bildung linkssozialistischer Gruppen am äußersten linken Rand einer

sozialdemokratischen Partei, die ihre ausschließlich parlamentarische Orientierung zugunsten einer Kombination parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampfmittel zu überwinden suchen und auch Sozialismuskonzepte entwickeln, welche sich gleichermaßen von einer im Reformsozialismus üblichen Verbindung von Parlamentarismus und Sozialismus wie von Modellen des demokratischen Zentralismus der von kommunistischen Parteien geführten Staaten unterscheiden. Sie bleiben grundsätzlich ohne erheblichen Einfluß auf die Gesamtpartei und selbst innerhalb des sozialistischen Reformismus in einer absoluten Minderheitsposition. Wenn sie sich von der sozialdemokratischen Partei trennen und sich als selbständige Organisation konstituieren, erweisen sie sich gewöhnlich als wenig lebenskräftig; sie lösen sich nach einiger Zeit auf, gehen zur kommunistischen Arbeiterbewegung über oder kehren zur Sozialdemokratie zurück. Letzteres gilt z. B. für die „Venstresocialister" in Dänemark [8]), welche 1967 die Sozialistische Volkspartei verließen. (Als innersozialdemokratischer Teilungsprozeß kann dieser Vorgang insofern gelten, als die Sozialistische Volkspartei zwar 1959 aus der Kommunistischen Partei hervorging, jedoch tatsächlich alle Züge einer reformsozialistischen sozialdemokratischen Partei aufwies.) In Finnland ist Anfang der 70er Jahre eine linkssozialistische Splitterpartei (TPSL), nachdem ihre politische Substanz völlig aufgerieben war, wieder in die SPFi zurückgekehrt. Eine ähnliche Entwicklung unter allerdings gänzlich anderen historischen Bedingungen nahmen die Überreste der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" nach 1933 in der Emigration bzw. nach 1945. Anders entwickelten sich dagegen der Parti Socialiste Unifié — PSU — in Frankreich und die Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit — PSIUP — in Italien. Der PSU konnte als Splitterpartei bislang seine Selbständigkeit erhalten. Die PSIUP ging 1972 nach einem allmählichen quantitativen Zerfallsprozeß in die Kommunistische Partei über. Die organisatorische Intention dieser Gruppen besteht in der Regel darin, Sozialisten, die von den beiden reformistischen Hauptrichtungen ebenso differieren wie von den Kommunisten, eine eigene — wenn auch politisch kaum einflußreiche und überdies gewöhnlich stark antikommunistisch besetzte — Plattform zu bieten. Bleiben sie innerhalb der sozialdemokratischen Partei oder zumindest an deren Rand auf diese orientiert, dann haben sie in der Regel die objektive Funktion, abweichende Sozialisten im Endeffekt — und sei es als Wähler — an die Sozialdemokratie zu binden [9]). Subjektiv streben sie eine sozialistische Transformation der reformistischen Partei oder eine Neugründung an, wobei sie sich selbst als Ferment dieser Prozesse begreifen. Ihre häufig antikommunistische Orientierung läßt sie zugleich eine solcherart sozialistisch veränderte Sozialdemokratie als Alternative zum Leninismus sehen.

Eine Integrationsfunktion, die Sozialisten sehr verschiedenartiger Ausrichtung an sozialdemokratische Parteien bindet, kommt zweifellos nicht nur diesen Randgruppen, sondern auch der sozialistisch optierenden Richtung des Reformismus insgesamt zu. An dem Grad, in dem in einer Phase sich verschärfender gesellschaftlicher Widersprüche eine sozialdemokratische Partei imstande ist, sich nach links hin auszufächern, ohne sich zu spalten und ohne daß dabei die Dominanz ihres sozialliberalen Flügels gefährdet wird, bemißt sich ihre Integrationskraft, ihre Abschirmungsfähigkeit gegenüber der Konkurrenz kommu-

[8]) Ursula Schmiederer, Die Spaltung der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks. In: „Neue Kritik — Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik", 46/1968, S. 49—60.
[9]) Dies gilt zur Zeit auch für die meisten Randorganisationen und oppositionellen Zirkel innerhalb und außerhalb der SPD, insbesondere für die — nicht selten syndikalistisch orientierten — Gruppen um das „Sozialistische Büro" in Offenbach und die Zeitschriften „links" und „Express".

nistischer Parteien und damit letztlich ihre systemstabilisierende Rolle, zu der somit gerade ein quantitativ starker und zugleich innerparteilich nicht ausschlaggebender sozialistischer Flügel beizutragen vermag.

Daneben darf allerdings eine zweite Funktion des sozialistisch orientierten Reformismus nicht übersehen werden, welche seine besondere Ambivalenz ausmacht und zur erstgenannten durchaus in Widerspruch geraten kann. Da dem Reformsozialismus die Arbeiterklasse im Gegensatz zum Integrationismus nicht lediglich als eine gleichwertige unter etlichen „unterprivilegierten" gesellschaftlichen Gruppen, sondern gewöhnlich noch immer als wichtigster Träger des sozialen Fortschritts gilt, spiegeln sich in seinen Forderungen ihre Interessen und Bedürfnisse wesentlich unmittelbarer als beim sozialliberalen Reformismus. Der sozialistische Reformismus fördert somit die Entwicklung eines Arbeiterbewußtseins, in dem die elementare gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse und ihre Interessenlage noch durchscheinen. Die Erweiterung seines Einflußbereichs auf Kosten der integrationistischen Komponente verbessert deshalb auch Bedingungen und Anknüpfungspunkte für eine Aktionseinheit der Gesamtarbeiterbewegung. Vor allem in gesellschaftlichen Krisensituationen äußert sich die besondere Ambivalenz des sozialistischen Reformismus in einer gewachsenen Diskrepanz zwischen der formulierten Zielstellung, Arbeiterinteressen (im weitesten Sinne) zu vertreten, und den zu ihrer Durchsetzung für adäquat gehaltenen Mitteln. Im Extremfall muß diese Komponente des Reformismus — zumindest temporär — entweder auf ihren sozialistischen Anspruch verzichten und ihre eigenen Ziele und Forderungen preisgeben oder den reformistischen Rahmen bei der Wahl ihrer politischen Mittel und Kampfformen überschreiten.

Die Strategie der Anhänger eines sozialistischen Reformismus, systemüberwindende Reformen mit Hilfe gewerkschaftlicher und parlamentarischer Mittel zu erreichen, bedingt ein Interesse daran, sich gegen den Abbau dieser demokratischen Rechte, der auch ihr politisches Arsenal entscheidend angreifen würde, zu wenden und sich stattdessen für deren Erweiterung einzusetzen. Hieraus erklärt sich in der BRD das Eintreten linksreformistischer Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen eine Einschränkung des Aktionsspielraums der Gewerkschaften und der Parlamentsrechte in der Notstandsgesetzgebung und ihr Beitrag zur Demokratisierung gesellschaftlicher Teilbereiche (z. B. des Bildungswesens). Damit befindet sich diese Richtung in einer Interessenkongruenz mit den nichtreformistischen sozialistischen und demokratischen Organisationen außerhalb der Sozialdemokratie, die von ihr selbst jedoch häufig als bloßes Konkurrenzverhältnis aufgefaßt wird. Da gleichzeitig die Umsetzung ihrer Positionen in praktisches Handeln aufgrund der reformistischen Einschränkung ihrer Aktionsformen und -mittel von Inkonsequenzen und Widersprüchen gekennzeichnet ist, sind Erfolge einer solchen Politik stets nur abgeleitetes Resultat einer Veränderung gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zugunsten der politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden, die von reformsozialistischer Seite selbst nicht initiiert werden kann. Andererseits können Demokratisierungsimpulse, die vom sozialistischen Reformismus ausgehen, als Ursache dafür gelten, daß sozialdemokratische Parteien immer wieder auch radikale Demokraten ohne ausgesprochene Klassenorientierung, die subjektiv keiner der beiden Hauptlinien des Sozialdemokratismus zuzurechnen sind, als Mitglieder oder Wähler gewinnen.

Sozialliberaler und sozialistisch orientierter Reformismus sind die beiden konstituierenden Richtungen sozialdemokratischer Politik, die nicht unbedingt in der

gleichen Partei organisiert sein müssen, sondern sich auch getrennt artikulieren können (so z. B. in Dänemark, Italien, Japan, Norwegen, zeitweilig Großbritannien und Finnland, 1917—1922 in Deutschland). Das Kräfteverhältnis innerhalb der Sozialdemokratie ist Resultat gesamtgesellschaftlicher — auch übernationaler — Konstellationen. In Staaten, in denen keine starke kommunistische Partei besteht, in denen ferner auf der Grundlage ökonomischen Aufschwungs eine Abmilderung der Klassenantagonismen bis zu ihrem scheinbaren Verschwinden eintritt und die zugleich militärisch, politisch und ökonomisch in übernationale kapitalistische Systeme fest integriert sind, wird die sozialliberale Richtung in der Regel über die sozialistisch-reformistische dominieren. Fehlt eine der drei Voraussetzungen, kann der parlamentarisch orientierte Reformsozialismus stärkeren Einfluß gewinnen und — dann allerdings jeweils nur in Aktionseinheit der gesamten Arbeiterbewegung — zu einem Träger tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen werden, die sich von den Reformen, welche eine sozialliberal geführte Sozialdemokratie durchzusetzen imstande ist, qualitativ unterscheiden. Das Beispiel der Weimarer Republik zeigt, daß es sich dabei freilich nicht um eine automatisch eintretende Gesetzmäßigkeit handelt, obwohl es auch hier (so besonders im Herbst 1923) derartige Ansätze gab.

Zwischen integrationistischem und sozialistischem Reformismus gibt es Berührungspunkte und Konvergenzen. Diese sind dort besonders zahlreich, wo beide Richtungen in einer einzigen sozialdemokratischen Partei organisiert sind: hier mischen sich Momente beider Strömungen oft im Verhalten sich selbst als homogen begreifender innerparteilicher Gruppierungen, ja sogar einzelner Politiker. Eine der Ursachen für diese Kombination besteht in der — dem Integrationismus wie dem sozialistischen Reformismus gemeinsamen — methodischen Trennung von Ökonomie und Politik, die allerdings wieder verschiedenartig akzentuiert wird: Sie liegt gleichermaßen dort vor, wo „Sozialismus" ein ethischer oder politischer Begriff ist, der sich auch dann verwirklichen lasse, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln beibehalten wird (also bei den Integrationisten), wie dort, wo das Ziel einer Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsform und Produktionsweise zwar aufgestellt, seine Realisierung aber zugleich an einen Katalog politischer Mittel gebunden wird, der diese Aufgabe unlösbar macht (reformsozialistische Position). So erfolgt schließlich eine objektive Übereinstimmung der Ergebnisse zweier sehr verschiedenartig angesetzter gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen.

In der SPD schließlich lassen sich Konvergenzen auch in der Terminologie besonders deutlich an der Geschichte des Begriffs „demokratischer Sozialismus" nach 1945 nachweisen. Er wurde von den Integrationisten in den 50er Jahren als Etikett einer Reform der Ideologie benutzt, die die reformsozialistische Richtung nahezu vernichtete. In den 60er Jahren wurde der Teminus „demokratischer Sozialismus" nur noch selten gebraucht: innerparteiliche Auseinandersetzungen, die seine Verwendung hätten provozieren können, gab es kaum, die sozialliberale Festlegung der SPD war nicht in Frage gestellt. Erst in den 70er Jahren taucht diese Vokabel wieder häufiger auf, jetzt aber in sehr verschiedenartigen Funktionen: sie wird von der integrationistischen Parteiführung verwandt, um eine neu erstarkte reformsozialistische Linke in die Gesamtpartei zu integrieren. Zugleich benutzen auch die sozialistischen Reformisten diesen Begriff, um eigene — nichtintegrationistische — Ziele mit einem Terminus taktisch abzudecken, der seine Profilierung in der Zeit der entschiedenen Rechtswendung der SPD in den 50er Jahren erhalten hat, also eine gewisse Unangreifbarkeit gegenüber den Integrationisten und der nach wie vor hauptsächlich durch diese

bestimmten Parteimehrheit verspricht. Drittens gebrauchen beide Richtungen das Schlagwort „demokratischer Sozialismus", um ihre gemeinsame Abgrenzung gegenüber der kommunistischen Arbeiterbewegung im eigenen Land und den sozialistischen Staaten sichtbar zu machen — eine Übung, die die Reformsozialisten nicht nur aus Gründen der Sicherung innerparteilicher und gesamtgesellschaftlicher Resonanz für nötig halten, sondern die auch sehr oft ihren tatsächlichen antikommunistischen Positionen entspricht. Ähnlich ambivalenten Charakter gewinnt die Berufung auf das Godesberger Programm durch sozialliberale und sozialistische Reformisten.

IV

Die Doppelstruktur sozialdemokratischer Politik hat sich in Deutschland zwischen dem Beginn des Ersten Weltkriegs und dem Ende der Weimarer Republik herausgebildet. Sie fehlt vor 1914: damals gehörte noch ein starker marxistischer Flügel zur Sozialdemokratie, zugleich waren die Möglichkeiten für erfolgreiche Operationen integrationistischer Politik einer Arbeiterpartei aufgrund des unentwickelten Parlamentarismus beschränkt. Allerdings bildeten sich bereits in der Epoche der II. Internationale (1890—1914) die innerparteilichen Voraussetzungen für die sich nach 1914 entfaltende politische Doppelstruktur heraus. Die Entstehung und die ständige Reproduktion der beiden Hauptlinien des Reformismus vollzog sich also zwischen 1890 und 1933 im Zeichen der Auseinandersetzung mit einer starken marxistischen Arbeiterbewegung im eigenen Land.

In der BRD war etwa eineinhalb Jahrzehnte lang — spätestens vom Einsetzen der „entideologisierenden" Parteireform nach der verlorenen Bundestagswahl 1953 an bis zum Entstehen neuer Polarisierungen Ende der 60er Jahre — die Doppelstruktur der SPD aufgehoben. Unter dem Druck des Antikommunismus im Kalten Krieg und als Folge der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus konnte die sozialliberale Komponente sozialdemokratischer Politik die sozialistisch-reformistische nahezu völlig eliminieren, sich zur die Partei ausschließlich beherrschenden Richtung aufschwingen und die SPD damit zur einlinig integrationistischen Partei transformieren, so daß diese mit den durch politische Doppelstruktur gekennzeichneten europäischen sozialdemokratischen Parteien der Zwischenkriegsperiode kaum noch etwas gemein hatte. Diese Zerstörung der „klassischen" Sozialdemokratie in den 40er und 50er Jahren war allerdings eine gesamtwesteuropäische Erscheinung: sie dokumentiert sich nicht nur im Godesberger Programm der SPD von 1959, sondern auch im Programm der Französischen Sozialistischen Partei von 1962, im Programm der Belgischen Sozialistischen Partei aus dem Jahr 1959 und in den programmatischen Verlautbarungen der Sozialistischen Partei der Niederlande (1959), der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks (1961) und der Norwegischen Arbeiterpartei (1961) sowie in der Einschränkung der Sozialisierungsklausel im Programm der britischen Labour Party nach deren Niederlage 1959 [10]). Insgesamt handelt es sich dabei offensichtlich — wie auch bei der Trennung des PSDI Saragats vom PSI in Italien 1947, der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes 1949 und den antikommunistischen Stellungnahmen der 1951 gegründeten Sozialistischen Internationale — um einen aktiven Mitvollzug der US-Strategien des Containment und des Roll back. In Ländern mit starken kommunistischen Parteien — Frankreich,

[10]) Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, a. a. O., S. 419. Paul Oehlke, Die Krise des Reformismus in der britischen Arbeiterbewegung. Eine empirische Studie zum Zusammenhang von historischer Tradition, ökonomischer Strukturkrise und politischem Bewußtsein in den Klassenkonflikten seit den 60er Jahren. Philosophische Dissertation, Marburg/Lahn 1973, S. 92 f.

Italien — war die Strukturveränderung der sozialdemokratischen Parteien begleitet von einer Verminderung des Masseneinflusses der gesamten politischen Arbeiterbewegung. In anderen Staaten — etwa in Belgien und in den Niederlanden — verursachte sie Parteispaltungen. Die SPD nahm demgegenüber — beeinflußt durch schwere Zerrüttungen des Klassenbewußtseins der Industriearbeiterschaft — eine relative Sonderentwicklung und hoffte — begünstigt durch das Verbot der KPD —, sich eine ungefährdete Massenbasis in der Arbeiterklasse sichern zu können. Das Resultat war mittelfristig eine verstärkte Fluktuation von Arbeiterwählern zwischen CDU und SPD.

Die Abschwächung des Antikommunismus in Westeuropa, die Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses in Europa und die Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche wie in den übrigen kapitalistischen Staaten Westeuropas so auch in der BRD geben neuerdings Ansätze für eine Revision dieses Prozesses. Beispiele dafür sind die Programmerklärung der neukonstituierten französischen Sozialistischen Partei (PS) von Issy-les-Moulinaux (1969), das Bündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten in Frankreich 1972, das Nationalisierungsprogramm der britischen Labour Party 1973, aber auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD seit Ende der 60er Jahre.

Allerdings zeichnet sich die wiederentstandene reformsozialistische Komponente der SPD — wesentlich bedingt durch den noch unvollständigen Rekonstituierungsprozeß einer politischen Arbeiterbewegung in der BRD — noch durch ihre Schwäche aus, die sich auch darin äußert, daß sie sich im Falle ernsthafter Gegenbewegungen stets der sozialliberalen Vorherrschaft beugt.

Im Zuge dieser Neuorientierung ist seit Ende der 60er Jahre das Fehlen oder die Lockerung einer Verankerung einzelner Länder in einem mächtigen kapitalistischen Bündnissystem und/oder die Existenz einer starken kommunistischen Partei mit einer gewissen Regelmäßigkeit zur Voraussetzung von Kooperationsbeziehungen innerhalb der Arbeiterbewegung geworden. Diese können sich in gemeinsamer Regierungsbeteiligung [11]), in engeren [12]) oder lockeren [13]) Wahlbündnissen äußern. Eine besonders lose Form der Kooperation, die allerdings bereits den Abbau großer Vorbehalte zwischen den sozialistischen Parteien voraussetzt, ist die Tolerierung sozialdemokratischer Minderheitsregierungen durch die Kommunisten. Dies gilt für Schweden nach 1970 (die nach den Reichstagswahlen von 1970 gebildete sozialdemokratische Minderheitsregierung stützte sich in Einzelfragen auch auf die kommunistische Fraktion) und für Norwegen seit 1973 (hier toleriert das Wahlbündnis von Volkssozialisten, Kommunisten und Dissidenten der Arbeiterpartei das sozialdemokratische Kabinett, welches keine parlamentarische Mehrheit hat).

In der BRD handelt es sich bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren wieder zwischen der integrationistischen und der reformsozialistischen Variante geführt werden, objektiv — unabhängig von den subjektiven Intentionen der Beteiligten — nicht um einen Kampf, der für oder gegen eine etwaige Transformation der SPD in eine sozialistische Partei geführt

11) Finnland seit 1966; Chile 1970—1973; Island seit 1971; in Italien auf regionaler Ebene zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei unter Nichtbeteiligung des integrationistischen Partito Socialista Democratico Italiano.
12) Frankreich 1972 ff. Vgl. Gemeinsames Regierungsprogramm der Französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei vom 26. Juni 1972, „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen", Bd. 4, Köln 1972.
13) Japan 1972. Hier war allerdings nur die Sozialistische Partei Japans in die Zusammenarbeit einbezogen, nicht die Demokratisch-Sozialistische Partei; Norwegen 1973: nach dem negativ verlaufenen EWG-Referendum von 1972 kam es bei den Wahlen zum Storting zu einem Bündnis zwischen Kommunisten (bislang 1 % der Stimmen), Volkssozialisten (3,5 %) und EWG-gegnerischen Dissidenten der (integrationistisch-sozialdemokratischen) Arbeiterpartei, das insgesamt 11 % der Stimmen erhielt.

würde, sondern um einen Prozeß, an dessen Ende zunächst einmal allenfalls — sei es innerhalb einer einheitlichen Organisation, sei es in verschiedenen Parteien — die Wiederherstellung der „klassischen" sozialdemokratischen Doppelstruktur stehen könnte. Sie ist allerdings nur durch eine Neukonstituierung und Verstärkung des sozialistischen Reformismus, in dem marxistische Positionen geduldet werden, möglich. Auf umgekehrtem Wege — nämlich von einer zeitweiligen nahezu monolithischen sozialliberalen Dominanz herkommend — könnte die SPD sich wieder jenem Doppelcharakter nähern, den sie — aus einem Verzicht auf marxistische Praxis resultierend — nach 1914 annahm.

Die — durch die erneute Rechtswendung der SPD-Führung 1974 und ihre antisozialistischen innerparteilichen Kampagnen allerdings wieder stark in Frage gestellte — Rekonstruktion der Doppelstruktur reformistischer Politik muß zweifellos auch die Wiederholung alter Fehler bringen, würde zugleich aber einen relativen Fortschritt im Vergleich zur bisherigen sozialliberalen Geschlossenheit der SPD bedeuten. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß selbst diese bescheidene „Reform des Reformismus" nicht von der Partei aus eigener Kraft vollzogen werden kann, sondern lediglich als Resultat von weiteren Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der gesamten Gesellschaft, in den internationalen Beziehungen und im linken Feld des Parteiensystems vorstellbar ist [14]).

14) Außerhalb der hier entworfenen Reformismusdefinition verbleibt eine Variante sozialistischer Politik, die in einigen Organisationen (Sozialistische Partei Chiles) mit teilweise nicht unerheblichen Einschränkungen auch PSI in Italien und Sozialistische Parteien Frankreichs und Japans) — im Verhältnis zum Linksliberalismus — starke Positionen bis hin zu einer Mehrheit einnimmt. Ihre Vertreter haben die leninistische Partei- und Staatstheorie nicht oder nur teilweise rezipiert, bekennen sich aber zu den allgemeinen Prinzipien der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie des Kapitalismus und der aus ihr resultierenden Lehre vom Klassenkampf. Vom parlamentarisch-reformistischen Sozialismus unterscheiden sie sich dadurch, daß sie das Ringen um eine sozialistische Gesellschaftsveränderung nicht auf die Institutionen des parlamentarischen Systems beschränken. Eine zweite zentrale Komponente dieser Politik ist ihre entschiedene Absage an jegliche Spielarten des Antikommunismus und die Bereitschaft zur Aktionseinheit aller sozialistischen Kräfte einschließlich der Kommunisten. Dieser nichtleninistische revolutionäre Sozialismus, der längerfristig eine fortgeschrittene Durchgangsstufe auf dem Wege der weiteren politischen und schließlich auch organisatorischen Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung darstellt, ist unvereinbar mit allen Formen des Reformismus, kann jedoch auch innerhalb sozialdemokratischer Parteien an Boden gewinnen und deren reformistische Doppelstruktur modifizieren. Dabei ist die Bereitschaft zur Aktionseinheit mit den Kommunisten in gleichem Maße Voraussetzung wie Folge einer innerparteilichen Veränderung zugunsten der entschieden sozialistischen Kräfte.

Martin Kempe

SPD und Bundeswehr

Studien zum militärisch-industriellen Komplex

Kleine Bibliothek, Bd. 29, 279 Seiten, DM 12,80

Aus dem Inhalt:
Die SPD und die Remilitarisierung – Konkurrenz zwischen CDU/CSU und SPD um die Gunst der Militärs – Zustimmung der SPD-Führung zur Wehrpflicht und zur NATO – Das Bündnis mit der Rüstungsindustrie – Die Generalskrise 1966 – Die Affären Grashey und Karst – Die „Schnez-Studie" – Die Ära Helmut Schmidt – Der Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes – Militärische Bildungspolitik, Ausbildung und Disziplinierung.

Pahl-Rugenstein

Die IG Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst als multinationale Konzerne

Zum Konzentrationsprozeß in der chemischen Industrie der BRD

Von Henning Friege und Peter M. Kaiser

„Den Marxismus totzusagen, ist das vergebliche Bemühen der privatkapitalistischen Unternehmer. Wie lebendig er ist, beweist die chemische Großindustrie Deutschlands. Für seine Kerntheorie, die Konzentrationstendenz des Kapitals, bedeutet die jetzt eingetretene Umwandlung der Interessengemeinschaft des Anilinkonzerns in eine Vollfusion ... ein Beweisdokument von epochaler Bedeutung" (aus dem Kommentar des „Vorwärts" zur Gründung der IG Farben, entnommen aus: E. Bäumler, Ein Jahrhundert Chemie, Düsseldorf 1963, S. 101).

Im folgenden Aufsatz haben wir uns zum Ziel gesetzt, die gegenwärtige Monopolstruktur der chemischen Industrie in der BRD mit allen Verflechtungen darzustellen. Es mußte in diesem Rahmen auf theoretische Erörterungen weitgehend verzichtet werden. Wir sind der Meinung, daß das dargelegte Material zur Weiterarbeit in dieser Richtung dienen kann.

I. Die Bedeutung der chemischen Industrie für die Wirtschaft der BRD

Obwohl das Grundgesetz der BRD antifaschistische Grundzüge trägt und die Parteiprogramme bis hin zur CDU (Ahlener Programm) zunächst antikapitalistische Tendenzen aufwiesen, konnte in der BRD nach 1945 keine Demokratisierung der Wirtschaft erreicht werden. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurden — ähnlich wie schon nach 1918 — vollkommen restauriert. Damit begannen auch wieder Zentralisation und Expansion des Kapitals, ausgehend von mehr oder weniger entflochtenen Konzernen, deren Macht schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entscheidend für die Geschichte der Weimarer Republik wie des Dritten Reiches gewesen war.

In der chemischen Industrie ist diese Kapitalkonzentration heute — wie schon einmal in den 20er Jahren — besonders weit fortgeschritten: allein 60 % des Umsatzes werden, wie unten noch gezeigt werden wird, von drei Konzernen kontrolliert. Zur chemischen Industrie wollen wir hier die Produktion chemischer Grundstoffe im anorganischen und organischen Bereich, die Herstellung von Fasern, Farben, Kunststoffen, Kautschuk und Gummi, Folien, Waschmitteln, Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln bis hin zu Gebrauchsgegenständen, Kosmetika, Nahrungsmitteln und Pharmaka [1]) zählen.

Die Chemie der BRD ist viel stärker vom Export abhängig als andere Branchen.

[1]) Die Pharmaindustrie wurde nur soweit erfaßt, als es sich um Arzneimittelherstellung von Firmen mit ansonsten rein chemischen Schwerpunkten handelt oder wenn der jeweilige Pharmabetrieb mit chemischen Großkonzernen verflochten ist.

Daher wird hier die Bildung multinationaler Konzerne, die von der BRD aus gelenkt werden, besonders deutlich. Im Kampf der internationalen Konzerne um Spitzenpositionen in der Weltwirtschaft erzielte die Badische Anilin- und Sodafabrik AG (BASF) 1972 erstmals einen größeren Umsatz als der US-Konzern du Pont de Nemours, bis dahin größter Chemieproduzent, während Hoechst AG und Bayer AG vor den Imperial Chemical Industries (ICI, Großbritannien) die Plätze drei und vier belegten.

Bevor auf die Entwicklung und die Ziele des Chemiekapitals näher eingegangen wird, sollen zunächst einige Zahlen die Bedeutung der chemischen Industrie für die Bundesrepublik klarmachen.

Tabelle 1	*Gruppe (Welt)*		
	Bayer [2] und [5]	*Hoechst* [3] und [5]	*BASF* [4] und [5]
Zahl der Beschäftigten (1972)	*136 900*	*146 320*	*115 271*
Stammkapital (Mrd DM)	*1,91*	*1,5*	*1,526*
Umsatz 1972 (Mrd DM)	*12,82*	*13,56*	*13,64*
Steigerung gegenüber 1971 (%)	*+ 7,5*	*+ 6,7*	*+ 12,4*
Umsatz 1973 (Mrd DM)	*14,4*	*15,3*	*15,95*
Steigerung gegenüber 1972 (%)	*+ 12,6*	*+ 14*	*+ 16,9*
Gewinn 1972 (Mio DM)	*1023*	*914*	*724*
Steigerung gegenüber 1971 (%)	*+ 43,3*	*+ 20,4*	*+ 35*
Gewinn 1973 (Mio DM)	*?* *)	*?*	*1050*
Steigerung gegenüber 1972 (%)	*?*	*?*	*+ 45,6*

*) Die Jahresberichte dieser Konzerne erscheinen Anfang Juli. D. Verf.

Die in Tabelle 1 aufgeführten Umsätze umfassen nur die Stammfirmen und solche Unternehmen, die den Konzernen zu mindestens 50 % gehören. Würde man Umsätze, Gewinne usw. aller Minderheitenbeteiligungen nach den jeweiligen prozentualen Kapitalanteilen hinzurechnen, so würden alle angegebenen Zahlen sich um ca. 10 bis 30 % erhöhen [6].

Um die Größe der drei Chemie-Giganten zu verdeutlichen, sei der Henkel-Konzern erwähnt, der 1972 mit 35 000 Beschäftigten einen Umsatz von 3,93 Mrd DM und einen Gewinn von 75 Mio DM erzielte [7].

Der Gesamtumsatz der Chemieindustrie betrug 1973 mit ca. 65 Mrd DM 15,3 % mehr als im Vorjahr. In über 2000 Betrieben sind 583 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die „Frankfurter Rundschau" sieht das Problem durchaus richtig, wenn sie schreibt (am 30. April 1974): „Das Problem der Branche liegt in ihrer kopflastigen Strukturierung. Drei Giganten, BASF, Hoechst, Bayer, und vier Groß-

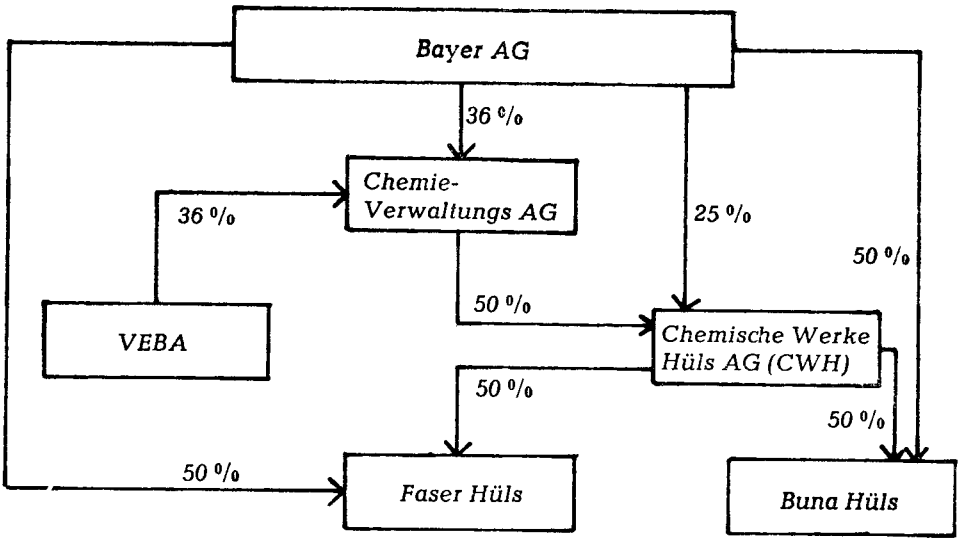
[2] Geschäftsbericht der Bayer AG 1972, Leverkusen 1973.
[3] Geschäftsbericht der Farbwerke Hoechst AG 1972, Frankfurt/M 1973.
[4] Geschäftsbericht der BASF AG 1972, Mannheim 1973.
[5] „Frankfurter Rundschau" v. 12. 3. 1974 und 2. 4. 1974; „Münstersche Zeitung" v. 27. 3. 1974.
[6] Hans Tammer hat in den „IPW-Forschungsheften", 4/1973, Berlin (DDR) („BRD-Monopole auf dem Kurs zu internationalen Dimensionen") durch Einbeziehung von Minderheitsbeteiligungen korrigierte Umsätze und Gewinne für 1971 angegeben. Leider widersprechen sich die angegebenen Werte z. T. (Umsätze von Bayer, Hoechst und BASF zusammen 42,3 (S. 22 und 34) bzw. 46,8 Mrd (S. 47). Wir haben auf eine entsprechende Berechnung verzichtet, da wegen der Vielzahl der Daten Fehler kaum zu vermeiden sind, andererseits das Gesamtbild dadurch nicht wesentlich verändert würde.
[7] Geschäftsbericht der Henkel GmbH 1972, Düsseldorf 1973.

unternehmen, Henkel, Schering, Boehringer Ingelheim und Merck, ziehen einen Troß von rund 2000 mittleren und kleineren Firmen nach."

Kapitalverflechtung

Im folgenden soll auf die Verflechtung der großen Chemie-Konzerne mit dem Kapital der Stahl-, Elektro- und Mineralölindustrie, der Großbanken sowie auf die Verflechtung der Bayer, BASF und Hoechst usw. untereinander eingegangen werden [8]).

Die Bayer AG ist mit den Chemischen Werken Hüls AG, den Faserwerken Hüls GmbH und den Bunawerken Hüls GmbH über eine recht komplizierte und sich häufig ändernde Konstruktion verknüpft [9]).



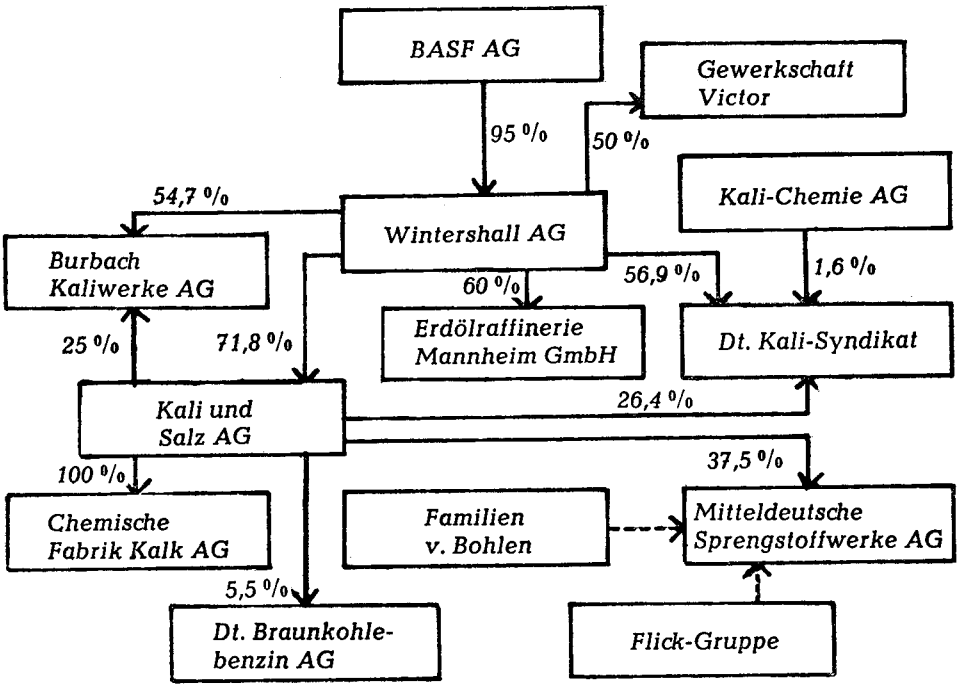
Die CWH selbst gehörten mit 310 Mio DM Grundkapital zu den 100 größten deutschen Firmen [10]). Zur Bayer-Gruppe gehören die Agfa AG (165 Mio, 100 %) [11]), der jeweils wieder je 50 % der Agfa Gevaert AG und der Agfa Gevaert N.V. (Belgien) gehören [12]); ferner hält die Bayer AG 40 % der Metzeler AG [13]), über die sie mit den übrigen Firmen der Metzelergruppe (Metzeler Gummitechnik GmbH (50 Mio), Metzeler Kautschuk GmbH (100 Mio), Metzeler Molti GmbH (10 Mio), Metzeler Plastic GmbH (5,6 Mio) und Metzeler Schaum GmbH (52 Mio)) verbunden ist [14]). Außerdem hält Bayer 52,5 % der Wolff Walsrode AG (32 Mio), die zu 47,5 % wiederum der Metzeler AG gehört.

Wie die meisten anderen Chemie-Großkonzerne, ist auch die Bayer AG mit einer Großbank und einem multinationalen Mineralölkonzern verflochten: Bayer AG und BP Benzin und Petroleum AG sind zu je 50 % an der Erdölchemie GmbH

[8]) Zu diesem Thema existieren einige kurzgefaßte Gesamtdarstellungen und eine etwas ausführlichere Graphik, z. B. in „Der Spiegel", Nr. 6 v. 7. 2. 1972, S. 42, und „Kursbuch", Nr. 21, Berlin (West) 1970, Kursbogen „Kapitalverflechtung".
[9]) Geschäftsbericht der Bayer AG, a. a. O., S. 35—41.
[10]) Wer gehört zu Wem?, hrsg. von der Commerzbank AG, 10. Auflage, 1973, S. 750.
[11]) In Klammern werden das Stammkapital der Betriebe in DM (Stand 1972) sowie der vom jeweiligen Konzern gehaltene Kapitalanteil angegeben.
[12]) Geschäftsbericht der Bayer AG, a. a. O., S. 36.
[13]) A. a. O., S. 37.
[14]) Wer gehört zu Wem?, a. a. O., S. 455.

(320 Mio) beteiligt [15]). Die Deutsche Bank AG und die Bayer AG halten 42 % bzw. 33,3 % der Corona-Beteiligungsgesellschaft mbH, die die jeweils mehr als 25%igen Beteiligungen an der Phoenix-Gummi AG und der Continental-Gummi AG zu verwalten hat [16]).

Ein ähnliches Bild bietet sich bei der BASF AG, die im Zuge der expansiven Politik des Vorstandsvorsitzenden Timm vor einigen Jahren den gesamten Wintershall-Konzern „einkaufte". Vor allem durch die zu über 70 % von Wintershall gehaltene Kali und Salz AG ist die BASF vielfältig verflochten [17]):



Weitere Verflechtungen der in den Diagrammen gezeigten Firmen enthält die Tabelle 2.

Die Rheinischen Olefin-Werke (ROW) Wesseling (300 Mio) bilden das Bindeglied zwischen der BASF und der deutschen Shell AG, die an den ROW mit je 50 % beteiligt sind [18]).

Die Hoechst AG ist über die Ruhrchemie AG (84 Mio, 33,33 %) mit der Thyssen AG und der Mannesmann AG verbunden, über die Sigri-Elektrographit GmbH (60 Mio, 50 %) mit den Rütgers-Werken (1972 laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. November 1973: Grundchemie 30 %, Kunst- und Baustoffe 40 %, Bauausführungen 30 %; größter Verarbeiter von Steinkohlenteer in Europa) und der Siemens AG, über die Folienwerke Saar GmbH (25 Mio, 50 %) mit den Süddeutschen Kalkstickstoff-Werken AG und der VIAG AG (84,5 % im Besitz der BRD) [19]).

15) A. a. O., S. 215.
16) A. a. O., S. 137 und 523.
17) Wer gehört zu Wem?, a. a. O., Geschäftsbericht der BASF, a. a. O., sowie Angaben aus „Handelsblatt" und „Frankfurter Allgemeine Zeitung".
18) Geschäftsbericht der BASF, a. a. O., S. 60.
19) Alle Angaben nach Wer gehört zu Wem?, a. a. O., und Geschäftsbericht der Hoechst AG, a. a. O.

Ein großer Teil der genannten teilfusionierten Betriebe wurde erst in den letzten Jahren gegründet. So ist der Agfa-Gevaert-Konzern (allein über 2 Mrd DM Umsatz pro Jahr) 1964 entstanden, die Sigri-Elektrographit 1970. Die engen Beziehungen zwischen den IG Farben-Nachfolgern und internationalen Mineralölkonzernen reichen bis in die 30er Jahre zurück, als die IG Farben und die Standard Oil of New Jersey (heute Exxon) die Standard IG-Company gründeten, „... um die Patente für die Kohleverflüssigung auszuwerten" [20]). Die IG Farben erhielt hierfür 30 Mio RM. Zweck solcher Patenttransaktionen und Erfahrungsaustausche war einmal die Störung des amerikanischen Hydriersektors [21]) sowie die Möglichkeit des Einblicks in FE-Arbeiten anderer Länder, zum anderen die Verhinderung einer möglichen Feinderklärung. Man wollte (bereits 1929/30!) den „Rücken frei" haben, da das Hauptangriffsziel des deutschen Imperialismus die Sowjetunion war. 1937 unterhielten die IG Farben mit 37 Unternehmen Kartellverträge. Hoechst versucht, mit dieser Art von „Internationalität" sich jeder Kriegsverantwortung zu entziehen [22]).

Eng untereinander verflochten sind auch die Henkel GmbH und die aufgrund ihrer Produktionsschwerpunkte nicht ausschließlich zum Chemie-Bereich zählenden Konzerne Metallgesellschaft AG und Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt AG (DEGUSSA). Henkel GmbH und Dresdner Bank AG halten 68,5 bzw. 31,5 % an der GFC-Gesellschaft für Chemiewerte, die ca. 25 % der DEGUSSA-Aktien besitzt. Eine Beteiligung von über 25 % bindet die Metallgesellschaft an die Dresdner Bank, der auch mehr als ein Viertel der zu einem geringeren Teil noch zur Chemie-Sparte zu rechnenden Gelsenberg AG gehören [23]). Metallgesellschaft und DEGUSSA sind über die Norddeutsche Affinerie, eine Kupferhütte (105 Mio, je 40 %), die DEMETRON, die Leybold-Heraeus GmbH & Co KG sowie die NUKEM AG (siehe Tabelle 2) untereinander verschachtelt [24]).

An großen Tochterfirmen und Mehrheitsbeteiligungen wären hier noch zu nennen: Thompson Siegel GmbH (25 Mio, Henkel 100 %), Vereinigte Verpackungs-GmbH (30 Mio, Henkel 100 %), Sidol GmbH (Henkel 100 %), Siegel GmbH Vertriebsgesellschaften (Henkel 100 %) [25]), Büttner-Schilde-Haas AG (21 Mio, DEGUSSA 25,1 %) [26]), Pigmentchemie GmbH (35 Mio, Metallgesellschaft 74 %), Ultraform GmbH (14 Mio, Metallgesellschaft 50 %) [27]).

Im Bereich der chemischen Mittelindustrie müssen die Schering AG (186,66 Mio), die ein Monopol auf Kontrazeptionsmittel besitzt, mit ihren Tochtergesellschaften C. F. Asche & Co AG, Lechler-Chemie GmbH, Duco AG und Isar-Racoll-Chemie GmbH (insgesamt 130 Mio), die mehrheitlich der Familie Quandt gehörende VARTA AG (101,2 Mio) und deren Pharmatochter Byk-Golden-Lomberg GmbH (Byk-Konzern insgesamt 30 Mio), die Firmen der E. Merck-Gruppe, die Knoll AG und die zum Flick-Konzern gehörende Dynamit Nobel AG (110 Mio, 84%ige Feldmühle-Beteiligung) genannt werden [28]). Nicht vergessen werden darf

[20]) Ernst Bäumler, Ein Jahrhundert Chemie, Düsseldorf 1963, S. 107.
[21]) In einer Aktennotiz eines „geheimen" Briefwechsels zwischen dem OKW (Oberkommando der Wehrmacht) und dem Vorstandsmitglied der IG Farben, Dr. Bütefisch, Leiter der Wirtschaftsgruppe Kraftstoffindustrie, heißt es u. a.: „Wir haben diesen Erfahrungsaustausch bisher so vorgenommen, daß wir von unserer Seite nur Berichte gegeben haben, die uns nach Rücksprache mit dem OKW und dem RWM unbedenklich erschienen und nur solche technischen Daten enthielten, die bekannte oder technisch nach dem neuesten Stand überholte Dinge betrafen" (IG Farben-Prozeß in Nürnberg, Bd. 41/42, Bl. 277—282, Archiv in Warschau, zit. nach Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Band 6, Unter dem Faschismus, Berlin (DDR) 1964, S. 34).
[22]) E. Bäumler, a. a. O., und S. 113.
[23]) Alle Angaben nach Wer gehört zu Wem?, a. a. O.
[24]) Alle Angaben nach Wer gehört zu Wem?, a. a. O., und Geschäftsbericht der DEGUSSA 1971/72, Frankfurt/M 1973, S. 33—39.
[25]) Henkel-Profil, Düsseldorf 1972, S. 60.
[26]) Geschäftsbericht der DEGUSSA, a. a. O., S. 37.
[27]) Wer gehört zu Wem?, a. a. O., S. 524 und 576.
[28]) Alle Angaben nach Wer gehört zu Wem?, a. a. O.

hier die VEBA-Chemie (400 Mio), die an der Erdölraffinerie Ingolstadt (82,5 Mio) zu 50 % beteiligt ist [29]).

Es lassen sich „Schlüsselfirmen" aller Größen finden, die zwei oder mehreren der genannten Konzerne zusammen gehören und die die dargestellte Verflechtung vervollständigen. Große Firmen entstehen meist nach dem Prinzip der Teilfusion, wenn „zwei oder auch mehrere Unternehmen einen Teilbereich ihres Produktionsprogramms rechtlich aus dem Konzern herauslösen und mit den entsprechenden Teilbereichen des Partners (oder der Partner) in einem neu gegründeten Unternehmen vereinigen, wobei das neue Unternehmen zwar rechtlich selbständig ist, ökonomisch aber den beiden ‚kooperierenden' Unternehmen gehört, die damit von Konkurrenten zu Partnern geworden sind" [30]). Solche Kapitalverschmelzungsvorgänge sind in letzter Zeit immer häufiger geworden. In der folgenden Tabelle 2 werden einige beispielhafte Zusammenschlüsse dieser Art ohne Rücksicht auf die Größe der Stammkapitalien und ihre Entstehungsgeschichte genannt.

Tabelle 2 [31])

Name	*Anteilseigner*
Dt. Zellwolle GmbH	*BASF 33,33 %, Hoechst 33,33 %, Enka Glanzstoff 33,33 %* [32]) *(über Tochtergesellschaften)*
Duisburger Kupferhütte	*Bayer AG 31 %, BASF 31 %, Hoechst 31 %*
Uranaufbereitungsanlage	*Hoechst, Bayer, Gelsenberg, NUKEM* [33])
Äthylen-Rohrleitungs-GmbH & Co	*NV Nederlandse Staatsmijnen, VEBA, BP, Erdölchemie GmbH, Bayer, Chem. Werke Hüls AG (alle je 16,66 %)*
Ruhrchemie AG	*Hoechst, Thyssen AG, Mannesmann AG (je 33,33 %)*
Desowag Bayer Holzschutz GmbH	*Bayer 37 %, Desowag Chemie GmbH (Dt. Solvay-Werke GmbH)*
Gewerkschaft Victor	*BASF 50 %, Klöckner Werke AG 50 %*
AEG Isolier- und Kunststoff GmbH	*AEG 75 %, Hoechst 25 %*
Ruhrstickstoff AG	*VEBA-Chemie AG 63,4 %, Gewerkschaft Victor 23,35 %*
Kali-Chemie AG	*Dt. Solvay Werke GmbH über 70 %*
Dt. Kali-Syndikat GmbH	*Kali und Salz AG 26,4 %, Preussag 7,2 %, Kali-Chemie AG 6,9 %, Wintershall 56,9 %, Dt. Solvay-Werke GmbH 1,6 %*
Gewerkschaft Finstergrund	*Bayer 74 %, Kali-Chemie AG 26 %*

29) A. a. O., S. 216 und 755.
30) Jörg Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Frankfurt/M 1969, S. 53.
31) Soweit nicht anders angegeben, wurden Wer gehört zu Wem? und die Geschäftsberichte der Konzerne von 1972 benutzt (siehe Angaben 2, 3, 4, 10).

Mitteldt. Sprengstoffwerke	Wasag-Chemie 10,4 %, Dynamit Nobel 27,1 %, Kali-Chemie AG 25 %, Kali und Salz AG 37,5 %
Peroxid-Chemie GmbH	Kali-Chemie AG 66,1 %, Laporte Industries (Holdings) Ltd. (Großbritannien) 33,3 %
Isola-Werke AG	Dresdner Bank AG über 25 %, Rütgers Werke über 25 %
Braunkohle-Benzin AG	Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG 33,8 %, Preußische Elektrizitäts AG 0,6 %, Braunschweigische Kohlenbergwerke 2,4 % (Preußen elektra), Kali und Salz AG 5,5 %, Dt. Texaco AG 6,3 %, IG Farbenindustrie i. A. 13,1 %, mehrere Bergbau- und Energiewerke
Kali-Chemie Engelhard Katalysatoren GmbH	Kali-Chemie AG 50 %, W. C. Heraeus GmbH 10 %
NUKEM GmbH	RWE 25 %, Metallgesellschaft 12 %, DEGUSSA 45 %
ALKEM GmbH	NUKEM GmbH 40 %, AEG-Telefunken 30 %, Siemens AG 30 %
KG. Dt. Gasrußwerke GmbH & Co	DEGUSSA 50 %, Continental Gummi AG 23 %
Degesch GmbH [34]	Bayer 37,5 %, DEGUSSA 37,5 %, Th. Goldschmidt AG 25 %
Schering-Solvay-Duromer Verw.-Ges. mbH	Dt. Solvay-Werke GmbH 50 %, Schering AG 50 %
Büttner-Schilde-Haas AG	DEGUSSA 25,1 %, Dt. Babcock & Wilcox AG über 70 %
Ultraform GmbH	DEGUSSA 50 %, BASF 50 %
Norddt. Affinerie	Metallgesellschaft 40 %, DEGUSSA 40 %, British Metal Comp. 20 %
Pigment Chemie GmbH	Metallgesellschaft 74 %, E. I. du Pont de Nemours and Co. (USA) 24 %
Bergazyme GmbH	Henkel GmbH 50 %, Schering AG 50 % [35]
German Remedies Taiwan Ltd	Hoechst 35 %, Schering AG 35 % [36]
Cela Merck GmbH & Co KG	E. Merck 50 %, C. H. Boehringer Sohn KG 50 % [37]

32) „Frankfurter Rundschau" v. 6. 4. 1972.
33) Bundesforschungsbericht III, S. 75.
34) Während des Zweiten Weltkrieges war diese Firma einer der Hersteller des Blausäurepräparates „Zyklon B". Der Produktionsleiter Dr. Peters wurde 1955 vor Gericht freigesprochen, die Vertriebsgesellschafter Tesch und Weinbacher 1946 zum Tode verurteilt (Ota Kraus/Erich Kulka, Massenmord und Profit, Berlin [DDR] 1963, S. 355—359).
35) Wirtschaftliche und finanzielle Verflechtung in Schaubildern, hrsg. vom Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt 1971, Bl. C 129/1 (bisher unvollständige Reihen, einige Querbeziehungen fehlen völlig).
36) A. a. O., 1973, Bl. C 109/3.
37) A. a. O., 1972, Bl. C 111/1.

Boehringer-Knoll Pot. Ltd (Indien)	*Knoll AG und Boehringer Mannheim AG zusammen 52 %* [38]
Byk-Essex-Pharmazeutische GmbH	*Byk Gulden Lomberg GmbH (VARTA AG 100 %) 49 %, Schering Corp. (USA) 51 %*
Phenol-Chemie GmbH	*Rütgers Werke AG 25 %, VEBA 50 % (über VEBA-Chemie AG)*
GMT Chemie-Beteiligungs GmbH	*Gelsenberg, Thyssen AG, Mannesmann AG (je 33,33 %)*
Dow Badische Comp. (USA)	*BASF AG 50 %, Dow Chemical 50 %*

Besonders erwähnenswert ist die in der Tabelle 2 nicht aufgeführte Transaktion Hoechst-Roussel-Uclaf (Frankreich). Die beiden korrespondierten auf dem Gebiet der Pharmaforschung und -produktion über eine Holding, die Compagnie Financière Chimio, an der Hoechst mit 43 und Roussel-Uclaf mit 51 % beteiligt war. Diesen Anteil hat die Hoechst AG nun übernommen, so daß sie über eine weitere Holding, die Centrale-Roussel-Nobel, die zu 66,77 % der Comp. Fin. Chimio gehört, die Aktienmehrheit bei Roussel-Uclaf besitzt (über 50 %) [39]. Hoechst ist dadurch jetzt der zweitgrößte Pharmahersteller der Welt hinter Hoffmann LaRoche und vor Merck und Ciba-Geigy! Von einer weiteren Chemiefirma, der Nobel-Bozel, von der 48 % die Centrale-Roussel-Nobel hält, muß die Hoechst AG allerdings mindestens 28 % der Aktien an französische Interessenten abtreten, da die Nobel-Bozel auch „... Sprengstoffe herstellt und also für die nationale *Verteidigung* arbeitet" [40]. Die „Neue Zürcher Zeitung" stellt dazu fest, daß „... der *ausländische Einfluß auf den französischen Markt* für Pharmazeutika ... erheblich zunehmen (wird)" [41]. Er betrug bisher schon über die Hälfte des Marktes.

Personelle Verflechtung

Das Bild der untereinander verfilzten Chemieindustrie der BRD rundet sich ab, wenn man zusätzlich zur Kapital- die personelle Verflechtung untersucht. Die Vereinigung mehrerer Aufsichtsrats- und Vorstandsmandate in einer Hand gehört zum Bild einer monopolistisch geprägten Wirtschaftsordnung und stellt insofern keine Seltenheit mehr dar. Dazu kommt infolge der Einbeziehung des Staates in den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß zwecks Sicherung der Verwertungsbedingungen großer Kapitalien eine intensive Durchdringung und Verschmelzung staatlicher und wirtschaftlicher Funktionen und Behörden, wie sie am reinsten während der beiden Weltkriege aufgetreten war.

Durch die Konzentration der Macht der chemischen Industrie in den Händen einiger Weniger wird die Zusammenarbeit zwischen den Konzernen zum Schaden der bei diesen Werken Beschäftigten wie dem der Konsumenten intensiviert: Preis-, Produktions- und Personalabsprachen in einem kleinen Kreis (siehe auch unten) erleichtern die Beherrschung der Chemieindustrie und verschleiern dies gleichzeitig. Die folgende Tabelle 3 zeigt die enge Verflechtung zwischen den Chemiekonzernen untereinander und den Einfluß der Großbanken.

---

38) A. a. O., 1970, Bl. C 267/3.
39) „Neue Zürcher Zeitung", Nr. 44, v. 14. 2. 1974, S. 14.
40) „Neue Zürcher Zeitung", Nr. 43, v. 13. 2. 1974, S. 18 (Hervorhebung im Original).
41) Ebd. (Hervorhebung im Original).

Tabelle 3

Name	*Konzernleitung (Funktion)* [42]
Bands, Helmut	*Bayer AG (A), Commerzbank (V)* [43], *Schering AG (A), Stahlindustrie (A)* [44]
Cavendish-Bentinck, Victor F. W.	*Bayer AG (A)* [43], *Bayer-Niederlassungen in Großbritannien (A)* [44], *NUKEM (A)* [45]
Engelhorn, Curt	*Bayer AG (A), Boehringer AG (V)* [48]
Feith, Hans	*BASF AG (A), Deutsche Bank AG (V)* [46]
Hansen, Kurt	*Bayer AG (V), Allianz (A), Hapag Lloyd (A), VEBA (A), Siemens AG (A)* [47], *Deutsche Bank AG (B)* [47a]
Henkel, Konrad	*Henkel GmbH (R), Henkel & Cie GmbH (A), DEGUSSA (A)* [48]
Kemper, Heinz	*Bayer AG (A), VEBA AG (V)* [43]
Manchot, Willy	*Henkel GmbH (R), Henkel & Cie GmbH (A)* [48], *DEGUSSA (A), Metallgesellschaft AG (A), Dortmunder Union Brauerei AG (A), Dresdner Bank AG (?)* [45]
Merkle, Hans L.	*Henkel GmbH (B)* [48], *BASF AG (A)* [46], *PWA-Mannheim (A), Deutsche Bank AG (A), Bosch GmbH (G), Allianz (A)* [44]
Richter, Hermann	*Hoechst AG (A)* [49], *DEGUSSA (A), Chem. Werke Hüls AG (A), Dresdner Bank AG (A), BBC AG (A), Metallgesellschaft AG (A), VW AG (A)* [44], [45], *Henkel & Cie GmbH (A)* [48]
Schlenker, Rudolf	*Henkel GmbH (B), Reemtsma (V)* [48], *Dortmunder Union Brauerei AG (A), Gerling Konzern (A)* [45]
Siemens, Peter v.	*Bayer AG (A), Siemens AG (A)* [43], *Mannesmann AG* [44], [45]
Winnacker, Karl	*Hoechst AG (A)* [49], *Knapsack Griesheim AG (A), Buna Hüls AG (A)* [44], [45], *Kalle & Co AG (A), Behringwerke AG (A), Duisburger Kupferhütte (A), Wacker Chemie GmbH (A), Dresdner Bank AG (A)*
Wurster, Carl	*BASF AG (A)* [46], *Deutsche Bank AG (A), Hoesch AG (A), Buna Hüls AG (A), BBC AG (A), Bosch GmbH* [44], *Duisburger Kupferhütte (A), DEGUSSA AG (A), Enka Glanzstoff AG (A), Gewerkschaft Auguste Victoria (A)*

Die Kooperation etlicher mächtiger Chemie-Industrieller reicht ganz offensichtlich bis in die 30er Jahre zurück. Sie zählten schon im Dritten Reich zur Führungselite der deutschen Industrie und waren gleichzeitig in staatlichen Behör-

[42] A = Aufsichtsrat, B = Beraterkreis, G = Geschäftsführung, R = Verwaltungsrat, V = Vorstand.
[43] Geschäftsbericht der Bayer AG, a. a. O., S. 6.
[44] Who's Who in Germany, München 1964.
[45] E. A. de Maeyer, Who's Who in Europe, Brüssel 1972.
[46] Geschäftsbericht der BASF AG, a. a. O., S. 4.
[47] „Zeit"-Magazin v. 22. 3. 1974, S. 28.
[47a] Zusammen mit B. Timm (BASF) (Deutsche Bank, Entwicklung im Jahre 1973, Ein Kurzbericht).
[48] Henkel-Profil, a. a. O., S. 58.
[49] Geschäftsbericht der Hoechst AG, a. a. O., S. 7.

den beschäftigt (Carl Krauch) oder als Berater tätig wie der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Carl Wurster [50]). Doch schon 1953 konnte der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG, Karl Winnacker, zum „Problem" der ehemaligen IG-Farben-Leiter erklären: „Wir fühlen uns mit den Herren des alten Aufsichtsrates und Vorstandes der IG-Farben-Industrie sowie mit allen alten Freunden dieser Firma eng verbunden und sind glücklich darüber, eine große Zahl alter Freunde aus dieser Zeit bei uns begrüßen zu können" [51]).

Zur Verankerung der Chemieindustrie mit neuen Rechts-Kartellen [52]) nur ein Beispiel: Das Hoechster Vorstandsmitglied Heinz Kaufmann ist Mitglied im reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sitzt zudem im Kuratorium der „Deutschland-Stiftung" [53]).

Da die Kosten für die Forschung in der Chemie außerordentlich hoch liegen (im allgemeinen wird der Forschungsaufwand mit 5—6 % des Umsatzes angegeben), sind die Konzerne natürlich an einer intensiven Grundlagenforschung und an einer industrieorientierten Projektforschung an Hochschulen und wesentlich staatlich getragenen Instituten interessiert [54]). Entsprechend hoch ist ihre Beteiligung in Gremien, die über die Vergabe von Forschungsgeldern entscheiden. Meist werden die Konzerne durch einflußreiche Hochschullehrer wie die drei Nobelpreisträger Adolf Butenandt (Aufsichtsrat Bayer), Feodor Lynen (Aufsichtsrat Hoechst) und Manfred Eigen (Aufsichtsrat BASF) bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) vertreten. (Auch die „Vorzeigefunktion" der drei genannten Forscher dürfte nicht gering einzuschätzen sein.) Die Physiker Jentsch, Kopka und Wülfing konstatieren zu den Verhältnissen in der MPG: „Die Präsenz der Privatwirtschaft ist in Verwaltungsrat, Senat und Hauptversammlung der MPG sowie in den Kuratorien der Institute gesichert. Die Privatwirtschaft gruppiert sich schwerpunktmäßig um die kleine Zahl der wichtigsten westdeutschen Monopole. Sie durchsetzen die Organe mit zuverlässigen Mehrheiten. Die personellen Exponenten dieser Großkonzerne zeichnen sich durch lange Amtsdauer und Vielfachfunktionen in Wirtschaft und wissenschaftlichen Institutionen aus ... Die forschungspolitischen Auswirkungen ... verschließen sich infolge der Geheimhaltung aller wesentlichen Entscheidungsprozesse dem öffentlichen Zugang. Sie sind vorläufig nur punktuell auszumachen ..." [55]).

So sitzen Wurster, Butenandt und Heisenberg im Verwaltungsrat, Otto Bayer, Birrenbach (CDU-Wirtschaftsrat), Merkle, Raspe (Schering AG) und Lynen im Senat der MPG [55a]); Butenandt ist übrigens gleichzeitig Mitglied des DFG-Senats und des forschungspolitisch entscheidenden Hauptausschusses bis 1971 gewesen (als MPG-Präsident) und ist außerdem Mitglied des Vorstandes des Stifterverbandes der deutschen Industrie [56]). Der Vorstandsvorsitzende der Bayer AG, Kurt Hansen, und Adolf Butenandt gehören zum Kuratorium der Fritz-Thyssen-Stiftung; 1973 wurde Hansen als Nachfolger von Lynen zum Präsidenten der

50) IG Farben — Auschwitz — Massenmord, Dokumente zum Auschwitz-Prozeß, o. O., o. J., S. 54 und 108.
51) Ernst Bäumler, a. a. O., S. 113.
52) Vgl. dazu auch die Aussagen des Industrieberaters M. Schubert, zit. in Bernt Engelmann/Günter Wallraff, Ihr da oben, wir da unten, Köln 1973, S. 252.
53) Reinhard Kühnl, Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und sein Standort im politischen Spektrum der BRD, „Blätter", 11/1973, S. 1205.
54) Einen historischen Überblick bis 1945 hierzu gibt André Leisewitz, Die Auswirkungen der Verwissenschaftlichung der Produktion auf die Monopolbildung und auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, am Beispiel der chemischen Industrie, in: „Das Argument", 73/1972, S. 444—508.
55) Volker Jentsch/Helmut Kopka/Arnd Wülfing, Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft, „Blätter", 5/1972, S. 490.
55a) A. a. O., S. 482.
56) Joachim Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M 1971², S. 214.

Gesellschaft Deutscher Chemiker (GdCh) gewählt, die in den vergangenen Jahren u. a. durch ihre Vorschläge zur totalen Anpassung des Chemiestudiums an die Bedürfnisse der Industrie hervorgetreten ist. Schließlich soll noch die Mitgliedschaft Winnackers in der Deutschen Atomkommission, dem Deutschen Atomforum (Präsident von 1959—1973), Verband der chemischen Industrie (VCI, Präsident 1966/67), im MPG-Senat, DFG-Kuratorium und -Senat (bis 1964) sowie im Vorstand der Gesellschaft für Chemisches Apparatewesen (DECHEMA, Vorsitzender von 1954—1970) und der GdCh (Präsident 1962/63) erwähnt werden [57]).

Auch die Verflechtungen mit staatlichen Planungsinstanzen und Beratergremien der Bundesregierung ist vielfältig [58]). Zu dem Kreis derer, die wechselweise bedeutende Funktionen in der staatlichen Administration wie in den Aufsichtsräten der Chemieindustrie wahrnehmen, gehören Siegfried Balke, Walter Hallstein, Josef Rust, Karl Scherf und Kurt Biedenkopf. Balke gehörte vor seiner Ministerkarriere zur Geschäftsleitung der Wacker-Chemie GmbH; später fungierte er als Präsident des Bundes der Arbeitgeberverbände (BdA) [59]); Hallstein, der bis 1973 im Aufsichtsrat der Farbwerke Hoechst saß, war bekanntlich lange Zeit Mitglied der Brüsseler EWG-Kommission [60]). Rust, der außer seinem Aufsichtsratsposten bei der BASF Mandate in der Quandt-Gruppe wahrnimmt, war während der Amtszeit von Strauß Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und in die Affäre um den Schützenpanzer HS 30 verwickelt. Der ehemalige BASF-Manager K. Scherf (Ammoniak-Labor) gehörte von 1969 bis 1972 dem Planungsstab im Bundeskanzleramt an [61]), um danach zur DEGUSSA zu gehen, wo er als Leiter der Abteilung „Entwicklung von Führungskräften" fungiert. Er ist anscheinend innerhalb der Chemie-Führungsspitze vor allem für Kontakte zu den Wissenschaftsministerien zuständig und versucht, durch „Bedarfsprognosen" die Zahl der Chemiestudenten sowie ihre kontinuierliche Ideologisierung im Sinne des Kapitals zu steuern [62]). K. Biedenkopf begann seine Karriere als Gründungsrektor der Ruhr-Universität Bochum, gehört zur Geschäftsführung der Henkel GmbH und ist als Generalsekretär der CDU heute einer der einflußreichsten Männer der BRD.

Die Monopolisierung als Ausdruck der Krisenstrategie des Kapitals und seiner Profitsicherung

Preisabsprachen großen Ausmaßes sind bei der aufgezeigten engen Verflechtung von Kapitalien und Personen wohl an der Tagesordnung, lassen sich aber nur schwer nachweisen. Der bisher größte Fall dieser Art war das sogenannte Faserkartell, an dem sowohl Tochterfirmen der „Großen Drei" als auch die Enka-Glanzstoff AG (Akzo-Konzern, Niederlande) und die französische Firma Rhône-Poulenc S.A. beteiligt waren. Das Bundeskartellamt stellte fest, daß sich die genannten Firmen „an inländischen, ausländischen und weltweiten Kartellen beteiligt haben, um auf den Märkten für unverarbeitete Fasern den Wettbewerb zu beschränken" [63]). Es verhängte eine Strafe von knapp 50 Mio DM [64]). Es ist an-

[57]) E. A. de Maeyer, a. a. O.; Personelle Einflüsse der IG-Farben-Gruppe im Bereich der Wissenschaftsleitung, in: M. Heidler (Hrsg.), Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulwesen in Westdeutschland, Berlin (DDR) 1966; Who's Who in Europe, Vol. 3, London 1967; Berichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn-Bad Godesberg, lfd.
[58]) J. Hirsch, a. a. O., S. 211 ff.
[59]) A. a. O., S. 224.
[60]) Geschäftsbericht der Hoechst AG, a. a. O., S. 7.
[61]) J. Hirsch, a. a. O., S. 188.
[62]) Vgl. seine Rede auf der Jahreshauptversammlung der GdCh 1973 in Hamburg („Nachrichten aus Chemie und Technik", Jg. 20, Heft 21, 1973, S. 484—490).
[63]) „Frankfurter Rundschau" v. 6. 4. 1972; siehe auch „Der Spiegel", Nr. 16/1972, S. 28.
[64]) Ebd.; Geldbußen in dieser Höhe sind äußerst ungewöhnlich. Gegen eine Farbstoffpreiserhöhung von 8 %

zunehmen, daß das aufgedeckte Faserkartell nur die Spitze eines Eisberges darstellt. Indizien für weitere Kartelle gibt es: z. B. liegt der Ladenpreis von Vitamin-C-Präparaten ähnlicher Zusammensetzung etwa gleich hoch und beträgt pro g Vitamin C ca. 0,40 DM. Zu Forschungszwecken verkauftes Vitamin C (Ascorbinsäure) kostet bei der Firma Merck etwa 3,— DM je nach Abnahmemenge pro 100 g [66]). Da die Zusätze bei den handelsüblichen Medikamenten nur aus billigen Geschmacksstoffen bestehen (Kalk, Zitronensäure, Zucker), müssen — wie man sich leicht ausrechnen kann — die Profite extrem hoch sein. Trotzdem sind bisher keine „Preisbrecher" aufgetreten. Ähnliche Berechnungen führte der FDP-Bundestagsabgeordnete v. Schöler für Anti-Baby-Pillen durch, die von der Firma Ratiopharm für etwa die Hälfte des sonst üblichen Preises verkauft werden [67]). Wegen ihrer stark überhöhten Preise für im übrigen aller Wahrscheinlichkeit nach wirkungslose Vitamin B_{12}-Präparate [68]) hat das Kartellamt der Fa. Merck auferlegt, die Preise für vier Präparate um 60—70 % zu senken [69]).

Noch schwieriger zu überblicken sind Preisabsprachen bundesrepublikanischer Unternehmer mit ausländischen Konzernen für den europäischen „Markt".

Auf dem angeblich so hart umkämpften Waschmittelmarkt liegen Indizien für eine Kooperation zwischen den marktbeherrschenden Konzernen vor: so gründete die Henkel GmbH gemeinsam mit der Colgate-Palmolive Comp. (USA) eine Forschungsgesellschaft zur Entwicklung von Wasch- und Teppichpflegemitteln [70]); Günter Wallraff zeichnete den Bericht eines Arbeiters bei Henkel auf, der beobachtete, wie ein Kesselwagen, gefüllt mit dem Textil-Spülmittel „Silan", an den Konkurrenten Procter & Gamble („Lenor") abging [71]).

Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Versuchen, die Kartellgesetzgebung, hier vor allem das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB), zu unterlaufen, um einen direkten Konflikt mit den Kartellbehörden zu vermeiden. Unter anderem wurde in der Zeitschrift „Chemische Industrie" auf Lücken im GWB hingewiesen und eine Argumentation für gerichtliche Auseinandersetzungen gleich mitgeliefert „An dieser Stelle soll aber auch darauf hingewiesen werden, daß das GWB gar nicht so ‚kooperationsfeindlich' ist, wie es oft hingestellt wird. Vielmehr fehlt es den meisten Unternehmen an klaren Vorstellungen über die Möglichkeiten, die sich ihnen bieten" [72]).

Eine gemeinsame Kartellgesetzgebung und Fusionskontrolle im EG-Raum wird daher von den Unternehmerverbänden heftig bekämpft [73]). Bleibt nur noch zu erwähnen, daß bei der DFG ein Forschungsprogramm existiert, das die günstigsten Bedingungen für die Umgehung europäischer Kartellgesetze „erforschen" soll [74]).

Nun bilden Kartelle nur einen Teilaspekt im großen Zusammenhang der Monopolisierungsbestrebungen. Die ursprüngliche und immer noch wichtige Definition des Monopols ergibt sich als Folge der von Marx vorausgesagten Konzentration und Zentralisation des Kapitals; „diese Konzentration (führt) ... auf einer

---

verhängte das Kartellamt 1967 eine Buße von 262 000 DM gegen Bayer, BASF, Hoechst und Cassella, die 1969 vom Kammergericht in Westberlin wieder aufgehoben wurde („Konkret", Nr. 42/1973).
65) Entfällt.
66) Chemikalien, Reagenzien 1974 (Katalog), Merck Darmstadt, S. 93.
67) „Deutsche Volkszeitung", Nr. 48 v. 29. 11. 1973.
68) „Der Spiegel", Nr. 13 v. 25. 3. 1974.
69) „Frankfurter Rundschau" v. 20. 4. 1974.
70) E. Richter in „IPW-Berichte", 6/1972, S. 67.
71) Bernt Engelmann/Günter Wallraff, a. a. O., S. 103.
72) „Chemische Industrie", 2/1971, S. 115.
73) Vgl. u. a. Pressekonferenz von Konrad Henkel, zit. in „Frankfurter Rundschau" v. 14. 10. 1972.
74) DFG. Programme und Projekte 1972, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 603.

bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol ... Die Entstehung der Monopole (ist) überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium" [75]).

Inwieweit trifft dies für die chemische Industrie zu? Diese Frage soll nun kurz unter besonderer Berücksichtigung der IG-Farben-Nachfolger diskutiert werden. „Monopole" können nicht existieren, ohne Kapital zu akkumulieren und unaufhörlich ihren Einflußbereich zu erweitern, d. h. zu expandieren. Grundsätzlich haben die großen Aktiengesellschaften höhere Profitraten als kleinere Betriebe, wenn man von Ausnahmen absieht: mit Hilfe des „monopolistischen Marktpreises" gelingt es den Monopolen, Extraprofite zu erzielen: „Unter *monopolistischem Extraprofit* verstehen wir den Mehrprofit, der von den Monopolen durch den aus der Ablösung der Herrschaft der freien Konkurrenz durch die Monopolherrschaft entstandenen neuen Mechanismus der Profitbildung von den Monopolen erzielt wird. Er stellt sich dar als Überschuß über den Profit, der mit den für den gesamten Kapitalismus allgemein üblichen Mitteln erzielt wird" [76]).

Den gelungenen Versuch einer Gewinnerhöhung durch intensive Expansionsmaßnahmen hat die BASF in den 60er Jahren vorexerziert; ihr „Sprung nach vorn" in den Jahren 1971 bis 1973 ist wesentlich durch die Einkäufe in bestehende kleinere Konzerne, Aufkäufe in bestimmten Sparten etc. (s. u.) verursacht worden. Die Finanzierung durch im Unternehmen selbst erzeugte Mittel (die den Abschreibungen und einbehaltenen Gewinnen gegenüberstehenden Gelder), die mit steigendem Umsatz ebenfalls wieder zunehmen, und die Kürzung der Dividenden zugunsten der Investitionen in Unternehmenskäufe waren das Mittel [77]) zu dieser expansiven Politik. Wie sich die Konzentration bereits zu Beginn der Expansionsphase auswirkte, zeigt der Anteil der vier größten Unternehmen am Branchenumsatz, der von 40,0 % (1960) schon 1966 auf 49,0 % kletterte [78]).

Welche Stoßrichtung läßt sich bei der genannten Ausdehnung der Chemie-Konzerne erkennen? Die gegenseitige Abhängigkeit über die bereits oben dargestellten Verflechtungen hat sich in den letzten Jahren verstärkt; ihr Ausmaß war aber schon vorher nicht zu gering einzuschätzen. Manchmal lassen sich sogar Versuche einer „Flurbereinigung" feststellen, die aber wohl mehr der Übersichtlichkeit innerhalb der einzelnen Konzerne und vielleicht auch zur Beruhigung der Kartellbehörden dienen sollen. Das größte Geschäft dieser Art spielte sich 1968 ab, als Hoechst seinen Anteil an den Cassella-Werken um 50 % auf 100 % erhöhte und der Bayer AG zum Ausgleich den bisherigen Hoechst-Anteil an den Chemischen Werken Hüls überließ. Wesentlicher erscheinen Teilfusionen über den Chemie-Bereich hinaus, wie sie oben schon definiert wurden (Diversifikation). Dadurch wurden unter anderem die schon aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg bekannten guten Beziehungen zur Elektroindustrie (Siemens, Bosch, AEG, BBC) gestärkt.

75) W. I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, S. 204.
76) Autorenkollektiv, Lehrbuch politische Ökonomie, Vorsozialistische Produktionsweisen, Frankfurt/M 1972, S. 541. Zur aktuellen Verdeutlichung sei aus einem Artikel der „Frankfurter Rundschau" anläßlich der enormen Preissteigerungen für chemische Grundmittel von 15 % im ersten Quartal 1974 zitiert: „Die Gewinnexplosion fand statt, aber eben nur bei den Großen im Lande. Ein zweites Manko hängt dem an: die Großen sind überwiegend die Vorproduktlieferanten für die Kleinen. Nicht zu Unrecht beklagte sich das Präsidialmitglied des Chemieverbandes und Chefin des Lackverbandes, Frau Wiederhold, bei dem BASF-Boss Timm über eine nahezu erdrückende Preisdurchsetzungsstrategie der Marktführer bei den Vorprodukten, die geeignet sei, Teilen dieser Branche eine halbwegs ertragreiche Existenz zu nehmen. Die horrenden Preise drücken auf der einen Seite, Marktschwierigkeiten bei Autolacken und im Baubereich auf der anderen" („Frankfurter Rundschau" v. 30. 4. 1974).
77) R. Magener, Industrielles Anlagewachstum und seine Finanzierung, „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", 1965, S. 12, zit. nach K. Schlede, 10 Jahre Wachstumsfinanzierung der amerikanischen und deutschen chemischen Großindustrie, Dissertation Köln 1969, S. 137—149.
78) H. Arndt, Recht, Macht und Wirtschaft, Berlin (West) 1968, zit. nach J. Huffschmid, a. a. O., S. 49.

Während der letzten zehn Jahre erwarben die drei größten Chemie-Konzerne folgende Aktienmehrheiten bedeutender Firmen: Die Bayer AG dehnte sich durch den Kauf der Wolff Walsrode AG (1967), der Faserwerke Hüls GmbH (1967) und starker Anteile an der Metzeler-Gruppe sowie der Corona-Beteiligungs-GmbH (1972) vor allem in den Gummi-, Kautschuk- und Faser-Bereich aus.

Die BASF AG erwarb 1965 die Glasurit-Werke, 1967 die Phrix-AG (1972 in BASF Spinnstofftechnik AG umbenannt), wobei ca. 2000 Beschäftigte ohne Sozialplanung entlassen wurden, die Nordmark AG (1968), noch im gleichen Jahr den Wintershall-Konzern, die Elastogran GmbH, die US-amerikanische Wyandotte Corp. (beide 1969) und 1970 Kast & Ehinger sowie die Sigle & Co. GmbH.

Die Farbwerke Hoechst AG begannen ihre Expansion 1964 mit einem Anteil an Messer Griesheim, die Süddeutsche Chemiefaser AG wurde 1967 dem Konzern einverleibt; 1969 folgten die Schwarzkopf GmbH, 1972 Ernst Michalke KG und die Lackfabrik Dr. Kurt Herbert & Co. GmbH [79]).

Dabei läßt sich eindeutig eine Beschleunigung des Konzentrationsprozesses auch im internationalen Maßstab etwa ab 1965 erkennen. Die Zahl der nach § 23 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen meldepflichtigen Fusionen und Eingliederungen betrug in der BRD im Zeitraum 1958 bis 1962 116, 1963 bis 1967 223, 1968 bis 1972 schon 1027 [80]). Die Erhöhung solcher Zusammenschlüsse (meldepflichtig sind lt. Gesetz nur solche Fusionen, bei denen eines der beteiligten Unternehmen einen Marktanteil von mindestens 20 % bzw. 10 000 Beschäftigte bzw. 500 Mio DM Umsatz bzw. 1 Mrd DM Bilanzsumme aufweist) um das Neunfache innerhalb weniger Jahre kann nur zu einem geringen Teil auf das allgemeine industrielle Wachstum zurückgeführt werden und zeigt deutlich die Beschleunigung der Kapitalkonzentration, besonders im Zusammenhang mit Rezessionsphasen wie nach 1966/67.

Gewisse Ähnlichkeiten im Vergleich zu entsprechenden Vorgängen in den 20er Jahren sind festzustellen, als unter anderem der Unilever-Konzern, IG Farben, ICI und die Flick-Gruppe entstanden. Im Bereich der Chemie ist der enge Zusammenhang zwischen den wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten der Chemieproduktion, den dafür notwendigen Investitionen an FE und den Notwendigkeiten für die Unternehmen, diese Investitionsmittel aufzubringen, nicht zu verkennen. Vor allem die Eingliederung kleinerer Unternehmen erfolgt dann, wenn die notwendigen Investitionen von diesen nicht mehr aufgebracht werden können; das dürfte für alle Zweige der chemischen Industrie gelten, mit Ausnahme der Pharmaindustrie, die heute erheblich weniger forschungsintensiv arbeitet, als allgemein noch angenommen wird [81]).

Daß die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Investitionen letztlich dem Zweck der Monopolisierung und damit der Sicherung von Extraprofiten dienten, wird von Managern der Chemieindustrie auch offen zugegeben: „Was die Investitionsstruktur als solche betrifft, so fällt die wachsende Internationalisierung der amerikanischen und deutschen Chemiekonzerne in den letzten Jahren auf, die sich offenbar zum Ziel setzt, durch ein weites Netz eigener ausländischer Produktionsstätten die internationale Position zu sichern und auszubauen. Darüber hinaus läßt sich bei den deutschen Chemiefirmen seit 1965/66 eine ‚Konzentrations-' bzw. ‚Arrondierungsphase' feststellen . . ." [82]).

79) H. Tammer, a. a. O., S. 30.
80) A. a. O., S. 13.
81) Die Pharmaindustrie setzte 1972 7,9 Mrd DM um, was einen Anteil von ca. 15 % am Gesamtproduktionswert der chemischen Industrie darstellt. 1969 wurden 1647 Medikamente neu angemeldet, von denen aber nur 26 (!) Substanzen mit bis dahin unbekannten Wirkungen enthielten.
82) K. Schlede, a. a. O., S. 137.

In der Gummiindustrie zeichnen sich neue Kapitalverschiebungsvorgänge ab, seitdem es zu Streitigkeiten zwischen dem Metzeler-Großaktionär Kaus und der Bayer AG gekommen ist [83]). Da die Metzeler-Gruppe sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet (Kredite dürften ihr im wesentlichen über die Bayer AG zufließen), wird der Bayer-Konzern in nächster Zeit wahrscheinlich einige Metzeler-Firmen ganz übernehmen, um sich gegen die konkurrierende Dunlop-Pirelli-Gruppe zu stärken [83a]).

Betrachtet man die durch Aufkäufe und Fusionen neu hinzukommenden Produktionszweige, so fallen mehrere Expansionsrichtungen ins Auge. Da ist zunächst der „Einkauf" in die Grundindustrie, der mit dem Versuch einer Sicherung der Energiequellen verbunden ist. Die BASF AG hat sich über den Wintershall-Konzern, der selbst ein Riesenunternehmen war (1,68 Mrd Umsatz), notwendige Salzvorkommen gesichert; gleichzeitig wurde dabei ein Anteil von 15 % an der Aral AG (andere Hauptaktionäre: Gelsenberg AG, Mobil Oil AG, VEBA) erworben [84]).

Im Zuge der „Ölkrise" 1973/74 entstanden Pläne zur Gründung eines nationalen Ölkonzerns, der der westdeutschen Chemie nicht ungelegen kommen dürfte, soweit ihre Beteiligung daran gesichert ist. Die BASF plant den Bau eines Atomkraftwerks, das aber noch der Genehmigung durch die zuständigen Bundes- und Landesbehörden bedarf. Im Zusammenhang mit der „Ölkrise" versuchte der BASF-Vorstandsvorsitzende Timm mit dem Hinweis auf notwendige Produktionseinschränkungen und Verteuerungen bei Rohstoffen und Energie eine sofortige Genehmigung des Kraftwerks zu erwirken [85]). Über die Verflechtung der Chemieindustrie mit den internationalen Ölkonzernen wurde oben berichtet. Sie werden für die Chemieindustrie der BRD nun auch wegen ihrer Uran-Vorräte interessant: die US-Ölkonzerne besitzen immerhin 48 % der Uran-Weltreserven [86]). Eigene Kohlenbergwerke und Elektrizitätswerke runden die Energiepolitik der Chemiekonzerne ab.

Auffällig sind einige in den vergangenen Jahren neu hinzugekommene Produktionssparten, die nicht in das klassische Bild der chemischen Industrie hineinpassen. Mit der Aufnahme der Magnetbänder- und später der Kassettenproduktion sowie eines Schallplattenvertriebs hat sich die BASF einen direkten Anteil am „Kulturbetrieb" gesichert.

Die Dynamit-Nobel AG erhöhte kürzlich ihren Anteil an der Bigelow-Nobel-Teppichboden GmbH auf 100 %.

Die Hoechst-Tochter Uhde GmbH baut — allerdings schon seit einigen Jahrzehnten — vollständige Produktionsanlagen. Die Frage, ob diese Erweiterungen nur einen Aspekt der Krisensicherungspolitik darstellen oder zum Teil durch die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit einer profitablen Abfallbeseitigung bedingt sind, ist schwer zu beantworten. Sehr selten waren im Chemiebereich bisher Mischkonzerne zu finden („diagonale oder konglomerale Konzentration"): ein Unternehmen wird mit einem anderen vereinigt, „ohne daß eine horizontale oder vertikale Produktionsbeziehung zwischen beiden besteht" [87]). Als Beispiel soll hier die der Henkel GmbH gehörende Globus-Reederei genannt werden. Misch-

83) „Frankfurter Rundschau" v. 22. 3. 1974.
83a) Die Übernahme von drei Betrieben ist inzwischen erfolgt (Kautschuk AG, Schaum AG, Correcta-Werke; „Frankfurter Rundschau" v. 13. 5. 1974).
84) „Der Spiegel" Nr. 18, v. 30. 4. 1973, S. 66.
85) „Handelsblatt" v. 14. 1. 1974.
86) Hartmut Elsenhans/Gerd Junne, Zu den Hintergründen der gegenwärtigen Ölkrise, „Blätter", 12/1973, S. 1315.
87) J. Huffschmid, a. a. O., S. 60.

konzerne werden für die westdeutsche Industrie erst interessant werden, wenn eine weitere horizontale Konzentration aus Gründen des Kartellrechts oder — was wahrscheinlicher ist — einer Marktbeherrschung auf dem betreffenden Sektor nicht mehr möglich ist. Man kann sich natürlich darüber streiten, inwieweit die Übernahme von Anteilen an der Kautschuk- und gummiverarbeitenden Industrie durch die Bayer AG (siehe oben) und ähnliche Konzentrationsvorgänge am Rande chemischer Produktionsbereiche schon als Bildung von Mischkonzernen bezeichnet werden können.

Ein wichtiger in den letzten Jahren gewachsener Produktionszweig ist der Umweltschutz. Volker Ronge bemerkt hierzu: „Die kapitalistische Umweltstrategie par excellence aber ist die Produktion von Umweltschutzgütern ... Vollkommen systemadäquat ist diese Strategie deshalb, weil sich in ihr das kapitalistische Profitmaximierungsgesetz bzw. der volkswirtschaftliche Wachstumszwang ungebrochen durchsetzt. Sowohl Umweltschädigung wie Umweltschutz basiert auf ihnen: Umweltschäden waren und sind die (negativen) Folgen der formalen Profitrationalität; Umweltschutzprodukte sind die (positiven) Effekte der Profitrationalität" [88]). Dem Prinzip der Profitmaximierung trägt auch das wesentlich vom Innenministerium ausgearbeitete Umweltschutzprogramm Rechnung, wenn darin von der „Rationalisierung der Herstellung und damit Verbesserung der Wettbewerbssituation" gesprochen wird [89]).

Ein Musterbeispiel für den Kreislauf Umweltverschmutzung — Umweltschutz in ein- und demselben Konzern stellt die bereits in anderem Zusammenhang erwähnte Uhde GmbH dar. „An der gesamten Phosphorzufuhr (in Flüsse, Seen und Küstengebiete, d. Verf.) haben die Waschmittelphosphate nur einen Anteil von einem Drittel ... Vordringlich ist vielmehr, wirksamere Klärsysteme für kommunale Abwässer zu schaffen. Auf diesem Gebiet arbeiten wir, besonders die Friedrich Uhde GmbH, mit erheblichem Forschungsaufwand" [90]). Sarkastischer kann es eigentlich kaum noch ausgedrückt werden: Hoechst denkt nicht daran, die in Waschmitteln enthaltenen Phosphate zu ersetzen — was durchaus möglich wäre —, sondern aus Steuermitteln sollen Anlagen zur Zersetzung der Phosphate finanziert werden. Und dies geschieht auch — dank der Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft.

Von der Firma Henkel wird dieselbe Politik vertreten: „Als besonders wirksame Maßnahme auf lange Sicht (!) zur Reduzierung der Phosphatlast in unseren Gewässern ist daher die Reinigung aller Abwässer in modernen Kläranlagen und in Verbindung damit die zusätzliche chemische Fällung in der kommunalen Abwasseraufbereitung anzusehen" [91]).

Das Umweltschutzgeschäft haben einige große Firmen praktisch unter sich aufgeteilt: die Vereinigten Kesselwerke AG, eine Tochter der Deutschen Babcock & Wilcox AG, die Metallgesellschaft AG (siehe oben), Kraus-Maffei (Flick-Konzern), Krupp, IWKA und Ceag Dominit (Quandt-Gruppe), Rheinstahl, Siemens, Tochterfirmen der Bayer AG, Hoechst AG und BASF, Messerschmitt-Bölkow-Blohm,

88) Volker Ronge, Umwelt und Umweltschutz im Spätkapitalismus „Blätter", 8/1972, S. 841.
89) „Das Parlament" v. 4. 12. 1971, S. 1.
90) Geschäftsberichte der Hoechst AG, a. a. O., S. 36.
91) P. Berth/W. K. Fischer, Waschmittelphosphate und mögliche Austauschstoffe in Beziehung zum Eutrophierungsproblem, in Henkel-Referate 8, Veröffentlichungen aus der Henkel-Forschung, Mai 1973, S. 79. Dieselben Forschungsberichte von Henkel bekommt man zugesendet, wenn man die dafür zuständigen Behörden anschreibt (vgl. z. B. die Literaturliste bei Jutta Nowazin, Das Problem der Eutrophierung durch Waschmittelphosphate und eine Möglichkeit der Behandlung dieses Problems in der Hauptschule, Staatsexamensarbeit, Münster 1972). Nowazin kann daher in ihrer Staatsexamensarbeit zu keinem anderen Ergebnis kommen als: „Die Versuche der Waschmittelindustrie, die Phosphate durch Austauschstoffe zu substituieren ..., haben bisher zu keinem befriedigenden und praktikablen Ergebnis geführt" (a. a. O., S. 39). Dieser scheinbare circulus vitiosus ist ein Ausdruck staatsmonopolistischer Forschungspolitik!

Hartmann und Braun, MAN, Mannesmann, Gelsenberg, Environment Control System (Dow Chemical) [92]).

Zusammengefaßt ergeben sich folgende Hauptrichtungen der Expansion:

a) Grundstoffbereich, b) Energiesektor (neuerdings ist der Atom-Bereich besonders von langfristigem Interesse) und c) weiterverarbeitende Industrie, insbesondere kunststoffverarbeitende und Textilindustrie (Texturierung).

Zuletzt soll das Problem der Auslandsinvestitionen angegangen werden. Bekanntlich ist die Chemieindustrie stark exportabhängig; so entfallen bei Bayer nur 34 % des Umsatzes auf die BRD (1972) [93]) in engem Zusammenhang mit dieser Zahl steht die Summe der Auslandsinvestitionen: von 1952 bis 1972 wurden von Unternehmen der BRD insgesamt 21,3 Mrd DM im Ausland angelegt; davon trug die Chemieindustrie 6,2 Mrd DM [94]). Sie transferierte damit in den vergangenen zwanzig Jahren mehr Kapital ins Ausland als Maschinenbau-, Elektro- und Autoindustrie zusammengenommen. Folgende Gründe dürften für einen Kapitalexport dieser Größenordnung ausschlaggebend sein:

1) Der „Markt" in der BRD wird von den genannten Konzernen bereits weitgehend beherrscht und ist nahezu gesättigt. Bereits 1972 erzielten die drei größten Konzerne zwischen 50 und 66 % ihres Umsatzes im Ausland.

2) Eine Trivialität: im Ausland für das Ausland zu produzieren, ist generell billiger als Export von in der BRD hergestellten Produkten.

3) Arbeitskräfte sind im Ausland meist billiger (Dritte Welt, aber inzwischen auch in den USA!); Länder mit faschistischen Regierungen werden bei Investitionen bevorzugt, um eine eventuelle gewerkschaftliche Gegenmacht zu umgehen.

4) Durch Auslandsinvestitionen werden Bundes- und Länderregierungen unter Druck gesetzt; gegen die Zusicherung des Erhalts von Arbeitsplätzen in der BRD können Zugeständnisse auf dem Finanz-, Wissenschafts- oder Umweltschutz-Sektor erpreßt werden.

5) Wird eine Produktionsanlage bestreikt, so kann die Produktion in einem anderen Land fortgesetzt werden [95]).

6) Produktion im Ausland ist von Wechselkursänderungen und Schutzzöllen nicht betroffen.

7) Konkurrierende Konzerne (hier kommen nur noch du Pont, ICI, Union Carbide und wenige andere in Frage) dehnen sich in Europa aus; die beste Gegenstrategie ist die Eroberung von Marktanteilen in deren Ursprungsländern.

8) International verflochtene Konzerne sind eindeutig weniger krisenanfällig und — wie die angebliche Ölkrise gezeigt hat — gegenüber nationalen Regierungen übermächtig.

9) Die Steuerbelastung ist in vielen anderen westeuropäischen Ländern, auch in den USA, niedriger als in der BRD.

Der imperialistische Charakter der „Außenpolitik" weltweiter Konzerne (ITT!) ist wohl selten, wenn man vom Ersten und Zweiten Weltkrieg absieht, für die Öffentlichkeit besser sichtbar geworden als nach dem Sturz der Regierung Allende in Chile. Der Leiter der chilenischen Hoechst-Niederlassung schrieb unmittelbar nach dem Putsch der Junta an das Stammhaus: „Der so lange erwartete

[92]) „Der Spiegel", Nr. 7, v. 18. 2. 1974, S. 41.
[93]) Geschäftsberichte der Bayer AG, a. a. O., S. 11.
[94]) „Frankfurter Rundschau" v. 30. 4. 1973.
[95]) Zu den Streiks in der chemischen Industrie 1971 vgl. „Informationsbericht", Nr. 7, Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M, o. J.

Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden ... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente ... Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein" [96]).

Vor allem die Investitionen in Amerika (Nord wie Süd) werden von den Großkonzernen sehr wichtig genommen. Dafür spricht u. a. die Tatsache, daß Bayer, Hoechst und BASF jeweils eigene Holding-Gesellschaften auf den Niederländischen Antillen gegründet haben, die deren Amerika-Geschäft abwickeln. Einkäufe in US-Gesellschaften sind — bedingt durch die Schwäche des Dollars — im Augenblick besser möglich als noch vor einigen Jahren, so daß weitere bedeutende Kapitalinvestitionen in der nächsten Zeit erwartet werden können, dies nicht nur wegen des günstigen Lohnkostenniveaus, sondern vor allem wegen der Importbeschränkungen der USA.

Die Möglichkeit, durch Investitionen Druck zu erzeugen, ist offensichtlich von vornherein geplant worden. Bayer-Vorstandschef Hansen drohte gegenüber den Gewerkschaften schon mehrfach mit Produktionsauslagerungen. Im übrigen gehen in der chemischen Industrie langsam aber sicher Arbeitsplätze verloren. So nahm die Zahl der Beschäftigten im Hoechst-Konzern bezogen auf die BRD von 1970 bis 1972 um 5,1 % ab [97]), eine für unser Land bedrohliche und bisher zu wenig beachtete Entwicklung. Vor allem der Bau eigener Produktionsanlagen in den USA bzw. die Gründung von Tochterfirmen gemeinsam mit US-Konzernen (Wyandotte Corp., Dow Badische Comp.) machte sich für die Chemie-Konzerne bezahlt, da sie von DM-Wechselkursänderungen wie von der neuen Schutzzollpolitik der USA praktisch nicht betroffen wurden.

Entsteht die IG Farben wieder?

Angesichts der hohen Kapitalkonzentration in der Chemieindustrie drängt sich die Frage auf, ob die Bildung einer neuen „IG Farben" möglich ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Fabrikationsanlagen der IG-Farben-Industrie beschlagnahmt. Am 30. November 1945 erließ der Alliierte Kontrollrat sein Gesetz Nr. 9, in dem die Entflechtung der IG angeordnet wurde, „um jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder des Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen". Unter anderem waren die Zerstörung von Anlagen zur Produktion von Rüstungsgütern, die Aufspaltung der Eigentumsrechte an industriellen Anlagen und Vermögen sowie die Liquidierung aller Kartellbeziehungen vorgesehen. Die Chefs der IG wurden verhaftet und 1947 in Nürnberg vor Gericht gestellt. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß weder die Entflechtung der deutschen Chemieindustrie noch die Verfolgung der durch sie begangenen Kriegsverbrechen tatsächlich durchgeführt wurde: Von den 24 angeklagten IG-Vorstandsmitgliedern wurden 10 freigesprochen, die übrigen zu geringen Haftstrafen verurteilt und vorzeitig aus der Haft entlassen. Die Entflechtung beschränkte sich darauf, „die IG nicht zu ‚zerhacken', sondern ‚in einige lebenstüchtige Gesellschaften aufzugliedern'. Die langwierige Entflechtung des Konzerns (die bis heute nicht abgeschlossen ist, d. Verf.) entpuppte sich letzten Endes als seine Reorganisation, mit der die Chemie-Industriellen zufrieden waren ..." [98]).

Dazu erklärte z. B. Karl Winnacker 1953, damals Vorstandsvorsitzender der Farbwerke Hoechst AG: „Wenn es heute gelungen ist, eine völlige Atomisierung zu verhindern und die Aufteilung der IG Farben-Industrie auf möglichst wenige Unternehmen zu beschränken ..., so wollen wir auch dankbar anerkennen, daß

96) „Vorwärts" v. 6. 12. 1973.
97) „Hoechst — für die Presse" v. 25. 4. 1973.
98) Hermann Schreyer, Der IG Farben-Konzern, seine Vorgänger und Nachfolger, „Archivmitteilungen der staatlichen Archivverwaltung der DDR", Potsdam 1966, Nr. 16/4, S. 157.

die Herren der Kontrollbehörden ... sich in vielen Fällen umstimmen ließen und unseren Plänen ... folgten" [99]).

Die drei aus den alten IG Farben entstandenen Blöcke, Bayer, Hoechst und BASF, waren stark genug, um sich schnell wieder an die Spitze der chemischen Industrie der Welt zu schieben. Daß die frühere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Werken der IG weiter fortgesetzt wurde, kündigte Winnacker in seiner bereits zitierten Rede vor der ersten Hauptversammlung nach dem Kriege an: „Wir sind bezüglich der Zulieferung von Vor- und Zwischenprodukten wie auch der Vervollständigung unserer Sortimente im Verkauf eng verknüpft und aufeinander angewiesen. Wir werden eine wirtschaftliche Konkurrenz in Zukunft nur bestehen und unsere volkswirtschaftlichen Verpflichtungen nur erfüllen, wenn der Wettbewerb, der auch segensreiche Folgen haben kann, mit ehrlichen und vernünftigen Mitteln geführt wird. Die enge, zum Teil persönliche Freundschaft von Leitung und Belegschaft, die uns aus gemeinsamer Geschichte miteinander verbindet, wird uns dabei helfen" [100]).

Diese enge Verflechtung von Personen und Kapitalien auch und gerade zwischen den IG-Nachfolgern wurde oben bereits an einigen Beispielen aufgezeigt. Es ist auch offenkundig, daß die drei Konzerne in verschiedenen, sich allerdings überschneidenden Sparten der Chemie tätig sind. Ob die traditionelle Aufteilung bis heute zu einer völlig arbeitsteiligen Produktion geführt hat, läßt sich (noch) verneinen. Einwandfrei erkennbar sind aber die folgenden Produktionsschwerpunkte: Bayer ist der einzige Hersteller von synthetischem Kautschuk, ferner führend in der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln und Fotobedarf. Die BASF gilt als größter Kunststoffproduzent unter den drei Konzernen und hat Schwerpunkte bei Düngemitteln, Tonbändern und Musikkassetten (siehe oben) gesetzt. Hoechst dagegen hat sich stark im Faser-, Pharma- und Reproduktionsgeschäft engagiert und sich ferner auf Chemieanlagenbau und Schweißtechnik spezialisiert [101]).

Auffallend ist ferner, daß die IG-Nachfolger oft in verschiedenen Ländern investieren. Bayer bevorzugt Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Peru, Brasilien, Iran, Indien und Japan, Hoechst dagegen die Niederlande, Österreich, Südafrika, aber auch Frankreich, Brasilien, Indien und Japan. Die BASF hat außer in einigen der bereits genannten Länder auch in Australien und Argentinien investiert. Der „Tausch" von Cassella gegen die Chemischen Werke Hüls wurde bereits erwähnt. Tammer bemerkt zu diesen und ähnlichen Vorgängen: „Die Ende der 60er Jahre durchgeführte Flurbereinigung ... diente vor allem dazu, die arbeitsteiligen Beziehungen zwischen den Konzernen zu erweitern und zu vertiefen, um die damit gegebenen Möglichkeiten verstärkter Konzentration und Rationalisierung für die Erhöhung der Profite und die Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit auszunutzen" [102]).

Wie weit geht die Verflechtung zwischen den IG Farben-Nachfolgern? Ist in nächster Zeit mit einer Neuauflage der IG zu rechnen? Dazu führte Winnacker vor einigen Jahren aus [103]): Ein direkter Zusammenschluß der drei größten deutschen Chemiekonzerne sei „nicht nötig"; eine „Renaissance der IG" würde „eine Flut innenpolitischer und handelspolitischer Probleme hervorrufen" und insbesondere in den USA „einen äußerst negativen Eindruck machen". Eine Wiederherstellung der IG erscheint Winnacker also wegen der Größe der

[99]) E. Bäumler, a. a. O., S. 114.
[100]) E. Bäumler, a. a. O., S. 115.
[101]) Siehe dazu Tammer, a. a. O., S. 49, und Geschäftsberichte der Konzerne.
[102]) H. Tammer, a. a. O., S. 51.
[103]) „Der Volkswirt" v. 23. 1. 1970, zit. nach Tammer, a. a. O., S. 52.

Stammkapitalien nicht notwendig, dennoch ist ein neuer Zusammenschluß immer noch ein Wunschtraum der Manager der Chemieindustrie. Besitzt die westdeutsche Chemie-Branche damit nur oligopolistischen Charakter? Diese Aussage scheint richtig zu sein; denn eine geringe Zahl von Anbietern — nicht nur einer — teilt den größten Teil des Marktes unter sich auf. Daß dieser Konzentrationsprozeß nicht bis zur absoluten Monopolbildung fortschreitet, läßt sich mit ideologischen Rücksichten („Freie Marktwirtschaft", „Preis wird durch Angebot und Nachfrage reguliert") und mit dem bei einer Totalfusion sicheren Eingreifen des Bundeskartellamtes sowie dem zu erwartenden harten Widerstand weiter Bevölkerungsschichten und der Gewerkschaften erklären [104]). Die Preispolitik von Oligopolen ähnelt der von Monopolen: „Zwar ist auch im Oligopol der Preiswettbewerb nie ganz ausgeschlossen; er ist aber schon deshalb unwahrscheinlich, weil er — einmal in Gang gekommen — anders als bei vollständiger Konkurrenz immer das Risiko nicht mehr kontrollierbarer, ja vernichtender Preiskriege impliziert" [105]). Einen solchen Preiskrieg kennen die großen Chemiekonzerne in der Bundesrepublik nicht; eher ist das Gegenteil der Fall: Preisabsprachen, Marktaufteilung und eine bis zu einem gewissen Grade arbeitsteilige Produktion bestimmen den Charakter der Chemieindustrie. Die Fragestellung Oligopol oder Monopol erweist sich damit als sinnlos, denn

— einerseits sind, unternehmensrechtlich gesehen, noch mehrere Unternehmungen vorhanden;

— andererseits sind diese in Kapital und Management bereits wieder so stark verflochten, daß ihnen zusammen eine monopolistische Machtstellung auf dem Chemiesektor in der Bundesrepublik zukommt;

— der scheinbar noch oligopolistische Charakter ist weitgehend von taktischen Erwägungen bestimmt.

Eine für diese Frage recht interessante Entwicklung deutet sich bei Hoechst an: Firmennamen von einigen 100 %igen Töchtern werden zur Zeit liquidiert und firmieren von nun ab unter „Werke der Hoechst AG" [106]). (Wenigstens ansatzweise eine Übereinstimmung von Theorie und Praxis!) Alles in allem bewegen sich Bayer, Hoechst und BASF mitsamt den von ihnen in den vergangenen Jahren vereinnahmten Firmen auf das von dem IG Farben-Gründer Carl Duisberg entworfene Ideal konkurrierender Produktionsstätten innerhalb eines Monopols zu: Es sollen „für jedes wichtige Produkt zwei Betriebe erhalten" bleiben, „die in bezug auf Verbilligung der Verfahren, Verminderung des Verschleißes, Erniedrigung der Spesen und Herabsetzung des Einstandspreises gegeneinander konkurrieren, dabei aber unter einheitlicher Kontrolle stehen und durch Austausch ihrer Erfahrungen und Beobachtungen diese Konkurrenz nivellieren" [107]).

Die geballte Macht der chemischen Industrie (die IG-Nachfolger werden 1974 wohl mehr als 50 Mrd DM umsetzen) beeinflußt die Entwicklung unseres Landes schon heute in einem kaum ermeßbaren Umfang. Es wird immer schwieriger werden, dieser Machtentfaltung, die wie in den 20er Jahren im Chemie-Elektro-Bereich kaum noch durch konkurrierende Kapitalien gehindert wird, entgegenzutreten. Nach den Regeln von Akkumulation und Zentralisation des Kapitals schreitet die Monopolbildung weiter voran, nicht nur im Bereich der Chemieindustrie. Auf die darin liegende politische Gefahr der Verhinderung jedes gesellschaftlichen Fortschritts, der nicht im Interesse der Konzerne liegt, kann nicht oft genug hingewiesen werden.

104) Vgl. Hirsch, a. a. O., S. 45.
105) Hirsch, a. a. O., S. 46.
106) „Frankfurter Rundschau" v. 22. 3. 1974.
107) H. J. Flechtner, Carl Duisberg, Düsseldorf 1960, S. 195.

Die „Humanisierung der Arbeit" und die Arbeitswissenschaft

Von Walter Volpert

„Hat Menschlichkeit je die Beutel der Reichen dicker gemacht?" (Franz Xaver Kroetz) [1]

Der neue Trend: Humanisierung der Arbeit

„Humanisierung der Arbeit", „Menschenwürde im Betrieb", „Menschengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes" — das sind keine neuen Begriffe und Probleme; neu ist jedoch, daß sie zu Schlagzeilen und Buchtiteln werden, sich in Gesetzestexten wiederfinden, Themen aufwendiger Tagungen und Forschungsvorhaben sind. H. O. Vetter, der Vorsitzende des DGB, spricht sogar von grundsätzlichen Veränderungen gewerkschaftlicher Politik: „Lange Zeit wurde das Bild der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit von der Tarif- und Einkommenspolitik her geprägt"; auch die Anstrengungen zur Durchsetzung der Mitbestimmung „richteten sich zunächst auf die formelle, d. h. institutionelle Verankerung der Mitbestimmung in den Betriebs- und Unternehmensorganen ... In den letzten Jahren zeichnete sich jedoch ein bemerkenswerter Wandel ab. Zunehmend rückt eine qualitativ-gesellschaftspolitische Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik in den Vordergrund. Zu einem Kennwort dieses Wandels ist die Bezeichnung ‚Qualität des Lebens' geworden. Im Rahmen der Bemühungen um neue Qualitäten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen kann die Qualität der Arbeit nicht ausgespart bleiben" [2].

Die Gründe für diesen Wandel sind vielfältiger Natur; zu veränderten Auffassungen über die Funktion der Gewerkschaften in der spätkapitalistischen Gesellschaft tritt wohl das zunehmende Bewußtsein von der Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen in dieser Gesellschaft. Hinzu kommt die Erkenntnis der Gewerkschaften in Westeuropa und den USA, daß sich ihre Politik teilweise von den unmittelbaren Bedürfnissen und bisweilen auch von den unmittelbaren Kämpfen der Arbeiterschaft entfernt hatte; die Forderung der streikenden Fiat-Arbeiter nach einer „neuen Art, Autos zu produzieren", war hier wohl ein Signal. Vetter zieht die Schlußfolgerung: „Gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik beginnt im Betrieb und Unternehmen, beginnt bei der Infragestellung der herrschenden Gestaltungsprinzipien in der Wirtschaft ... Die Arbeitsformen sind nicht zwangsläufig und sachnotwendig, sie sind interessenbedingt. In der Forderung nach einer menschengerechten Arbeitswelt liegt — daran kann es kaum einen Zweifel geben — ein gewerkschaftliches Aktionsfeld von zentraler Bedeutung" [3].

Die Rede von der „Humanisierung der Arbeit" beschränkt sich jedoch nicht auf den Bereich der Gewerkschaften, sondern gehört inzwischen zum täglichen Wortschatz der BRD-Politiker. Arbeitsminister W. Arendt erklärt, die Bundesregierung

1) F. X. Kroetz, München, 12. September, „Konkret supplement", 1/73, S. 6.
2) H. O. Vetter, Humanisierung der Arbeitswelt als gewerkschaftliche Aufgabe, „Gewerkschaftl. Monatshefte", 1973, 24, H. 1, S. 1—11, Zitat S. 1.
3) A. a. O., S. 5.

werde „alles daran setzen . . ., die Arbeitswelt humaner zu gestalten" [4]), und F. J. Strauß fordert „eine humane Arbeitswelt.Wir wollen die Erfüllung des einzelnen Menschen, seine Lebenserfüllung an seinem Arbeitsplatz . . ." [5]) In den „Marxistischen Blättern" stellt sich H. Adamo die Frage: „Warum haben sich sogar die Vertreter der reaktionärsten Kreise des Großkapitals diese Formel zu eigen gemacht?" [6])

Regelmäßig und ebenfalls meist zustimmend kommt in diesem Zusammenhang die Rede auf neuere arbeitswissenschaftliche Modelle der Arbeitsgestaltung; Schlagworte wie „job enlargement" und „Abschaffung des Fließbands" stellen sich ein, und auch der Name einer schwedischen Automobil-Firma bleibt nicht unerwähnt (welch ein Erfolg für ihre public-relations-Abteilung!). H. Schelsky kann sich bei seiner Rede vor dem CSU-Parteitag 1973 zwar für den Begriff „Humanisierung der Arbeit" nicht erwärmen („welch akademische Vokabel für die vitalen Interessen handarbeitender Gruppen"), spricht aber von den „durchaus erfolgreiche(n) Versuche(n) . . ., auch die Fließbandarbeit durch individuelle Verfügungsbreite und Selbstdisposition aufzuladen. In all diesen Dingen liegt ein ganz wichtiges Feld einer zu fördernden Betriebspolitik" [7]). BDA-Vorsitzender H. M. Schleyer rechnete schon vor Jahren „Delegation von Aufgaben und Verantwortung" unter „die den demokratischen Lebensformen unserer Zeit entsprechenden Methoden der Führung" [8]). Der Arbeitswissenschaftler G. Rühl spricht vor der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" über „Arbeitsstrukturierung"; die Vorstände der Automobilindustrie in der BRD gründen einen „Arbeitskreis Fließbandarbeit" und führen erste Versuchsmaßnahmen durch. Arendt ruft die Arbeitswissenschaftler auf dem Kongreß ihrer Gesellschaft zur Mitarbeit am „Konzept für die Gestaltung des Arbeitsplatzes der Zukunft" auf. Auf einer Tagung fordert er: „Wenn . . . in der Welt ein Problem erkannt wird, wenn Lösungen diskutiert werden, wie es seit einiger Zeit mit dem Thema ‚Fließbandarbeit' geschieht, dann darf ein Industriestaat wie die Bundesrepublik Deutschland nicht abwarten oder sich beiseite drücken" [9]). Vetter spricht im bereits zitierten Aufsatz von „interessante(n) Ansätze(n), auch wenn sie häufig nicht zum Zwecke der Humanisierung der Arbeit, sondern mit der Absicht der Gewinn- und Ertragssteigerung eingeführt wurden". Die Gewerkschaften müßten prüfen, wieweit Modelle teilautonomer Arbeitsgruppen „Eingang finden können in ihre Konzeption der Mitbestimmung und der Humanisierung der Arbeitswelt" [10]). Sogar V. Brandes meint in der Zeitschrift „links", die genannten Ansätze eröffneten „(objektiv) neue Möglichkeiten der gewerkschaftlichen und politischen Organisierung", nicht ohne dies allerdings später wieder einzuschränken [11]).

Hat hier eine über den Klassen stehende, nur der Humanität verpflichtete Wissenschaft der Menschheit ein Geschenk gemacht, zu dem man nur (mit unterschiedlich großer Begeisterung) Ja sagen kann? Oder finden hier Intensifikation der Arbeit, Manipulation des Verhaltens, Verschleierung von Herrschaft eine neue Form? Um dies zu klären, scheint es notwendig, sich genauer mit Funktion und Geschichte jener Wissenschaft zu beschäftigen, von der solch positive oder negative Leistungen vermutet werden: der Arbeitswissenschaft.

4) W. Arendt, Rede auf dem 19. Arbeitswissenschaftlichen Kongreß der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft e. V. am 14. 3. 1973 in Essen, Schrift der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung Dortmund, Zitat S. 7.
5) Zit. bei H. Adamo, Die Legende von der Humanisierung und Vermenschlichung der Arbeit im Kapitalismus, „Marxist. Blätter", 1974, 12, H. 1, S. 42—48, auf S. 42.
6) A. a. O.
7) H. Schelsky, Die selbständigen und die betreuten Menschen. Rede auf dem CSU-Parteitag, „Frankfurter Rundschau", 3./4. 10. 1973, Zitate aus dem 2. Teil.
8) Zit. bei F. Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, S. 182.
9) Arendt, a. a. O., sowie W. Arendt, Humanisierung des Arbeitslebens, in: Humanisierung des Arbeitslebens, hrsg. v. Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft e. V., Frankfurt/M. 1973, S. 7—15, Zitat S. 15.
10) Vetter, a. a. O., S. 7 und 8.
11) V. Brandes, Abschaffung der Fließbandarbeit?, „links", Nr. 49, November 1973, S. 22—23, Zitat S. 23.

Arbeitsintensifikation und Integration als Ziele der Arbeitswissenschaft

„Arbeitswissenschaftliche" Experimente werden bereits von Karl Marx im „Kapital" berichtet. Während der Debatte um die Verkürzung des bis dahin 12stündigen Arbeitstages verringerten einige Unternehmer freiwillig die tägliche Arbeitszeit auf 11 Stunden, ohne ansonsten etwas am Arbeitsprozeß oder an der Lohnform (Stücklohn) zu verändern. Nach einiger Zeit wurde in 11 Stunden dasselbe Quantum oder sogar mehr produziert als vorher in 12. Die Ergebnisse des Experiments schienen für Kapitalisten *und* Lohnarbeiter vorteilhaft: „Während (die Arbeiter) denselben Lohn empfingen und 1 Stunde freie Zeit gewannen, erhielt der Kapitalist dieselbe Produktenmasse und sparte Verausgabung von Kohle, Gas usw. für eine Stunde." Eine in unserem Zusammenhang sehr wichtige Anmerkung schließt Marx als Fußnote an: „Das moralische Element spielte bedeutende Rolle in den oben erwähnten Experimenten. ‚Wir', erklärten die Arbeiter dem Fabrikinspektor, ‚wir arbeiten munterer, wir denken ständig an die Belohnung, abends früher wegzukommen, und ein tatkräftiger und freudiger Geist durchdringt die ganze Fabrik, vom jüngsten Anstücker bis zum ältesten Arbeiter, und wir können einander viel bei der Arbeit helfen' " [12]).

Ein Arbeitswissenschaftler unserer Tage könnte also erfreut höhere Leistungen und größere Arbeitszufriedenheit durch „humanere" Arbeitsbedingungen feststellen und sähe seine Überzeugung gefestigt, wie überparteilich und für alle Beteiligten vorteilhaft sein Forschen und Handeln doch sei. Den Ort allerdings, an dem von diesen Versuchen berichtet wird, fände er — würde er Marx lesen — wohl recht unpassend. Es handelt sich um das Teilkapitel „Intensifikation der Arbeit" (des Kapitels „Maschinerie und große Industrie" im IV. Abschnitt „Die Produktion des relativen Mehrwerts") [13]). Wir wollen jedoch untersuchen, warum gerade dies an gerade diesem Ort steht, um daraus einen Ansatz zum Verständnis der Arbeitswissenschaft zu gewinnen.

Marx unterscheidet die *extensive* Größe der Arbeit (die im wesentlichen durch die Arbeitszeit bestimmt ist) und den Grad der *Intensität* der Arbeit als Maß ihrer „Verdichtung" durch „vergrößerte Arbeitsausgabe in derselben Zeit, erhöhte Anspannung der Arbeitskraft, dichtere Ausfüllung der Poren der Arbeitszeit" [14]). Art und Grad möglicher *Intensifikation* hängen vom Entwicklungsstand der Produktionsweise ab. „Ein Handwerker, der die verschiedenen Teilprozesse in der Produktion eines Machwerks nacheinander ausführt, muß bald den Platz, bald die Instrumente wechseln. Der Übergang von einer Operation zur andren unterbricht den Fluß seiner Arbeit und bildet gewissermaßen Poren in seinem Arbeitstag. Diese Poren verdichten sich, sobald er den ganzen Tag eine und dieselbe Operation kontinuierlich verrichtet, oder sie verschwinden in dem Maße, wie der Wechsel seiner Operation abnimmt" [15]).

Die Unterwerfung des Arbeiters unter die Maschine in der großen Industrie verringert diese „Poren" weiter. Dabei ging zunächst „die Verlängerung des Arbeitstags Hand in Hand mit der wachsenden Intensität der Fabrikarbeit"; doch kann man offenkundig Extension und Intensifikation der Arbeit nicht gleichzeitig aufs höchste steigern, so daß „ein Knotenpunkt eintreten muß, wo Ausdehnung des Arbeitstags und Intensität der Arbeit einander ausschließen."

Dieser Zusammenhang machte sich als Intensifikations*grenze* spürbar, als der Arbeitstag noch verlängert werden konnte. Sobald aber „die allmählich anschwel-

12) K. Marx, Das Kapital, Erster Band, Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, Berlin (DDR) 1962, Zitat S. 434.
13) A. a. O., S. 431—440.
14) A. a. O., S. 432.
15) A. a. O., S. 360 f.

lende Empörung der Arbeiterklasse den Staat zwang, die Arbeitszeit gewaltsam zu verkürzen", ergab sich aus demselben Zusammenhang die *Möglichkeit und Notwendigkeit* einer größtmöglichen Steigerung der Intensifikation. Die Antwort des Kapitals auf die Einführung des Normalarbeitstags war die „beschleunigte Entwicklung des Maschinensystems". Jedoch tritt „gleichzeitig ... eine Änderung in dem Charakter des relativen Mehrwerts ein. Im allgemeinen besteht die Produktionsmethode des relativen Mehrwerts darin, durch gesteigerte *Produktivkraft der Arbeit* den Arbeiter zu befähigen, mit *derselben* Arbeitsausgabe in derselben Zeit mehr zu produzieren ... Anders jedoch, sobald die gewaltsame Verkürzung des Arbeitstages mit dem ungeheueren Anstoß, den sie der Entwicklung der Produktivkraft und der Ökonomisierung der Produktionsbedingungen gibt, zugleich *vergrößerte* Arbeitsausgabe in derselben Zeit, erhöhte *Anspannung der Arbeitskraft* ... dem Arbeiter zu einem Grad aufzwingt, der nur innerhalb des verkürzten Arbeitstags erreichbar ist" [16]). Bei der Produktion des relativen Mehrwerts sind also *Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit* und *Intensifikation der Arbeit* analytisch zu trennen, wenngleich sie historisch miteinander verbunden sind.

„Es fragt sich nun, wie wird die Arbeit intensifiziert? Die erste Wirkung des verkürzten Arbeitstags beruht auf dem selbstverständlichen Gesetz, daß die Wirkungsfähigkeit der Arbeitskraft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Wirkungszeit steht. Es wird daher, innerhalb gewisser Grenzen, am Grad der Kraftäußerung gewonnen, was an ihrer Dauer verlorengeht. Daß der Arbeiter aber auch wirklich mehr Arbeitskraft flüssig macht, dafür sorgt das Kapital durch die Methode der Zahlung" [17]). Die Verkürzung des Arbeitstages machte also ein neues Intensifikationspotential zugänglich als „subjektive Bedingung der Kondensation der Arbeit". Sobald dies geschehen ist, „wird die Maschine in der Hand des Kapitals zum objektiven und systematisch angewandten Mittel, mehr Arbeit in derselben Zeit zu erpressen. Es geschieht dies in doppelter Weise: durch erhöhte Geschwindigkeit der Maschinen und erweiterten Umfang der von demselben Arbeiter zu überwachenden Maschinerie oder seines Arbeitsfeldes" [18]). Die „Elastizität der Maschinerie" ist also das Mittel, das infolge der „Elastizität der menschlichen Arbeitskraft" [19]) gewonnene Intensifikationspotential voll zu nutzen und die Grenzen der Nutzbarkeit erneut zu überschreiten. „Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Tendenz des Kapitals, sobald ihm Verlängerung des Arbeitstags ein für allemal durch das Gesetz abgeschnitten ist, *sich durch systematische Steigerung des Intensitätsgrades der Arbeit gütlich zu tun und jede Verbeßrung der Maschinerie in ein Mittel zu größrer Aussaugung der Arbeitskraft zu verkehren,* bald wieder zu einem Wendepunkt treiben muß, wo abermalige Abnahme der Arbeitsstunden unvermeidlich wird. Andrerseits überflügelt der Sturmmarsch der englischen Industrie ... während der Periode des zehnstündigen Arbeitstags noch weit mehr ... die Periode des zwölfstündigen Arbeitstags, als letztre ... die Periode des unbeschränkten Arbeitstags" [20]).

Unter den jeweiligen Bedingungen wird also das Aussaugen der Arbeitskraft zu einem solchen Ausmaß getrieben, daß ein Raubbau am Arbeitsvermögen des Proletariats eintritt. Es kommt zum Widerstand der Betroffenen und zu Warnungen „einsichtiger" Vertreter der herrschenden Klasse. Auf der Grundlage weiterentwickelter Produktivkräfte führt dies zu gesetzlichen und „moralischen"

16) Alle Zitate der letzten beiden Absätze a. a. O., S. 432, Hervorhebungen von mir (W. V.).
17) A. a. O., S. 433.
18) A. a. O., S. 434.
19) A. a. O., S. 437.
20) A. a. O., S. 440, Hervorhebung von mir (W. V.).

Einschränkungen der nunmehr „veralteten" Ausbeutungsmethoden. Die veränderte Situation wirkt als Ansporn für die weitere technisch-ökonomische Entwicklung und erzeugt gleichzeitig neue Potentiale der Auspressung von Arbeitskraft, die erschlossen und in einem Ausmaß genutzt werden, das den oberflächlichen „Verlust" gegenüber den vorhergehenden Bedingungen ausgleicht und meist sogar übertrifft. Diese Nutzung erreicht erneut ein Übermaß, so daß wir uns auf einer „höheren Stufe" wieder in der Ausgangssituation befinden.

Eine solche Spirale findet sich auch in anderen Bereichen als dem hier erörterten, man denke etwa an betriebliche und staatliche „Sozialpolitik". Im Rahmen unserer Überlegungen scheint es jedoch sinnvoll, im engeren Bereich der Produktion zu verbleiben und die Weiterentwicklung der „Intensifikation von Arbeit" zu untersuchen. Ihr wesentliches Kennzeichen ist, daß die Verkürzung der Arbeitszeit — und damit die „selbstverständliche" Entstehung neuer Intensifikationspotentiale und deren unmittelbare Nutzung durch Veränderung der Maschinerie — zunehmend (jedoch nie vollständig) an Bedeutung verlieren. An ihre Stelle treten neue Strategien der Erschließung und Nutzung von Intensifikationspotentialen der menschlichen Arbeitskraft.

Alle entsprechenden Maßnahmen laufen auf eine geplante Erhöhung der „Leistungsbereitschaft" und „Arbeitszufriedenheit" des Arbeitenden hinaus, sprechen also Tatbestände an, die wesentlich von der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit bestimmt sind. Sollen die Maßnahmen ihren Zweck erfüllen, so müssen sie stets auch eine politisch-ideologische Funktion haben (auch wenn ihre „Erfinder" und Verfechter dies nicht ausdrücklich sagen oder sogar ableugnen): Sie müssen geeignet sein, die grundlegenden Widersprüche der Produktionsweise verdecken zu helfen, sonst sind sie nicht wirksam. Dies hat eine besondere Stoßrichtung: Die Organisationen der Arbeiterschaft, d. h. hier vor allem die Gewerkschaften, gehen aus Kämpfen gegen übermäßige „veraltete" Ausbeutungsmethoden in der Regel gestärkt hervor, was den Einsatz dieser und neuer Methoden erschwert. Die neuen Strategien nehmen sich deshalb zum Ziel, den einzelnen bzw. die Arbeitsgruppe von diesen Organisationen zu isolieren. Sie wollen einreden, die Arbeiter sollten — nachdem ihre Bedürfnisse durch die Geschenke der Kapitalisten erfüllt seien — auf nunmehr überflüssige Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen verzichten und sich in Betrieb und „Wirtschaftsordnung" einfügen. Die Intensifikationsstrategien sind somit stets gleichzeitig Integrationsstrategien. (Der Umkehrschluß trifft allerdings nicht zu.)

Entwicklung und Durchsetzung der genannten Strategien erfordern die Entstehung neuer Wissenschaftsbereiche. Die Anwendung von Wissenschaft kennzeichnet die große Industrie, die entwickelte kapitalistische Produktionsweise. „Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß, an und für sich und zunächst ohne alle Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, schuf die ganz moderne Wissenschaft der Technologie" [21]). In der weiteren Entwicklung beschränkt sich jedoch die Entfaltung und Anwendung von Wissenschaft nicht auf den naturwissenschaftlich-technischen Bereich, sie erstreckt sich auch auf die Formung, „Pflege" und Verausgabung der menschlichen Arbeitskraft und nimmt damit in neuer Form wieder Rücksicht auf die „menschliche Hand". So entstehen Human- und Sozialwissenschaften, deren Gegenstand menschliche Handlung ist und aus deren Erkenntnissen die herrschende Klasse Handlungsanweisungen ableiten kann. Diese Wissenschaften beziehen sich einmal auf die erweiterte Reproduktion (Wiederherstellung) der

[21]) A. a. O., S. 510.

menschlichen Arbeitskraft, sie haben aber auch den Arbeitsprozeß selbst zum Gegenstand. Ihr Inhalt ist in diesem Fall die systematische Entwicklung arbeitsplatzbezogener Strategien der Intensifikation und Integration im oben angedeuteten Sinne. Ihre Aufgabe ist es, den Kapitalisten und ihren Managern in stets veränderten Situationen neue Methoden der Ausbeutung und der Herrschaftssicherung im Betrieb zu liefern. Damit ist die Zielsetzung der *Arbeitswissenschaft(en)* im Kapitalismus umschrieben. Aus unseren Überlegungen ergibt sich, daß diese Forschungsbereiche

— nur am Rande zur Entfaltung der Produktivkraft der Arbeit beitragen;

— in ihren Modellen und Anwendungsformen vom technisch-ökonomischen Entwicklungsstand mit seinen Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten abhängig sind;

— sich im wesentlichen auf Leistungssteigerung bei einfacher zerstückelter Arbeit beschränken.

Ihre Definition als wissenschaftlicher Zugang zur menschlichen Arbeit liefert jedoch die Rechtfertigungsgrundlage für den Humanisierungsanspruch der Arbeitswissenschaft (und gleichzeitig den Ansatzpunkt für eine neue Arbeitswissenschaft unter veränderten Produktionsbedingungen).

Der Taylorismus und seine „Überwindung"

Unsere Überlegungen hätten sich an der Darstellung einer Sozialgeschichte der Arbeitswissenschaft zu bewähren. Eine solche ist jedoch noch nicht geschrieben; die Arbeit von L. Baritz ist zwar bahnbrechend, aber im Ansatz notwendig noch beschränkt [22]). Auf kritische Sozialwissenschaftler wartet also eine ebenso wichtige wie aktuelle Aufgabe. Die folgenden Angaben sind demgemäß in jeder Hinsicht unvollständig.

Den Beginn der Arbeitswissenschaft kann man — trotz einiger Vorläufer — etwa um die Jahrhundertwende ansetzen. In dieser Zeit entstanden — besonders in den USA — zunehmend marktbeherrschende Konzerne. Dabei wird „das neue Kampffeld der Kosten entdeckt" [23]). „Es wird notwendig, alle Seiten des betrieblichen Kapitalumschlags systematisch zu rationalisieren. Ausdruck hierfür ist (neben vielem anderen) ... das Auftreten der ‚wissenschaftlichen Betriebsführung' ... sowie der modernen Arbeitswissenschaft" [24]). Die Arbeitskämpfe verschärften sich, die Gewerkschaften erzielten die ersten größeren Erfolge, die Löhne stiegen in den Industriestaaten an. Es beunruhigte die Unternehmer und ihre Manager immer mehr, daß ihre „teuren" Arbeiter sich offenbar nicht voll verausgabten und daß die bisherigen Methoden der Überwachung und Kontrolle bei der zunehmenden Größe der Betriebe immer weniger genügten. Die Arbeiter hatten bei ihrer Tätigkeit noch zu großen Entscheidungsspielraum, was zu „überflüssiger" Arbeit und — weit schlimmer — zu „überflüssigen" Pausen führte; zudem „vergeudeten" sie wertvolle Energie im Kampf gegen Manager und Unternehmer. Es war an der Zeit, die Verausgabung der Arbeitskraft selbst — ohne „Umweg" über die Technologie — systematisch zu untersuchen, als in weiten Grenzen steigerungsfähig zu erkennen und schließlich dann auch durch geplante Maß-

22) L. Baritz, The servants of power, Middletown 1960; Baritz beschreibt hauptsächlich die Entwicklung in den USA bis zur vollen Entfaltung der human-relations-Bewegung. (Alle folgenden Zitate übersetzt von W. V.).
23) R. W. Hoffmann, Die systematischen und historischen Voraussetzungen der Arbeitswissenschaften, in: K. Thomas, Analyse der Arbeit, Stuttgart 1969, S. 102—126, Zitat S. 107.
24) W. Hofmann, Wert- und Preislehre, Berlin (West) 1964, Zitat S. 229, zit. bei Hoffmann, a. a. O.

nahmen zu steigern. Der gesamte Arbeitsprozeß sollte der Kontrolle von Management und Kapitalisten in einem vorher nicht gekannten Ausmaß unterworfen und der Arbeiter als mögliche Quelle von Störungen weithin ausgeschaltet werden.

Die neue Arbeitswissenschaft ist untrennbar mit dem Namen F. W. Taylor, aber auch mit denen von F. B. Gilbreth und H. Ford verbunden. Taylor, der frühere Arbeiter, macht seine Position klar: Seinen ehemaligen Kollegen sagt er „unverhohlen", er stehe jetzt „auf seiten des Geschäfts ... Damit begann der Krieg" [25]). Seine Konzeption nennt er „scientific management" („Wissenschaftliche Betriebsführung"); sein Prinzip ist die „Ersetzung der Faustregeln durch wissenschaftlich ermittelte Methoden" [26]). Er faßt die menschliche Arbeitskraft auf nach Art eines elektrischen Stroms: Zuerst gilt es möglichst viel davon freizusetzen, dann möglichst wenig davon zu verschwenden. Das erste geschieht mit Hilfe von Lohnanreizsystemen; das zweite erfordert eine perfektionierte Arbeitsorganisation und -gestaltung. Um den Arbeitern möglichst wenig Gelegenheit zu „Drückebergerei" zu geben, wird deren Tätigkeit auf wenige, stets wiederholte und genau vorgeschriebene Handgriffe beschränkt (die ohne besondere Ausbildung binnen kurzem erlernt werden können), werden ihnen alle Funktionen von Planung und Kontrolle genommen. Statt dessen thront über einer durchrationalisierten Betriebsorganisation ein Arbeitsbüro; jede seiner Maßnahmen soll verstanden werden als eine „durch die Objektivität der Wissenschaft dem Arbeitsbüro oktroyierte Entscheidung ..., die einen Widerstand des Arbeiters schlechterdings sinnlos macht [27]). Die Methoden des Arbeitsbüros sind vor allem „objektive" Zeit- und Bewegungsstudien; für diese werden „erstklassige" Arbeiter ausgewählt und von ihren Kollegen isoliert (damit sie zeigen können, wie schnell es „wirklich" geht).

„All dies verlangt die humane Mitarbeit der Leitung." Denn: „Das Hauptaugenmerk einer Verwaltung sollte darauf gerichtet sein, gleichzeitig die größte Prosperität" (den größten Wohlstand) „des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers herbeizuführen und so beider Interessen zu vereinen" [28]). Taylors System soll gleichzeitig Leistungssteigerung und Betriebsfrieden bringen: In den Betrieben, die danach arbeiten, „hat sich die Produktion pro Mann und Maschine durchschnittlich verdoppelt. Diese ganzen Jahre über ist bei den Leuten, die unter dem neuen System arbeiten, nicht ein einziger Ausstand zu verzeichnen" [29]). „Es wäre absolut unmöglich gewesen, Streit zwischen diesen Leuten und ihren Brotherren zu säen" [30]).

F. B. Gilbreth trägt zur neuen Wissenschaft die genaue Untersuchung der Bewegungen und die Gestaltung von Arbeitstätigkeiten nach dem Grundsatz des „einen besten Weges" bei [31]). H. Ford geht in manchem noch über Taylor hinaus [32]). Die Großserienfertigung, die ihm eine monopolartige Stellung verschafft, bedeutet die Einführung des Fließbandsystems, in welchem der Zwang zur stets wiederholten Ausführung einfacher Handgriffe gewissermaßen wieder in ein technisches System verlegt, zum „Zwang der Sache" gemacht wird. Die Einführung

[25]) F. W. Taylor, Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung (dtsch.), München und Berlin 1919, Zitat S. 52 f., zit. bei Hoffmann, a. a. O., S. 109.
[26]) Taylor, a. a. O., S. 25, zit. bei K.-J. Bruder, Entwurf der Kritik der bürgerlichen Psychologie, in: K.-J. Bruder (Hrsg.), Kritik der bürgerlichen Psychologie, Frankfurt/M 1973, S. 92—217, auf S. 141.
[27]) Hoffmann, a. a. O., S. 122.
[28]) Taylor, a. a. O., S. 73 und 7.
[29]) A. a. O., S. 28 f., zit. bei W. Littek, Industriearbeit und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt/M 1973, S. 21.
[30]) Taylor, a. a. O., S. 75.
[31]) F. B. Gilbreth, Bewegungsstudien (dtsch.), Berlin 1921.
[32]) H. Ford, Mein Leben und Werk (dtsch.), Leipzig 1923.

eines für die damalige Zeit unglaublich hohen Grundlohnes (der „Fünf-Dollar-Tag") verringerte — zusammen mit einer Reihe anderer Maßnahmen zur Propagierung der „Werksgemeinschaft" — die Kündigungsrate auf ein Mindestmaß und sollte ein elitäres Gefühl der Betriebsverbundenheit erzeugen. Ford äußerte über den Erfolg seiner Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitszufriedenheit: „Die Lohnfrage schafft neun Zehntel der psychischen Fragen aus der Welt, und die Konstruktionstechnik löst die übrigen" [33]). Die Werkszeitung „Ford Times" stellt 1916 schließlich fest, die genannten Maßnahmen seien „die allerbeste Investition, die die Gesellschaft je gemacht hat" [34]).

Ford war ein Unternehmer, seine Intensifikations- und Integrationsstrategien waren untrennbarer Teil seiner Investitionspolitik. Der in seinen Möglichkeiten weit eingeschränktere Ingenieur Taylor aber wurde zum (bewunderten und verteufelten) Urvater einer Wissenschaft, der Arbeitswissenschaft, und gab dem „Taylorismus" seinen Namen — einem Begriff, der bald dazu dienen sollte, etwas totzusagen, was sehr lebendig blieb.

Lebendig blieb Taylors Grundkonzept einer Wissenschaft im Rahmen der oben dargestellten Zielsetzung, das folgende Merkmale trägt:

a) Die bestehenden Produktionsverhältnisse werden als unveränderlich und naturgegeben angesehen; ebenso selbstverständlich ist die Unterordnung der Arbeitswissenschaft unter die Interessen des Managements, die auf höhere Leistung und damit höhere Produktivität ausgerichtet sind. „Letzten Endes kommt es darauf an, daß die Arbeitswissenschaft die Unterlagen liefert für eine Steigerung der Arbeitsleistung" [35]). So ist die Literatur voll von Erfolgsberichten über erhöhte Produktivität durch den Einsatz wissenschaftlicher Methoden: Lohn-Arbeitswissenschaft.

b) Die logische Folge ist, daß auch der menschliche Arbeitsvollzug als in seinen Grundmerkmalen gegeben und unveränderlich sowie als vom (selbst nicht beeinflußbaren) „technischen Wandel" abhängig angesehen wird, nicht jedoch als gesellschaftlich-historischer Tatbestand. Die grundsätzliche gesellschaftliche Bedingtheit wird nicht gesehen, wenngleich äußerlich ein „gesellschaftlicher" Einfluß neben anderen Einflüssen zugestanden wird: „Die Arbeitswissenschaft untersucht die Menschen bei ihrer Arbeit unter Berücksichtigung verschiedener Bedingungen aus dem Individuum, der Technik, der Wirtschaft und der Gesellschaft... Dabei stehen für die Arbeitswissenschaft im Mittelpunkt die Beziehungen von Arbeitsergebnis und menschlichem Einsatz" [36]). Lohnarbeit im Kapitalismus wird abstrakt und „naturalisiert" gesehen: Lohnarbeits-Wissenschaft.

c) Es wird davon ausgegangen, daß Arbeiter und Kapitalisten dasselbe Ziel des „Wohlstands" haben, das durch „Wirtschaftlichkeit" erreicht wird: Arbeit muß „auf die Dauer wirtschaftlich sein, sogar noch wirtschaftlicher werden, denn nur auf diese Weise können die notwendigen Mittel für eine Weiterentwicklung der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen in allen Bereichen geschaffen werden" [37]). Innerbetriebliche Auseinandersetzungen haben demnach ihren wesentlichen Grund in Führungsfehlern des Managements (im weitesten Sinne), das sich nicht genügend um die „Arbeitszufriedenheit" seiner Untergebenen kümmert; Stören-

33) Ford, a. a. O., S. 133, zit. bei R. W. Hoffmann, Der Fordismus, in: K. Thomas, Analyse der Arbeit, Stuttgart 1969, S. 213—233, auf S. 222.
34) Zit. bei Baritz, a. a. O., S. 33.
35) H. H. Hilf, Arbeitswissenschaft, München 1957, Zitat S. 26.
36) J.-H. Kirchner und W. Rohmert, Problemanalyse zur Erarbeitung eines arbeitswissenschaftlichen Instrumentariums für Tätigkeitsanalysen, in: J.-H. Kirchner u. a., Arbeitswissenschaftliche Studien zur Berufsbildungsforschung, Hannover 1973, S. 7—48, Zitat S. 9.
37) J.-H. Kirchner, Das emanzipatorische Interesse der Arbeitswissenschaft und ihr Beitrag zur Berufsbildungsforschung, „Zeitschrift für Berufsbildungsforschung", 1972, 1, H.3, S. 1—16, Zitat S. 13.

friede und insbesondere die Störenfried-Organisation der Gewerkschaft ziehen daraus ihren verderblichen Einfluß. „Wo das Management fair ist und flink im Entdecken und Beseitigen von Quellen der Arbeitsunzufriedenheit, ist eine Gewerkschaft nicht nötig" [38]).

d) Der Anspruch auf Un- oder Überparteilichkeit wird mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität untermauert: Man strebt „den Einsatz vorwiegend naturwissenschaftlicher Methoden" an, „deren Ergebnisse ... unter *Zustimmungszwang* stehen (zwingendes wissenschaftstheoretisches Erfordernis, um die Unabhängigkeit arbeitswissenschaftlicher Forschung im sozialpolitischen Spannungsfeld der Anwendung arbeitswissenschaftlicher Ergebnisse zu gewährleisten)" [39]).

Man wird in den dargestellten Merkmalen der Arbeitswissenschaft im Kapitalismus Ausprägungen von Grundkennzeichen „bürgerlicher Wissenschaft" [40]) erkennen, Ausprägungen eben in bezug auf eine Wissenschaft mit ganz bestimmten Aufgaben.

Wenn all dies geblieben ist — und dafür ließen sich viele Beweise finden —, warum wird dann der Taylorismus alle paar Jahre für tot erklärt? Sehr bald kritisierten Psychologen an der „Wissenschaftlichen Betriebsführung", sie „habe versagt, die Industrie leistungsstark genug zu machen" [41]). Und erst kürzlich wurde in einem Bericht für das US-Gesundheitsministerium der Taylorismus „als anachronistisches Prinzip bezeichnet, das immer häufiger als ökonomischer Störfaktor wirksam werde" [42]). Offenkundig geht es nicht um das allgemeine Ziel, sondern um eine Schwäche des Modells. H. Münsterberg, der Vater der Arbeits- und Betriebspsychologie, warf 1912 Taylor völligen „psychologischen Dilettantismus" vor [43]). A. Mayer schreibt 1970 rückblickend: „Daß (Taylor) ... die Schnelligkeit der Bewegungen und die maximale Steigerung der Leistung als Grundprinzip festlegte, verrät die zugrunde liegende Auffassung vom Menschen als einer exakt arbeitenden, bewußtseinslosen Maschine ... Die Reaktionen und Proteste der amerikanischen und europäischen Arbeiter auf diese mechanistische Arbeitsorganisation ... ließ(en) demonstrativ erkennen, daß der konkrete Mensch ein komplexeres Wesen ist, als Taylor es sich gedacht hatte" [44]).

Die „Überwindung des Taylorismus" ist also eine Überwindung gewisser Restriktionen (Beschränktheiten) des Taylorismus; sie stellt die allgemeine Zielsetzung — das Doppel von Intensifikation und Integration — nicht in Frage, sondern setzt dort an, wo Taylor den Produzenten und seine Arbeit zu ungenau erfaßt hatte. „Man kann dem ... stereotyp wiederholten ‚Vorwurf', Taylor ‚berücksichtige' den Menschen nicht, also keineswegs zustimmen. Dies ist als zu einfacher Versuch zu durchschauen, sich verbal abzusetzen von der inhaltlich ungebrochen fortgeführten Position, die bei Taylor eben nur mit naivem Zynismus vertreten, unter der modernen Formel der ‚Anpassung der Arbeit an den Menschen' weiter besteht" [45]).

38) R. N. McMurry, 1944, zit. bei Baritz, a. a. O., S. 202.
39) W. Rohmert, Arbeitswissenschaft und wirtschaftliche Betriebsführung, in: Rationalisierungskuratorium der Dt. Wirtschaft (Hrsg.), Produktivität und Rationalisierung, Frankfurt/M 1971, S. 96—100, Zitat S. 96 f., Hervorhebung von mir (W. V.).
40) Vgl. F. Tomberg, Bürgerliche Wissenschaft, Frankfurt/M 1973.
41) L. Baritz, a. a. O., S. 31.
42) E. Ulich, Die Erweiterung des Handlungsspielraumes in der betrieblichen Praxis, „Industrielle Organisation", 1974, 43, H. 1, S. 6—8, Zitat S. 6.
43) H. Münsterberg, Psychologie und Wirtschaftsleben, Leipzig 1912, englische Übersetzung unter dem Titel „The Psychology of Industrial Efficiency" (!), Boston 1913, zit. bei Baritz, a. a. O., S. 36.
44) A. Mayer, Die Betriebspsychologie in einer technisierten Welt, in: Handbuch der Psychologie, 9. Band, Göttingen 1970², S. 3—55, Zitat S. 17.
45) Bruder, a. a. O., S. 142.

Taylors Fehler bestand darin, daß er den Menschen für eine Maschine hielt und glaubte, die Motive (Beweggründe) menschlichen Handelns seien ausschließlich ökonomischer Natur, also auf Geld und Besitz gerichtet. Es blieben ihm somit Intensifikationspotentiale verschlossen. Sie zu eröffnen, war Aufgabe neuer Forschungsrichtungen wie Arbeitsphysiologie, Arbeitspsychologie und (betriebsbezogene) Industriesoziologie. Für sie alle gilt, was R. Dahrendorf von der letzteren sagt: „An der Widerlegung der falschen Voraussetzungen Taylors hat diese Disziplin sich entwickelt" [46]).

Der Taylorismus setzte sich auch sozusagen unmittelbar fort; ein zweiter Strang der Arbeitswissenschaft läßt sich als Verfeinerung des Taylorismus auffassen. Ungeachtet aller Proteste und „Überwindungen" haben sich nämlich die Modelle der Arbeitszergliederung und der leistungsbezogenen Lohnfestsetzung stets weiterentwickelt. So gründeten Unternehmer 1924 in Deutschland den „Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung" (REFA). Dies hatte „mit der Verfolgung eines ‚gerechten Arbeitslohnes' zugleich zum Ziel, über die Einführung von Zeitakkorden die Verhandlungsspielräume der Gewerkschaften und Betriebsräte beim klassischen Geldakkord zu beseitigen" [47]). Der durch den Schein naturwissenschaftlicher Objektivität erzeugte „Zustimmungszwang" wird hier also sehr konkret: „Das wird aber von REFA geregelt, also müssen wir uns daran halten", äußert ein Betriebsrat über ein allgemein als sehr hoch empfundenes Soll-Arbeitstempo [48]).

Dieser Bereich wird vor allem vom — nach dem Zweiten Weltkrieg wiedergegründeten — REFA-Verband sowie von den Lehrstühlen für Arbeitswissenschaft an technischen Fachbereichen Technischer Universitäten fortgesetzt. Bemerkenswerte Entwicklungen sind die „Analytische Arbeitsbewertung" sowie die „Systeme vorbestimmter Zeiten" (z. B. MTM, Work Factor), durch welche „wissenschaftlich" Lohnstufen und Vorgabezeiten festgestellt werden und welche vom Grundansatz her keinen Verhandlungsspielraum zulassen; die Verfahren selbst werden mit geeigneten Mitteln möglichst undurchschaubar gemacht. Die Funktion dieser Bereiche der Arbeitswissenschaft dürfte sein, jene Intensifikationspotentiale „tayloristisch" zu nutzen, welche die Überwindung der Restriktionen des Taylorismus neu erschließt.

Diese Überwindung — welche menschliche Arbeitskraft und -verausgabung als spezifisch menschliche zu fassen sucht — kann in aller Kürze als Intensifikation durch Optimierung, durch Erleichterung, durch Verringerung der Belastung bezeichnet und der Verfeinerung des Taylorismus gegenübergestellt werden, welche weiterhin die Intensifikation durch Maximierung, durch Belastungssteigerung anstrebt; dies jedoch auf dem Entwicklungsstand der Intensifikation durch Optimierung. Die „traditionellen" Ansätze der Arbeitswissenschaft werden somit von den „jüngeren" Forschungsbereichen beeinflußt und teilweise verändert, was sich etwa in den neuen Auflagen der REFA-Bücher niederschlägt; sie haben ihrerseits — und sei es nur durch abermaliges „Überdehnen der Grenzen" — wiederum Einfluß auf die genannten jüngeren Bereiche. Die von uns vorgenommene Scheidung darf also keineswegs überbewertet werden. Wir gehen jedoch davon aus, daß die Erschließung neuer Intensifikationspotentiale von der traditionellen Arbeitswissenschaft auf „jüngere" Gebiete wie vor allem die psychologischen und soziologischen Forschungsrichtungen übergegangen ist. Deren Entwicklung soll im folgenden skizziert werden.

46) R. Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin (West) 1965³, Zitat S. 28.
47) H. Pornschlegel, Arbeitsstudien zwischen Normenvollzug und Mitbestimmung, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1973, 24, H. 1, S. 68—72, Zitat S. 69.
48) Zit. bei C. Oppelt, G. Schrick und A. Bremmer, Gelernte Maschinenschlosser im industriellen Produktionsprozeß, Berlin (West) 1972, S. 31.

Die stufenweise Erschließung neuer Intensifikationspotentiale

Sie läßt sich in drei Stufen darstellen, wobei auf jeder Stufe gewissermaßen eine neue Dimension der wissenschaftlichen Erfassung menschlicher Arbeitskraft und der Möglichkeiten ihrer Intensifikation unter kapitalistischen Produktionsbedingungen hinzugewonnen wird: der *individual-, der gruppen- und der aktionswissenschaftliche Ansatz.* Besonders sei darauf hingewiesen, daß keine plötzlichen Übergänge angenommen werden dürfen; zudem „trocknen" auch hier die jeweils älteren Ansätze keineswegs „aus", sondern werden bis in die Gegenwart hinein weiter bearbeitet und differenziert. Die jeweils neu hinzugewonnene Dimension ist jedoch Ergebnis bestimmter äußerer und innerer Entwicklungsbedingungen der Arbeitswissenschaft.

Auf der *individualwissenschaftlichen Stufe* wird die Besonderheit menschlicher Arbeitsverausgabung durch die Gegenüberstellung des einzelnen und seines Arbeitsplatzes und das Konzept der wechselseitigen „Anpassung" zu fassen versucht; hieraus entstehen Forschungsgebiete der Arbeitsmedizin und -physiologie sowie der Arbeitspsychologie, wobei hier auf letztere der Schwerpunkt gelegt werden soll. Taylors (theoretische und praktische) Isolierung des einzelnen und seines Arbeitsplatzes bleibt unhinterfragt; wie weit dem psychologischen Ansatz allgemein die tayloristischen Eierschalen anhaften, mag die in Deutschland damals übliche Bezeichnung „(industrielle) Psychotechnik" zeigen.

Taylors Konzeption öffnete den Weg für die Arbeitspsychologie. Der Manager entdeckte, daß „eine sorgfältige Studie (des) ‚menschlichen Faktors' sich in Dollars und Cents auszahlt" [49]), und der Psychologe erkannte, wenn er der Industrie helfen wolle, dann müsse er „help make money" [50]). Die ersten wesentlichen Anstöße zu dieser Forschungsrichtung kamen von Münsterberg, der in Deutschland wie in den USA arbeitete und davon überzeugt war, eine auf das Management ausgerichtete Humanwissenschaft sei für alle Seiten von Nutzen [51]).

Die Stunde der Arbeitspsychologie schlug in den USA, als während des Ersten Weltkriegs hohe Produktionsaufgaben, knapper Arbeitsmarkt, rasch zunehmende Stärke der Gewerkschaften (deren Mitgliederzahl sich in dieser Zeit verdoppelte) sowie erhebliche Widerstände gegen die Einführung tayloristischer Methoden Unternehmern und Managern zu schaffen machten, während gleichzeitig im militärischen Bereich in großem Umfange und mit beeindruckenden Erfolgen Formen bzw. Vorformen der Intelligenz-, Eignungs- und Persönlichkeitsdiagnostik entwickelt und eingesetzt wurden. Nach 1918 verschwand der Engpaß auf dem Arbeitsmarkt, ohne daß sich die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen verschlechtert hätten; das Management entwickelte eine auf „Betriebsgemeinschaft" und alle möglichen Geschenke und Annehmlichkeiten ausgerichtete Personalpolitik, welche bei steigendem Lebensstandard den Einfluß der Gewerkschaften wieder eindämmen sollte. In Deutschland erhoffte man sich von der „Psychotechnik" eine wesentliche Förderung beim Wiederaufbau der Industrie. Unter diesen Umständen fanden die Industriepsychologen (-physiologen, -mediziner) viele Ansatzpunkte, ihre Ideen zu verkünden, stießen auf großes Interesse seitens der Unternehmer und ihrer Manager und erschlossen sich somit ein breites Arbeitsfeld.

49) F. H. Rindge, 1913, zit. bei Baritz, a. a. O., S. 35.
50) E. Frost, 1920, zit. a. a. O., S. 61.
51) A. a. O., S. 36 ff.

Beim individualwissenschaftlichen Ansatz lassen sich drei Teilgebiete unterscheiden:

a) Zuerst sei die Verwertung der Erkenntnis von allgemeinen psychobiologischen Merkmalen der menschlichen Arbeitskraft genannt, etwa durch Anpassung der konkreten Arbeitsbedingungen an Gesetzmäßigkeiten der körperlich-geistigen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft. Ein typisches Beispiel hierfür ist das Thema „Arbeitszeit und Arbeitspausen". Die Vorgehensweise bei Untersuchungen zur Arbeitszeit wurde bereits weiter oben dargestellt; außerdem geht es darum, Befunde über die Vorgänge von Ermüdung und Erholung durch die Einführung „lohnender Arbeitspausen" nutzbar zu machen; dies sind organisierte Kurzpausen, durch welche die Gesamttagesleistung gesteigert und die entsprechende Belastung durch die Arbeit gesenkt werden kann. Häufig wird eine fünfminütige Pause pro Arbeitsstunde empfohlen. O. Graf u. a. nehmen zur Forschung auf diesem Gebiet zusammenfassend Stellung: „Zur Technik der rationellen Arbeit gehört seit Gilbreth ‚der eine beste Weg', sie zu tun, aber er besteht nicht nur im Erlernen der rationellsten Handgriffe, sondern nicht weniger im Forschen, wie man die Arbeitskraft am schonendsten für die Menschen und am ökonomischsten für die Wirtschaft über den Tag verteilt ... Gerade die Beispiele aus der Praxis ... können eine Vorstellung davon geben, welche Verluste unsere Wirtschaft durch die Vernachlässigung dieser Seite der Arbeitsgestaltung erleidet" [52]).

b) Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand jedoch die Verwertung der Erkenntnis, daß menschliche Arbeitskraft interindividuell (zwischen den Personen) verschieden ist — nach dem Motto jenes amerikanischen Kapitalisten, der meinte, sein Erfolg wäre riesig, wenn man nur einen Weg finden könnte, Arbeiter auszulesen, die halb so gut seien wie seine Maschinen [53]). Es geht also um die Auslese und Plazierung von Bewerbern, um das Finden „viereckiger Klötze für viereckige Löcher". Dabei soll nicht nur nach Fähigkeiten und Kenntnissen, sondern auch nach Eigenschaften und Einstellungen ausgelesen werden, um „Unangepaßte" und „Störenfriede" (z. B. solche, die die Belange der Arbeiterschaft entschieden vertreten) auszuscheiden; allgemein kommt es darauf an, „die Schafe von den Böcken zu trennen" [54]). Die Wissenschaft — die inzwischen komplexe Plazierungs- und Entscheidungsmodelle entwickelt hat [55]) — spricht solches nicht an, schließt es allerdings auch nicht aus.

c) Ein drittes Forschungsgebiet dieses Ansatzes ist die Verwertung der Erkenntnis, daß menschliche Arbeitskraft in der Zeit veränderlich und beeinflußbar ist. Hier geht es vor allem um industrielle Anlernprozesse. Zwar ist es ein tayloristischer Grundsatz, die Arbeitsvorgänge so einfach zu gestalten, daß sie „der dümmste Mensch in zwei Tagen lernen kann" [56]), doch bedeuten auch diese (nebenbei selten erreichten) zwei Tage einen Produktionsverlust. Der Forschung auf dem Gebiet des sensumotorischen Lernens geht es also um die Verkürzung der Anlernzeit (nicht um eine allgemeine Vermehrung des Gelernten). Einen gewissen Höhepunkt stellen hierbei die Methoden nach W. D. Seymour dar, die man auch als „Elemententraining" bezeichnet. Ihr Prinzip ist die tayloristische Zergliederung des zu lernenden Arbeitsvorgangs, wobei man dann z. B. das Üben von Bewegungselementen einsparen kann, die bereits gelernt sind (etwa „Hinlangen" oder „Transportieren") [57]).

52) O. Graf, bearb. v. J. Rutenfranz und E. Ulich, Arbeitszeit und Arbeitspausen, in: Handbuch der Psychologie, 9. Band, Göttingen 1970², S. 244—277, Zitat S. 275.
53) W. F. Kemble, 1916, zit. bei Baritz, a. a. O., S. 35.
54) J. B. Watson, 1927, zit. a. a. O., S. 73; vgl. auch S. 131.
55) Vgl. A. O. Jäger, Personalauslese, in: Handbuch der Psychologie, 9. Band, Göttingen 1970², S. 613—667.
56) H. Ford, zit. bei E. Ulich, Arbeitswechsel und Aufgabenerweiterung, „REFA-Nachrichten", 1972, 25, H. 4, S. 265—275, auf S. 266.
57) Zur Kritik dieses Forschungsbereichs vgl. auch W. Volpert, Sensumotorisches Lernen, Frankfurt/M

Alle genannten Forschungsbereiche haben mit beeindruckenden Daten über Produktionssteigerungen bzw. Einsparungen und entsprechende Belastungsverminderungen aufzuwarten. Dennoch wurden auch die Grenzen dieses Ansatzes (abgesehen von methodischen Problemen) sichtbar, als erkannt wurde, daß Leistungsfähigkeit und tatsächliche Leistung einander nicht oder nicht immer entsprechen [58]; dies geschah in einer berühmt gewordenen Untersuchung in den USA.

Sie fand ab 1924 im Hawthorne-Werk eines Zweigunternehmens des Konzerns „American Telephone & Telegraphe Company" statt, einer Firma, die ebenso gewerkschaftsfeindlich [59]) wie den Fortschritten der Arbeitswissenschaft aufgeschlossen war. Die ursprüngliche Idee war, Einflußgrößen zu untersuchen, wie sie für die individualwissenschaftliche Stufe typisch sind; insbesondere ging es dabei um die Beleuchtung. Die Forscher bildeten zwei Gruppen und erhöhten in der einen ständig die Lichtstärke, in der anderen blieb sie gleich. Wie erwartet, stieg in der ersten Gruppe die Leistung; überraschenderweise geschah dies jedoch auch in der zweiten Gruppe, und auch dann noch, als in beiden Gruppen die Beleuchtung vermindert wurde, bis sie schließlich nur noch die Stärke des Mondlichts hatte. Dieses Ergebnis faszinierte das Management und verwirrte die Wissenschaftler. Ohne Klärung der Angelegenheit versuchten sie es in neuen Experimenten mit einer Reihe anderer bekannter Faktoren, z. B. organisierten Arbeitspausen. Schließlich entdeckte man, daß die Versuchsgruppen tatsächlich *Gruppen* geworden waren, deren Mitglieder sich im Mittelpunkt des Interesses fühlten und enge zwischenmenschliche Beziehungen aufgebaut hatten. In einer weiteren Versuchsreihe fand man, daß es solche „ungeplanten" Gruppenbildungen auch sonst im Betrieb gab und daß sie das Verhalten und vor allem die Leistungen der jeweiligen Mitglieder weit mehr bestimmten, als das etwa die Fähigkeiten des einzelnen taten.

Die sich daraus ergebende „Leistungszurückhaltung" war auch der Ausgangspunkt von Taylors Bemühungen gewesen; er wollte ihr jedoch durch genaue Arbeits- und Zeitvorschriften sowie Lohnanreizsysteme begegnen und dadurch die Gruppe zersplittern. Dies erwies sich als unvollkommen: das „Bremsen" wurde — gerade in einer Zeit relativer Schwäche der Gewerkschaften — zur Hauptwaffe der Arbeiter gegen die (auf der Grundlage der Erkenntnisse der individualwissenschaftlichen Stufe) immer mehr zunehmende tayloristische Arbeitsintensifikation. Im Boom vor der großen Depression 1929 wurde die Leistungszurückhaltung zu einem Hauptproblem für Unternehmer und Manager.

Mit den Hawthorne-Experimenten, mit der Anerkennung der „zwischenmenschlichen Beziehungen" (human relations) als wesentlicher und unumgänglicher Faktor bei Intensifikations- und Integrationsstrategien, beginnt die zweite, die *gruppenwissenschaftliche Stufe* der Arbeitswissenschaft, soweit sich diese als Überwindung von Restriktionen des Taylorismus versteht; mit den Kerngebieten Betriebssoziologie und Sozialpsychologie des Betriebs (Betriebspsychologie). Die Entdeckung der „informellen", durch die Arbeitsorganisation nicht geplanten Beziehungen und damit der Vielfalt menschlicher Arbeitsmotivation erschloß Möglichkeiten der „Umfunktionierung" dieser Gruppen. „Da die informelle Organisation einer natürlichen Bedingung menschlicher Motivierung entspreche, ge-

1973²; W. Volpert, Anmerkungen zu Entwicklung und Funktion der Forschung auf dem Gebiet des sensumotorischen Lernens, „Sportwissenschaft", 1972, 2, H. 4, 393—407.

58) Baritz, a. a. O., S. 94.

59) A. a. O., S. 106.

biete die Klugheit, die informellen Gruppen nicht zu zerschlagen oder zu behindern, sondern zu fördern und für die Unternehmensziele zu gewinnen" [60]). Dies ermöglicht einen neuen Zugang zur Steuerung der Einzelleistung durch die Arbeitsgruppe; ein solcher Zugang kann ein wesentliches Widerstandspotential verringern, Leistungszurückhaltung vermindern und den Einfluß der Gewerkschaftsorganisation schwächen: dann, wenn die Arbeitsgruppe in ihren Zielsetzungen „umgedreht", „konstruktiv" gemacht wird und die „Bedürfnisse" ihrer Mitglieder Berücksichtigung finden.

E. Mayo, der führende Wissenschaftler der Hawthorne-Experimente, wird von Baritz als ein Mann beschrieben, der stets bemüht war, „das Management zu überzeugen, daß er dessen Probleme kannte, dessen Bedürfnisse und Nöte verstand und mit dessen Zielen sympathisierte" [61]). Nach demselben Autor kennzeichnet die gesamte Gruppe um Mayo eine „Anti-Gewerkschaft-, Pro-Management-Einstellung"; für Mayo bedeutete Zusammenarbeit in der Industrie, daß „die Arbeiter tun sollten, was das Management sagte" [62]); jedes andere Verhalten schien ihm unlogisch und unvernünftig, Folge der Vernachlässigung zwischenmenschlicher Beziehungen durch das Management.

Der Erfolg eines solchen Konzepts blieb nicht aus: Die Versuche bewirkten Produktionssteigerungen und erreichten, „daß eine Solidarisierung der Arbeiterschaft als potentieller Machtfaktor verhindert wurde und keinerlei nationale Gewerkschaften sich in den Hawthorne-Werken organisieren konnten" [63]).

Ein Teil des Hawthorne-Experiments mußte mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise abgebrochen werden; die Fragestellung blieb jedoch aktuell und trat gegen Ende der 30er Jahre bis hin zur Nachkriegszeit — Zeiten zunehmender Machtfülle des US-Kapitals bei relativer Stärke der Gewerkschaften — wieder besonders in den Vordergrund. H. Ford II erklärt 1946: „Wenn wir das Problem der zwischenmenschlichen Beziehungen in der industriellen Produktion lösen können, dann können wir in den nächsten zehn Jahren einen solchen Fortschritt in Richtung auf Kostensenkung machen, wie wir ihn im letzten Vierteljahrhundert durch die Entwicklung der Maschinerie der Massenproduktion gemacht haben" [64]). „In den Spitzenpositionen der Unternehmen", meint 1936 Mayos Mitarbeiter T. N. Whitehead, „befinden sich viele der allerbesten Köpfe des Landes, und es ist gut möglich, daß sie sich der Aufgabe gewachsen zeigen, den Organismus der Industrie auf Linien hin anzupassen, die für die Beteiligten befriedigender sind; wenn dies geschieht, dürften die Gewerkschaften ihre Mitglieder verlieren" [65]). In aufwendigen Programmen meist besonders gewerkschaftsfeindlicher Konzerne wurde das Forschungsgebiet ausgedehnt auf die Untersuchung der „Arbeitseinstellung", „Arbeitsmotivation" und „Arbeitszufriedenheit". Man erhoffte sich Hinweise zur Vermeidung von Auseinandersetzungen und sah in der Durchführung und der Veröffentlichung der Ergebnisse (die meist auf hohe „Arbeitszufriedenheit" hindeuteten) bereits ein Befriedungsmittel. Als wesentlicher Bestandteil zwischenmenschlicher Beziehungen wurde der richtige „Führungsstil" hervorgehoben; in zahllosen Seminaren und mit immer ausgeklügelteren Methoden wurden „Führungskräfte", vor allem der unteren und mittleren Ebene, darauf getrimmt, sich um ihre Untergebenen zu kümmern, deren Be-

60) H. Stirn, Die Arbeitsgruppe, in: Handbuch der Psychologie, 9. Band, Göttingen 1961, 487—510, Zitat S. 493.
61) Baritz, a. a. O., S. 109.
62) A. a. O., S. 113.
63) W. Littek, Industriearbeit und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt/M 1973, Zitat S. 29.
64) Zit. bei Baritz, a. a. O., S. 191.
65) Zit. a. a. O., S. 123.

dürfnisse nach Anerkennung und Information zu berücksichtigen, sich nicht „autoritär", sondern „demokratisch" zu verhalten usw. Schließlich propagierte man sogar die „Partizipation", die Mitwirkung der Arbeitsgruppe an Entscheidungen; eine Mitwirkung freilich, die unter den gegebenen Machtverhältnissen darauf hinauslief, „die Arbeiter zum Akzeptieren dessen zu bringen, was das Management wollte, aber ihnen das Gefühl zu geben, daß sie die Entscheidung gemacht oder dabei mitgeholfen haben" [66]). Für all diese Methoden konnten in beeindruckenden Tabellen und Abbildungen beeindruckende Steigerungen von Produktion und Arbeitszufriedenheit nachgewiesen werden, wobei man verstärkt indirekte Leistungskriterien wie Fluktuation (Kündigungsrate) und Fehlzeiten (unentschuldigtes oder durch Krankheit bedingtes Fehlen) heranzog.

In der BRD ist eine Übernahme der „human relations"-Konzepte erst etwa ab Mitte der 50er Jahre festzustellen, als die „Gründerzeit" des wieder etablierten westdeutschen Kapitalismus vorbei war und man sich einer Reihe von Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gegenübergestellt sah. Eine besondere deutsche Variante ist dabei das an der „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft" [67]) propagierte „Harzburger Modell"; sein Grundkennzeichen ist, daß Verantwortung in möglichst breitem Umfang an niedrigere Positionen delegiert wird, wobei alle wesentlichen Kontrollmöglichkeiten beim jeweiligen Vorgesetzten verbleiben („Führung im Mitarbeiterverhältnis").

„Human relations" erwiesen sich lange Zeit als ein ebenso zugkräftiger wie wirksamer neuer Ansatz der Arbeitswissenschaft, dessen Segnungen unbestreitbar schienen. Doch erhoben sich in den letzten Jahren auch hier Zweifel, ob das Konzept nicht zu begrenzt sei. Man begann sich zu fragen, ob es mit einem freundlichen Lächeln des Vorgesetzten wirklich getan sei, ob nicht etwas Richtiges sei am derben Witz der Parole in einer Gewerkschaftszeitung: „Trotz Lohnraub und Arbeitshetze — wir lieben euch. Der Boß" [68]). Solche Zweifel halfen den gruppenwissenschaftlichen Ansatz weiterentwickeln (etwa in Richtung auf eine „Organisationssoziologie" bzw. „-psychologie"), sie warfen aber auch die Frage auf, ob nicht ein wesentlicher Bereich menschlicher Arbeitsverausgabung noch unerschlossen sei, der gruppenwissenschaftliche Ansatz nicht eine Dimension möglicher Intensifikation und Integration unentdeckt gelassen habe.

Im Jahre 1943 hatte der Präsident von IBM ein schreckliches Erlebnis: Während eines Rundgangs durch ein Werk entdeckte er eine Arbeiterin, die nichts tat. „Obwohl sie ihre Maschine selbst einrichten konnte, wartete die Arbeiterin auf einen Einrichter, da das Einrichten nicht zu ihren Aufgaben gehörte. Sie hätte — nach ihren Aussagen — auch ihre Arbeit selbst kontrollieren können, aber dafür wiederum war ein Fertigungskontrolleur zuständig." Man ergriff sofort Maßnahmen, um das Einrichten und Kontrollieren den Arbeitern zu übertragen. „Innerhalb weniger Monate wurde dieser Plan realisiert, so daß eine Reihe von Abteilungen ... tatsächlich ohne Einrichter und Kontrolleure arbeiten konnten" [69]). Später wurde über diese Maßnahmen berichtet, sie hätten „Senkung der Produktionskosten und Verbesserung der Produktionsqualität" sowie „größere Zufriedenheit und höhere Löhne" zur Folge gehabt [70]). 1954 berichtet das Wall Street Journal auf der Titelseite über die Versuche und erzählt dabei die Geschichte

[66]) W. H. Whyte, 1952, zit. a. a. O., S. 188.
[67]) Vgl. hierzu: M. Boni u. a., Kaderschule für das Kapital, Informationsbericht Nr. 10 des IMSF, Frankfurt/M 1972.
[68]) Zit. bei Baritz, a. a. O., S. 175.
[69]) E. Ulich, Arbeitswechsel und Aufgabenerweiterung, „REFA-Nachrichten", 1972, 25, H. 4, 265—275, Zitat S. 267.
[70]) C. R. Walker, 1950, zit. a. a. O., S. 268.

eines Mannes, der „seinen Aufstieg von einem Schrauben anziehenden Roboter zu einem Arbeiter mit vielfältigen Aufgaben und Verrichtungen einer Bewegung (verdankt), die man Job Enlargement nennt" [71]).

Taylor war bei seinen Bemühungen, das Größtmögliche an Arbeitsverausgabung durch vollkommene Arbeitszerteilung herauszupressen, offenbar übers Ziel hinausgeschossen; er hatte die Arbeit soweit zerstückelt, daß sie den besonderen Bedingungen menschlicher Arbeitsverausgabung nicht mehr entsprach. Es scheint einen „in bezug auf Wirkungsgrad — und Zufriedenheit — optimale(n) Komplexitätsgrad" menschlicher Tätigkeit [72]) zu geben. Die neue Strategie kleidet sich in die Frage: „Kann man vielleicht eine Produktivitätssteigerung erzielen, indem man die Grundsätze der Spezialisierung umkehrt?" [73])

Dieser Wandel vollzieht sich in einer gewandelten Situation, wie sie sich bereits in der Kriegsproduktion angebahnt hatte. Der hohe Entwicklungsstand und die hohen Kosten von Anlagen und Maschinen erfordern „Veränderungen der technologischen und sozialen Organisation des industriellen Großbetriebes" [74]). Die einfache, sich stets wiederholende und unmittelbar kontrollierbare Arbeitstätigkeit nimmt immer mehr ab zugunsten von Bedien-, Steuerungs- und Überwachungstätigkeiten [75]), welche einen — wenn auch beschränkten — Dispositionsspielraum erfordern. Die „Sicherung und Erhaltung der Kapitalrentabilität" verlangt eine „Mobilisierung der Reserven an Initiative, Leistung und Verantwortung in den Betrieben"; diese erfordert „neue Organisationsformen und -modelle ...„ die zugleich einerseits die bisherige betriebliche Herrschaft und Zielsetzung bewahren können, andererseits ... hinreichend große Entfaltungsräume innerhalb dieser Herrschaftsbeziehungen schaffen" [76]). Die traditionelle Arbeitswissenschaft sieht sich in einer Krise: Der stets verfeinerte Grundsatz der Entlohnung nach der Leistung des einzelnen wird immer fragwürdiger; „Leistungslöhne bedeuten keine individuellen Arbeitsanreize mehr, sie sollen vielmehr Maßstab sein für den Beitrag der Arbeiter zur Produktivität der Betriebe" [77]). Zeit- und Bewegungsstudien, in den „Systemen vorbestimmter Zeiten" unter großem Aufwand unmittelbarer Kontrolle durch die Betroffenen entzogen, erfassen die neuen Arbeitsplätze immer weniger und rufen immer stärkeren Protest der Belegschaften gegen Arbeitshetze und Akkordschraube hervor. Erwartungen, Selbstsicherheit und teilweise auch Organisationsgrad der Arbeiter sind gestiegen, die Kämpfe wenden sich zunehmend auch den unmittelbaren Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsinhalt zu [78]). Die Forderungen nach demokratischer und Arbeiterkontrolle — deren spezifischer Ausdruck in der BRD die Mitbestimmungsforderung ist — werden nachdrücklicher vertreten, die Kapitalisten sehen „Anarchie" und „Gewerkschaftsstaat" heraufziehen. Es ist Zeit für eine neue Strategie der Intensifikation und Integration.

Von dieser neuen Strategie war bereits in den einführenden Bemerkungen unseres Textes die Rede. Sie wendet sich von der „Sozialtechnik" wieder zurück auf die aktuelle Arbeitstätigkeit. Diese Rückwendung vollzieht sich jedoch auf einer

71) Zit. a. a. O.
72) E. Ulich, Die Erweiterung des Handlungsspielraums in der betrieblichen Praxis, „Industrielle Organisation", 1974, 43, H. 1, S. 6—8, Zitat S. 6 f.
73) L. E. Davis, 1957, zit. bei Ulich, Arbeitswechsel . . ., S. 270.
74) F. Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M 1969, S. 251.
75) Der Trend ist allerdings keineswegs einheitlich und auch nicht mit allgemeiner Qualifikationserhöhung verbunden; vgl. L. Peter, Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus, „Sozialistische Politik", 1973, 5, H. 26, S. 7—24.
76) M. Helfert, Probleme und Gefahren der Arbeitsgestaltung, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1973, 24, H. 1, S. 40—51, Zitat S. 46.
77) U. Schumm-Garling, Herrschaft in der industriellen Arbeitsorganisation, Frankfurt/M 1972, Zitat S. 121.
78) Vgl. z. B. Deppe u. a., a. a. O., Kap. XI; F. Vilmar (Hrsg.), Menschenwürde im Betrieb, Reinbek 1973, Kap. IV.

höheren Stufe als beim individualwissenschaftlichen Ansatz; auf einer Stufe, die dessen Weiterentwicklung sowie die Entfaltung und Anwendung der gruppenwissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt. Der neue Zugang zu Intensifikation und Integration bedarf somit der Begründung in einer (mehr oder weniger ausgearbeiteten) Theorie des Arbeitshandelns. Wir sprechen deshalb von der *aktionswissenschaftlichen Stufe* in der Entwicklung der Arbeitswissenschaft.

Eine Formulierung wesentlicher Grundlagen dieser Stufe findet sich in G. Friedmanns Buch „Grenzen der Arbeitsteilung" [79]). E. Ulich führt den Begriff des „Handlungsspielraums" ein und unterscheidet — im Anschluß an F. Fürstenbergs Differenzierung von horizontaler und vertikaler Spezialisierung (Arbeits- und Vollmachtenteilung) [80]) — zwei Dimensionen dieses Handlungsspielraums: die waagerechte des „Tätigkeitsspielraums" und die senkrechte des „Entscheidungs- und Kontrollspielraums". Die neuen Maßnahmen werden als „Erweiterung des menschlichen Handlungsspielraumes" gekennzeichnet [81]). „Arbeitswechsel" (job rotation) und „Aufgabenvergrößerung" (job enlargement) beschränken sich dabei auf die Erweiterung des Tätigkeitsspielraums, während zwei andere Ansätze auch den Entscheidungs- und Kontrollspielraum einbeziehen: die „Aufgabenbereicherung", bei welcher „strukturell verschiedenartige Arbeitselemente — z. B. Planungs-, Fertigungs- und Kontrollaufgaben — in einer größeren Handlungseinheit zusammengefügt werden" [82]), und die Bildung „autonomer Arbeitsgruppen". Hier werden zusätzlich „alle übertragbaren Entscheidungen — evtl. einschließlich (der) Lohnverteilung — in die Kompetenz der für einen abgrenzbaren Produktionsprozeß zuständigen Gruppen" übertragen; dies gilt für „all die Fragen, die nicht übergeordnete Produktions- oder Investitionsprobleme darstellen" [83]). Eine Reihe von Versuchen dieser Art wurde bereits durchgeführt, wobei den skandinavischen Ländern eine besondere Rolle zukommt [84]). Dort entwirft man bereits ganze Fabriken für „autonome Arbeitsgruppen".

Bei den meisten dieser Versuche werden erhebliche Produktionssteigerungen und Einsparungen gemeldet. Zwei amerikanische Sozialwissenschaftler halten es für erwiesen, daß derartige „Arbeits-Arrangements produktiver sind als das traditionelle autoritäre Management, und Widerstand gegen diesen Wandel dürfte hinweggewischt werden vom nationalen ökonomischen Bedürfnis, Produktionsniveaus zu halten oder zu steigern" [85]).

Die Stoßrichtung dieser Maßnahmen gegen die Organisationen der Arbeiterklasse läßt sich so zusammenfassen: Es soll der Glaube erweckt werden, daß die Forderungen der Fiat-Arbeiter nach einer „neuen Art, Autos zu bauen", in der neuen Volvo-Fabrik erfüllt sind; daß dort die wesentlichen Möglichkeiten zu Kontrolle und Mitwirkung gegeben und damit organisierte Gegenmachtbildung überflüssig, der Arbeitskonflikt innerhalb des Kapitalismus und im Zusammenwirken von „progressivem" Management und „konstruktiven" Arbeitern lösbar ist. In der BRD ist dies eingeordnet in den Kampf gegen gewerkschaftliche Mitbestimmungsforderungen; dabei wird nach bekanntem Muster versucht, den einzelnen und

79) Frankfurt/M 1959.
80) F. Fürstenberg, Die betriebliche Sozialstruktur, in: Handbuch der Psychologie, 9. Band, Göttingen, 1970², S. 419—440; auf S. 422.
81) Ulich, Arbeitswechsel . . ., S. 266.
82) E. Ulich, P. Groskurth und A. Bruggemann, Neue Formen der Arbeitsgestaltung, Frankfurt/M 1973, Zitat S. 68 f.
83) F. Vilmar, Soziotechnische Revolutionierung der Arbeitsorganisation, in: F. Vilmar (Hrsg.), Menschenwürde . . ., S. 103—116, Zitate S. 110 und 114.
84) Vgl. E. Thorsrud, Demokratisierung der Arbeitsorganisation, in: F. Vilmar (Hrsg.), a. a. O., S. 117—132. Weitere Versuche sind u. a. dargestellt bei Ulich u. a., Neue Formen . . .; G. Leminsky, Arbeitsgestaltung als Lernprozeß, „Gewerkschaftliche Monatshefte", 1973, 24, H. 1, S. 28—40; G. Rühl, Untersuchungen zur Arbeitsstrukturierung, „Industrial Engineering", 1973, 3, H. 3, S. 147—197.
85) N. Herrick und M. Macoby, 1972;, zit. bei Ulich u. a., Neue Formen . . ., S. 123.

die Arbeitsgruppe gegen die gewerkschaftliche Organisation auszuspielen. H. J. Abs formuliert die Abwehrstrategie: „So wie ein Übermaß an Freiheit notwendig zur Anarchie und zur Auflösung jeder Gemeinschaft führen muß, so führt ein Übermaß an Mitbestimmung, vereinigt in den Händen der Gewerkschaften, ... zur Unfreiheit aller anderen, einschließlich der Arbeitnehmer selbst." „Die Ausdehnung der Mitbestimmung würde lediglich dazu führen, daß eine große Zahl weiterer Gewerkschaftsvertreter in die Aufsichtsräte der Unternehmen einrücken würde. Damit hätten wir zwar eine Vergrößerung des Einflusses und der Macht der Gewerkschaften als Kollektivorganisationen; auf dem Wege zur Integration des einzelnen Arbeitnehmers ... in das Unternehmen und in die Gesellschaft und damit zur *Befreiung des einzelnen aus den ihn umgebenden Abhängigkeiten* wären wir aber kaum einen Schritt weitergekommen" [86]).

Die so gemeinte „Integration durch Befreiung" soll sich durch die Mitwirkung am Arbeitsplatz im Rahmen der arbeitswissenschaftlichen Ansätze vollziehen. „Das ist mehr als die Anwesenheit eines Gewerkschaftsvertreters im Vorstand. Das ist maßgeschneiderte Mitbestimmung in der Wirtschaft" [87]). Die Auftragssoziologie liefert die Argumente: „Befragungen ergaben, daß der Arbeitnehmer unter dem Stichwort ‚Mitbestimmung' sein Mitwirken ... an seinem Arbeitsplatz ... versteht ... Daraus ergibt sich für das Unternehmertum die Chance, in der Diskussion aus der Defensive herauszukommen und diese natürliche Interessenidentität mit dem Arbeitnehmer als Vehikel der eigenen Mitbestimmungspolitik zu nutzen" [88]). F. Fürstenberg, auf dessen Untersuchungen man sich hier bezieht, gibt den Unternehmern fünf Anregungen, deren dritte die Erhöhung der Eigenverantwortung des Arbeiters für Arbeitsgestaltung und -ablauf beinhaltet. Nach Deppe u. a. zielen diese Vorschläge „allesamt darauf ab, die Gewerkschaften aus dem Bewußtsein der Arbeiter und damit auch aus dem Betrieb zu verdrängen" [89]). Aus dem Gesagten leitet sich die grundsätzliche Problematik der „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" ab, die später noch erörtert werden soll.

Hier ist festzuhalten, daß auch der aktionswissenschaftliche Ansatz von uns als neue Stufe innerhalb der Gesamtkonzeption bürgerlicher Arbeitswissenschaft, der Erschließung neuer Intensifikationspotentiale und Integrationsmöglichkeiten angesehen wird. Eine solche Aussage widerspricht dem Anspruch praktisch aller Wissenschaftler und Publizisten, die auf diesem Gebiet arbeiten: diese sprechen von einem weithin neuen Ansatz, der die „Humanisierung von Arbeit" zum Ziele habe. Diesen Anspruch gilt es im folgenden zu untersuchen.

(Zweiter Teil folgt)

86) H. J. Abs, Macht durch Mitbestimmung, Vortragsreihe des Dt. Industrieinstituts, 1966, 16, Nr. 30, Zitate S. 1 und 4, Hervorhebungen von mir (W. V.).
87) H. Hengstenberg, Demokratie im Betrieb, „Junge Wirtschaft", 9. 9. 1968, S. 315, zit. bei Deppe u. a., Kritik ..., S. 181.
88) W. Mühlbradt, BDA, Mitbestimmung, Unternehmer-Solidarität geweckt, „Der Arbeitgeber", 7. 2. 1969, S. 8, zit. bei IMSF (Hrsg.), Mitbestimmung als Kampfaufgabe, Köln 1971, S. 96.
89) Deppe u. a., Kritik ..., S. 184. Zu dieser Untersuchung vgl. auch F. Fürstenberg, Die Soziallage der Chemiearbeiter, Neuwied 1969; F. Deppe und H. Lange, Wissenschaft im Dienste der Unternehmer, Informationsbericht Nr. 5 des IMSF, Frankfurt/M 1970.

Der „Club of Rome" und die gegenwärtige Krise des Kapitalismus

Von Edgar Gärtner

Seit Ende des vergangenen Jahres ist es offenkundig geworden, daß die internationale Krise des Kapitalismus sich qualitativ verschärft hat. Alle Lebensbereiche werden im Westen von krisenhaften Entwicklungen erfaßt: Ökonomische Strukturkrisen, Stagflation, die internationale Währungskrise, die Krise der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, insbesondere was die Arbeitsteilung zwischen den entwickelten kapitalistischen Industrieländern und den unterentwickelt gehaltenen Ländern anbetrifft, die Energie- und Rohstoffkrise, die ökologische Krise, politische, ideologische und moralische Krisen treffen zusammen. Die sozialen Auseinandersetzungen in den kapitalistischen Hochburgen verstärken sich. Die nationalen Befreiungsbewegungen gewinnen ständig an Boden. Während sich im Lager des Kapitals längerfristige Stagnationstendenzen zeigen, weisen die Volkswirtschaften des sozialistischen Lagers ein hohes Wachstumstempo bei stabilen Preisen auf. Die Labilität im Herrschaftsbereich der Konzerne ist größer denn je.

Mit der von den kapitalistischen Massenmedien hochgespielten Ölkrise lassen sich diese Krisenerscheinungen offenkundig nicht erklären. Niemand weiß das besser als jene weitsichtigen Vertreter der internationalen Bourgeoisie, die sich im „Club of Rome" zusammengeschlossen haben, um die geistigen Grundlagen zur kapitalistischen Lösung der Krise zu erarbeiten und zu propagieren. Aurelio Peccei [1]), der Gründer des „Club", charakterisiert in einem vom Exekutivkomitee des „Club" unterzeichneten, im Februar 1973 nach einer von der französischen Industrie finanzierten Vollversammlung des „Club" in Jouy-en-Josas bei Paris erschienenen programmatischen Papier diese Krise folgendermaßen: „Es herrscht eine allgemeine Besorgnis über die tiefe Krise, in der sich die Menschheit befindet, eine Krise, die sich — wie wir glauben — ihrer Art nach von denen der Vergangenheit unterscheidet. Sie zu bewältigen, sind die heutigen Gesellschaftsordnungen mit all ihren Ideologien, Wertvorstellungen, Politiken und Institutionen schlecht gerüstet. Einer Reihe schwer faßbarer Probleme steht man überall in der Welt (er hält die Welt der Konzerne für die Welt an sich, d. Verf.) ratlos gegenüber. Davon seien nur einige genannt: Verschlechterung der Umweltverhältnisse, Krise der Institutionen, Bürokratisierung, unkontrollierte Urbanisierung, berufliche Unsicherheit, Schwinden der Befriedigung durch die eigene Arbeit, Entfremdung der Jugend, Infragestellen der gesellschaftlichen Werte, Terror und Mißachtung gegenüber Gesetz und Ordnung, pädagogische Inkompetenz, Inflation und Währungsverfall bei materieller Prosperität und unüberbrückte Kluft zwischen Reich und Arm im innerstaatlichen Bereich und zwischen den Nationen" [2]).

[1]) Peccei übernahm 1949 die Leitung der Lateinamerika-Zentrale des „Fiat"-Konzerns. 1957 gründete er die Unternehmensberatungsfirma „Italconsult", eine der größten ihrer Art in Europa, die er noch heute als Präsident leitet. 1963 gründete er die private multinationale Investmentbankgesellschaft für Lateinamerika „Adela", an der mehr als 200 der größten Banken und Industrieunternehmen Westeuropas, Nord- und Südamerikas und Japans beteiligt sind. Auch ist Peccei Vizepräsident der „Olivetti", deren Aktien mehrheitlich von „General Electrics" und „Honeywell" gehalten werden.

[2]) The Club of Rome — the new threshold, Rome February 1973. Dieses Papier wurde in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht, ein kleiner Teil davon liegt in deutscher Übersetzung vor, in: „Börsenblatt des deutschen Buchhandels" v. 19. 9. 1973, S. 5—12. Hier wurden aber bezeichnenderweise gerade die Passagen ausgespart, die sich mit den neuen Projekten des „Club" beschäftigen. Soweit vorhanden, wird im folgenden aus dieser Übersetzung zitiert.

Neuerscheinung

Wolfgang Fritz Haug
Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital"

Kleine Bibliothek Bd. 45, 196 S., DM 12,80

Dieser Versuch, ins *Kapital,* die *Kritik der politischen Ökonomie* von Karl Marx, einzuführen, unterscheidet sich von bisherigen Versuchen vor allem dadurch, daß er dessen Lektüre nicht ersetzen, sondern erleichtern soll. Als Motto könnte darüber stehen: *Nur für Kapital-Leser geeignet!* Wer eine Kurzfassung der wichtigsten ökonomischen Lehren von Marx sucht, der lege dieses Buch weg. Es soll den Anfänger einführen – aber nicht in die fertigen Lehren, sondern in ihre Verfertigung.

Die schwerverständlichen ersten Kapitel des *Kapital* enthalten im Zentrum die Analyse und Entwicklung der Wertform. Auf den Ergebnissen dieser Analyse baut alles Folgende auf. Daß die Schwierigkeiten sich aber am Anfang so zusammenballen, hat auch einen Vorteil. Man kann den Stier gleich zu Beginn bei den Hörnern packen. Sind die Schwierigkeiten des Anfangs erst einmal besiegt, geht die weitere Lektüre sehr viel leichter, und das *Kapital* kann vom Leser als das erfahren werden, was es ist: eines der spannendsten Bücher, die je geschrieben worden sind.

Entwickelt wurden die *Vorlesungen* seit 1971 an der Westberliner Freien Universität, wo sie im Rahmen eines Grundkurses über *Philosophie und Kritik der politischen Ökonomie* im ersten Teil parallel zu Lesegruppen gehalten wurden. Sie sind mit der Zweckbestimmung verfaßt worden, die massenhafte Rezeption des *Kapital* zu unterstützen unter besonderer Berücksichtigung der „Ökonomie der Zeit" – also das Studium zu effektivieren und zu beschleunigen. Daher auch der Versuch, es von vornherein hinzulenken auf den spezifischen Kern dessen, was Kritik der politischen Ökonomie heißt.

In diesen Vorlesungen wird überall versucht, vom flüssigen, umgangssprachlichen Ausdruck her die Begriffe zu entwickeln, also auf dem Gebiet der Begrifflichkeit ein Gleiches zu versuchen, wie Marx es auf dem Gebiet der ökonomischen Formen getan hat: „jede gewordene Form im Flusse ihrer Bewegung aufzufassen".

(Aus dem Vorwort)

Pahl-Rugenstein

Am 4. und 5. Februar 1974 trafen sich unter der Regie des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky zwölf führende „Club"-Mitglieder mit einer Reihe von Regierungschefs und anderen Spitzenpolitikern aus verschiedenen kapitalistischen Ländern und einigen Vertretern der Entwicklungsländer, die in der Mehrzahl jedoch mit der Arbeit des „Club" in keinem Zusammenhang stehen, im Schloß Klesheim bei Salzburg zu einer Diskussion über die Lösung dieser Krise. In der getrennt vom Kommuniqué der anwesenden Politiker verabschiedeten „Erklärung des Club of Rome zur Salzburger Tagung" heißt es zur Einschätzung der „Ölkrise" u. a.: „Die gegenwärtige Krise geht in ihren Wurzeln über eine Öl-, Energie- oder Ernährungskrise weit hinaus. Die Schäden, die sie anrichtet, werden in der ganzen Welt zahlreiche und vielfältige Auswirkungen haben. Die armen Nationen und die armen Bevölkerungsschichten werden am meisten darunter leiden" [3]). In dieser Erklärung finden sich weitere zweideutige Passagen wie die folgende: „Um den gegenwärtigen Lebensstandard zu halten oder gar zu verbessern, wird eine verhältnismäßig noch stärkere Ausweitung der produktiven Tätigkeiten erforderlich sein. Wenn diese Entwicklungstrends weitergehen und man sich nicht gemeinsam bemüht, sie in neue Zielrichtungen zu lenken, dann besteht die Gefahr, daß sie sich auf die Zukunft des Menschen radikal auswirken. Die Menschheit muß und kann dieser Herausforderung die Stirn bieten" [4]). Solche Sätze wurden in den bürgerlichen Massenmedien so aufgefaßt, als sei der „Club" von seinen Weltuntergangstheorien abgerückt. So heißt es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Von einem Nullwachstum von Bevölkerung und Weltwirtschaft, wie es die vom ‚Club of Rome' herausgegebene Studie ‚Die Grenzen des Wachstums' empfiehlt, hat sich inzwischen der Club selbst distanziert. Er will nicht als Prophet des Weltuntergangs verschrien sein" [5]). Nach Meinung der „Frankfurter Rundschau" scheint der „Club" „aus dem grauen Kleid der Weltuntergangspropheten in die lichtere Hülle von Weltrettern schlüpfen zu wollen" [6]). Dieser Eindruck dürfte durchaus in der Absicht der Veranstalter der Salzburger Tagung liegen [7]). In der erwähnten Erklärung ist im Gegensatz zu den bisher bekanntgewordenen Dokumenten des „Club" viel von „Solidarität" die Rede: „Wir erachten die Salzburger Tagung für besonders bedeutsam. Vor allem hat sich eindeutig gezeigt, daß ein neuer Geist der aktiven Solidarität und Zusammenarbeit unter allen Völkern und Nationen — wir nennen ihn den *Geist von Salzburg* — für die Menschheit unumgänglich notwendig ist, wenn sie sich der Herausforderung unserer Zeit stellen will" [8]).

Welcher Solidaritätsbegriff liegt dieser Erklärung zugrunde: die Solidarität der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker oder jene Auffassung von Solidarität, unter der nichts anderes zu verstehen ist als Burgfriedenspolitik, der Versuch, mit sozialer Demagogie und einigen Zugeständnissen die Arbeiterklasse zum Stillhalten zu bringen, um die kapitalistische Krise auf kapitalistische Weise lösen zu können, durch die Finanzierung der Systemreparaturen aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung?

Im folgenden gilt es zu zeigen, daß der „Club" auch nach dem Salzburger Spektakel nicht von den wesentlichen Aussagen der MIT-Studie abgerückt ist [9]) und

3) Erklärung des Club of Rome zur Salzburger Tagung, vervielfältigtes Manuskript, S. 2 f.
4) Ebd., S. 3.
5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 7. 2. 1974.
6) „Frankfurter Rundschau" v. 7. 2. 1974.
7) Die Veranstaltung selbst war ganz darauf angelegt, weltweites Interesse auf sich zu lenken. Die Tagung fand hinter verschlossenen Türen statt. Von den Diskussionen existieren weder Bandaufnahmen noch ein Protokoll. Daneben wurde aber ein riesiges Pressezentrum aufgebaut, in dem sich mehr als 300 Journalisten und Kameraleute versammelten.
8) Erklärung des Club of Rome zur Salzburger Tagung, MS, S. 14.
9) Vgl. E. Gärtner, Zur Funktion des „Club of Rome", in: „Blätter", 10/1973, S. 1053—1057.

daß sich hinter dem „Geist von Salzburg" tatsächlich nichts anderes verbirgt als Burgfrieden in den kapitalistischen Zentren und jener „Geist von Teheran" [10]), in dessen Zeichen nun versucht wird, im Interesse der imperialistischen Energie- und Rohstoffsicherung verschiedene Entwicklungsländer zu kapitalistischen „Subzentren" auszubauen.

I

Die „Ölkrise" war in mancher Hinsicht, zugespitzt gesagt, eher eine spezifische Präventivmaßnahme zur Abwendung einer größeren systembedrohenden Krise der kapitalistischen Energie- und Rohstoffwirtschaft als ein Bestandteil der gegenwärtigen Verschärfung der kapitalistischen Krise. Die langfristige Krisentendenz vollzog sich unabhängig von den Plänen der multinationalen Konzerne und gegen sie, für den Ausbruch der „Ölkrise" gerade im Herbst 1973 bestand jedoch keine Notwendigkeit. Ein Moment von bewußter Planung ist dieser Krise nicht abzusprechen. Das preispolitische Kalkül der „sieben Schwestern" ist offenkundig. Auf der andern Seite ist es gewagt, zu behaupten, der „Club" habe durch seine Katastrophenwarnungen und durch seine engen Beziehungen sowohl zu den Spitzen der multinationalen Konzerne als auch zu NATO-Gremien die „Ölkrise" unmittelbar organisieren geholfen. Solche Verschwörungstheorien sind leicht in die Welt zu setzen aber schwer zu untermauern. Fest steht nur, daß der Preisterror der „Multis" mit den Aussagen der MIT-Studie gerechtfertigt wurde und daß der „Club" die „Ölkrise" als wichtige Bestätigung seiner Warnungen ansieht. So erklärte das westdeutsche Mitglied des Exekutivkomitees des „Club", Eduard Pestel [11]): „Wir können nur froh sein, daß es bereits Ende 1973 zur Ölkrise gekommen ist und nicht erst nach 1984. Bis dahin nämlich wäre unsere Abhängigkeit vom Öl so groß, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der hochindustrialisierten und importabhängigen Staaten unvermeidlich gewesen wäre" [12]).

Suspekt wird die Sache nur, wenn man ähnliche Äußerungen in „Club"-Dokumenten findet, die bereits lange vor dem Ausbruch der „Ölkrise" verabschiedet wurden. So in dem bereits erwähnten programmatischen Dokument [13]).

Solche Äußerungen können zumindest die Vermutung verstärken, daß die Tätigkeit des „Club of Rome" *erstens* sehr eng mit dem Auftrag der „Dritten Dimension" der NATO verbunden ist. Die Vorbereitungen zur Gründung dieses modernen Frühwarn- und Krisen-Management-Systems fallen sicher nicht zufällig mit der Gründung des „Club" zusammen. Und in den grundlegenden Dokumenten dieser NATO-Einrichtung wird die „Menschheitskrise" mit den gleichen Vokabeln wie in den Dokumenten des „Club" umschrieben: „Die Krise ist in ihrem ganzen Ausmaß bisher noch nicht bekannt. Es wird mehrjähriger Studien — und insbesondere der Schaffung einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit — bedürfen, ehe die entscheidenden Tatsachen regelmäßig und vollständig zusammengetragen werden können. Daß wir uns in einer Krise befinden, steht jedoch außer Frage — einer Krise, die sich letzten Endes für die Menschheit als genauso ernst erweisen mag wie die Fragen von Krieg und Frieden oder die Beziehungen zwischen den Rassen. Die Qualität des Lebens — und vielleicht sogar die Möglichkeit

10) „Frankfurter Rundschau" v. 6. 5. 1974, gemeint ist der Abschluß der bundesdeutsch-iranischen Investitionskonferenz.
11) E. Pestel ist Professor an der TU Hannover, Vizepräsident der DFG, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk und westdeutscher Delegierter im NATO-Wissenschaftsausschuß.
12) Interview mit E. Pestel, in: „Bild der Wissenschaft", 11. Jg., Nr. 3/1974, S. 73 f.
13) Vgl. The Club of Rome — the new threshold, a. a. O., engl. MS.

des Lebens für die gesamte Menschheit steht auf dem Spiel" [14]). Verbindungen zwischen dem „Club of Rome" und der NATO laufen über die Ford-Foundation zum NATO-Wissenschaftsausschuß und über die von der NATO finanzierte „International Federation of Institutes for Advanced Study (IFIAS)".

Zweitens könnte man danach zur folgenden Auffassung über die wirkliche Funktion des „Club" gelangen: Gegen Ende der 60er Jahre beginnen die weitsichtigsten Vertreter der internationalen Konzerne und die weitsichtigsten politischen Strategen der kapitalistischen Länder zu ahnen, daß die anarchische Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus in den 70er Jahren zu Krisen katastrophalen Ausmaßes und revolutionären Massenerhebungen führen kann. Sie beginnen zu ahnen, daß eine neue „Weltwirtschaftskrise" für den Kapitalismus tödlich sein könnte. Als Realisten mußten sie davon ausgehen, daß die nach der großen Krise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre ins Leben gerufenen staatlichen Planungsversuche Krisenerscheinungen nur kurzfristig abmildern können und langfristig die Anarchie und — damit verbunden — die Krisengefahr noch vergrößern mußten, weil die kapitalistischen Staaten den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen sind. In dem erwähnten programmatischen Papier beklagt sich Peccei offen darüber, daß die Regierungen viel schlechter funktionierten als das Militär und das Management der multinationalen Konzerne [15]). In dieser Situation müssen die Manager wehmütig an die für das Kapital so heilsamen Krisen im Konkurrenzkapitalismus zurückgedacht haben. Was hätte für sie näher gelegen, als zu versuchen, diese kleinen Krisen ins System einzubauen, um größere Krisen zu vermeiden. Eine Äußerung Meadows' könnte diese Vermutung bestätigen: „. . . ich habe die große Hoffnung, daß durch eine Serie von kleinen und gut verteilten Krisen, eine Energiekrise, eine Wasserkrise, eine Nahrungsmittelkrise, eine Umweltkrise, eine Krise im Zusammenhang mit nuklearer Energie, daß sich dadurch das System langsam in eine Form hineinwinden wird, die ihre Grenzen anerkennt" [16]). Die Verbindungen Pecceis zu den multinationalen Konzernen erlauben es nicht, solche Vorstellungen als private Gedankenspielerei abzutun. Peccei selbst betont, die MIT-Studie sei in den Kreisen der multinationalen Konzerne eifrig diskutiert worden [17]).

II

Das Salzburger Treffen fand zu einer Zeit statt, als das Ausmaß der Krise immer deutlicher wurde und die weitsichtigsten westlichen Politiker die daraus folgenden Konsequenzen für die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik der einzelnen kapitalisischen Staaten deutlich absehen konnten. In der BRD war es z. B. eine Diskussion zwischen dem damaligen Finanzminister und jetzigen Bundeskanzler, Helmut Schmidt, dem Leiter des OECD-Ausschusses für Wissenschaft und Forschung und amerikanischen Mitglied des Exekutivkomitee des „Club", Caroll Wilson, dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der E. Merck AG und Vorsitzenden des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), Hans Joachim Langmann, dem Mitglied des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium und Berater der OECD in Energiefragen, Karl Schneider, dem Mit-

[14]) J. R. Huntley, Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise, 2. Aufl., Brüssel 1972, S. 12. Interessant ist, daß das Thema „Umwelt" erst zum zentralen Thema des „Club" wurde, nachdem 1969 der NATO-Umweltausschuß CCMS seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Zuvor beriet man im „Club" über das Problem der „technologischen Lücke" zwischen den USA und Westeuropa etc. Vgl. A. Peccei, The Chasm Ahead, New York 1969.
[15]) Vgl. The Club of Rome — the new threshold, a. a. O., engl. MS.
[16]) D. L. Meadows, in: D. L. Meadows/H. v. Nußbaum/K. Rihaczek/D. Senghaas u. a., Wachstum bis zur Katastrophe? Pro und Kontra zum Weltmodell, Hrsg. H. E. Richter, Stuttgart 1974,S. 94.
[17]) Vgl. The Club of Rome — the new threshold, a. a. O., engl. MS.

glied der Europäischen Kommission Ralf Dahrendorf und dem Leiter des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Carl Friedrich v. Weizsäcker [18]), die die Umorientierung der BRD-Politik, wie sie zweieinhalb Monate später durch den Kanzlerwechsel dokumentiert wurde, schon skizzierte.

Ralf Dahrendorf und Helmut Schmidt gaben damals die tiefgründigste Analyse des augenblicklichen Zustandes des Kapitalismus, die man von Verteidigern dieses Systems nur erwarten kann. Schmidt damals: „Wir gehen einer Phase entgegen, in der die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung gestört, ja zutiefst durcheinandergebracht werden könnte — und diese Phase mag nicht zwölf Monate dauern, sondern sich über mehrere Jahre hinziehen. Es ist schwer abzusehen, wie sich in diesem Zeitraum unsere eigene Rolle wandeln wird. Nicht nur das Gefüge unserer Gesellschaft wird sich in gewissem Grade ändern; auch das Gefüge der Weltpolitik könnte sich verändern. Das mag insgesamt nicht lange dauern; kann aber die Einstellung vieler Völker zueinander radikal verändern, bis sie sich am Ende ähnlich wie während der Weltwirtschaftskrise nach dem Motto: Beggar my neighbour, plündere den Nachbarn aus, verhalten. Mir scheint, wir sind heute auf dem besten Wege dahin" [19]).

Ralf Dahrendorfs Analyse lautete: „Erstens glaube ich, daß die Lage nichtölproduzierender Entwicklungsländer sich in gefährlichem Ausmaß verschlechtert hat ... Zweitens wird sich eine Reihe von Entwicklungsländern aus ihren bisherigen Fesseln befreien können ... Drittens wird die Stellung der Vereinigten Staaten stärker sein als je zuvor ... Viertens zeigt sich, daß die Europäische Gemeinschaft, einer der großen Ansätze zu internationaler Zusammenarbeit, unter dem Druck von Wachstumsschwierigkeiten, verminderten Exportmöglichkeiten, andauernden Störungen im Währungssystem und der spezifischen Folgen der Energiekrise auseinanderzufallen beginnt ... Die Wachstumsraten werden schrumpfen, sie werden sich in den nächsten Jahren in einem engen Streifen zwischen plus zwei und minus zwei Prozent des Bruttosozialprodukts bewegen... Gleichzeitig aber wird die inflationäre Entwicklung weitergehen, und diese Kombination führt dazu, daß die sozialen Konflikte der Zukunft ungleich härter sein werden als in den letzten 25 Jahren!" [20])

Schmidts Regierungserklärung sowie die veröffentlichten Schlußfolgerungen aus seiner internen Studie an die SPD-Spitze zeigen nun deutlich, mit welchen Methoden die Krise bekämpft werden soll: „Wir dürfen Erwartungen nicht enttäuschen, die wir selber erzeugen. Deshalb darf kein Bundesressort, keine Fraktion, keine Landesregierung, auch keine Gliederung oder Arbeitsgemeinschaft der SPD öffentliche Versprechungen oder Ankündigungen vornehmen ... die nicht verwirklicht werden können oder die ernsthaft gar nicht gewollt sind" [21]).

Worum geht es? In der Nachkriegszeit waren in allen kapitalistischen Ländern und besonders in der BRD in der Hoffnung, auch weiterhin die Rohstoff- und Energievorräte der Entwicklungsländer ausbeuten zu können, Investitionen zur Erschließung alternativer Rohstoff- und Energiequellen systematisch vernachlässigt worden. Nun, da die kapitalistischen Länder, wie der Ausgang der UNO-Rohstoffkonferenz im Mai 1974 zeigt, mehr und mehr an der Ausbeutung der Entwicklungsländer gehindert werden, müssen riesige Investitionen nachgeholt

18) Vgl. „Die Zeit" v. 8., 15. und 22. 2. 1974.
19) „Die Zeit" v. 15. 2. 1974.
20) „Die Zeit" v. 22. 2. 1974.
21) „Die Zeit" v. 17. 5. 1974.

werden. Und da an eine Kürzung der aufgeblähten Rüstungshaushalte nicht gedacht wird, sollen die Arbeiter und Angestellten diese Mittel aufbringen. In Schmidts Regierungserklärung heißt es: „Die Umstrukturierung der Weltwirtschaft, die Explosion der Rohstoffpreise und die Umkehrung der terms of trade zu Lasten der Industrieprodukte setzen Grenzen für das Wachstum unserer Realeinkommen, die nur schwer zu überwinden sind" [22]).

Schmidt ist klug genug, seine Politik nicht öffentlich mit den Aussagen der MIT-Studie zu rechtfertigen; denn auch weiterhin sollen die Hoffnungen der Werktätigen auf das Wirtschaftswachstum gelenkt werden, trotzdem ist die von ihm eingeleitete rechtssozialdemokratische Politik genau das, was der „Club of Rome" durch seine Katastrophenwarnungen erreichen möchte. Das „Club"-Mitglied Dennis Gabor spricht es offen aus: „Der Rückfall in einen Zustand verhältnismäßiger Armut wird das politische System mancher Staaten der freien Wirtschaft bis zum Äußersten belasten. Die arbeitenden Klassen, die daran gewöhnt waren, aus dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Wachstum Nutzen zu ziehen, werden verständlicherweise Widerstand leisten. Ob es nun linksgerichteten (d. h. rechtssozialdemokratischen, d. Verf.) Regierungen gelingen wird, sie zu beruhigen und sie gemeinsam für nationale Pläne für eine Energie-Unabhängigkeit und für eine neue, vernünftigere Energiewirtschaft zu gewinnen, muß eine offene Frage bleiben. Leider kann man nicht bestreiten, daß der Ausbruch des Klassenkampfes in irgendeiner Form den Faschismus zurückbringen wird" [23]).

Von daher wird es verständlich, warum der „Club" in Salzburg vorwiegend führende Köpfe der Sozialistischen Internationale wie Kreisky, den schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, den holländischen Ministerpräsidenten Joop den Uyl, der übrigens seinen Wahlkampf explizit mit den Argumenten der MIT-Studie geführt hat, um sich versammelte.

III

Die MIT-Studie war zunächst sowohl im Lager der Unternehmer als auch in den Kreisen der meisten bürgerlichen Ökonomen auf heftigen Widerspruch gestoßen. Lediglich von einigen als „links" profilierten Sozialdemokraten wie etwa Erhard Eppler wurde die Studie mit spontanem Beifall bedacht. Ansonsten waren es zumeist in der Umweltbewegung engagierte Angehörige der Intelligenz, welche die Argumente der Studie akzeptierten und weiterverbreiteten. Lediglich der damalige Präsident der EG-Kommission, Sicco Mansholt, hat die in den „Grenzen des Wachstums" formulierte Botschaft sofort begriffen. In seinem „Offenen Brief zur Revision der Europäischen Gesamtwirtschaftspolitik" beginnt er bezeichnenderweise seine Argumentation nicht mit der drohenden Umweltkrise und der Erschöpfung wichtiger Rohstoffe, sondern mit der Einsicht, daß die kapitalistischen Länder aus ganz anderen Gründen gar nicht mehr in der Lage sind, ein stetiges Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten: „Es zeigt sich immer deutlicher, daß die nationalen Regierungen nicht mehr in der Lage sind, ein gleichbleibendes Wachstum ihrer Volkswirtschaften sicherzustellen ... sie haben alle mit einer galoppierenden Inflation zu kämpfen bei zunehmender Arbeitslosigkeit" [24]).

[22]) Zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 18. 5. 1974.
[23]) D. Gabor, Der Friede und die Erdölkrise, in: „Wissenschaft und Frieden", Wien, Nr. 1/1974, S. 75.
[24]) Zit. nach dem Abdruck in: H. v. Nußbaum (Hrsg.), Die Zukunft des Wachstums, Düsseldorf 1973, S. 333.

Als Ziele für eine neue „europäische" Politik gibt er an: 1) strenge Planwirtschaft, 2) ein umweltschonendes Produktionssystem. „Das zweite Ziel läßt sich nur erreichen durch eine merkliche Senkung des materiellen Wohlstands des einzelnen und eine Beschränkung der freien Verfügung über Güter (Rationierung)" [25]). Im Straßburger Europa-Parlament fand dann im Januar 1973 eine heftige Debatte über die MIT-Studie und Mansholts Brief statt, an der sich auch die „Club"-Mitglieder Peccei und Siebker beteiligten [26]).

Wie die Konzerne die MIT-Studie aufnahmen, offenbaren am besten die Berichte über die seit 1971 jährlich in Davos stattfindenden Europäischen Management-Symposia. 1972 hatte Peccei dort die MIT-Studie persönlich vorgestellt. Auch 1973 wurde dort über die MIT-Studie diskutiert. Aus den Presseberichten über das 73er Symposium leuchtet noch einhellige Skepsis gegen den Pessimismus der MIT-Studie hervor, z. B. im Unternehmer-Organ „Handelsblatt" [27]). Im Bericht über das diesjährige Symposium ist der „Handelsbatt"-Kommentator plötzlich hellauf begeistert von der MIT-Studie. Die Manager schienen erst jetzt erkannt zu haben, welche Argumente ihnen die MIT-Studie in die Hand gegeben hatte: „Noch vor zwei Jahren wurde die apokalyptische Vision der MIT-Wissenschaftler über die ‚Grenzen des Wachstums' teils verlacht, teils als Sachbuch-Bestseller in der Freizeit konsumiert. Heute lohnt es sich, diese Studie sehr ernst zu nehmen ... Mit der Anpassung an die neuen Daten sind die Marktkräfte überfordert, wie die vorangegangenen Wochen gezeigt haben. Diese Tatsache ist kein Verdikt gegen die Marktwirtschaft als System ... Nur sind die jetzt notwendigen Weichenstellungen derart langfristig, eine spätere Korrektur der Investitionspolitik — auch des Staates oder der Konzerne — derart schwierig (oder gar unmöglich), daß die auf kurzfristige Anpassung ausgerichteten Marktmechanismen dies einfach nicht leisten können. Es bedarf langfristiger politischer Entscheidungen ... Dazu braucht es wiederum größerer politischer Macht, der Abkehr von der reinen Gefälligkeitsdemokratie, vom Buhlen um die Gunst der Massen ... Der Wohlstandsbürger hat sich zum Beispiel an zwei bis sechs Prozent Wachstum seines realen Einkommens gewöhnt. Schon die jetzigen Energiepreissteigerungen könnten unter Berücksichtigung der Investitionen für notwendige Ersatzenergien auf acht Prozent Konsumentzug hinauslaufen ... Diese Entwöhnungs-Roßkur muß der Öffentlichkeit erst einmal verkauft werden. Sonst steht vor dem paradiesischen Zustand des Nullwachstums die Revolution. Zumal dieses Nullwachstum noch weitere Probleme in sich birgt. Statt Gastarbeiter zu beschäftigen, können die Industrieländer z. B. Nachfrageschwankungen mit flexibler Anpassung der Arbeitszeit ausgleichen. Außer Kurzarbeit sind auch Heere von Arbeitslosen möglich ..." [28]). Kommentar überflüssig.

Solch offene Nutzanwendungen der MIT-Studie machen es allerdings auch verständlich, warum führende „Club"-Mitglieder sich in der Öffentlichkeit nicht mehr rückhaltlos für die MIT-Studie einsetzen und ihre jetzige Haltung zur Studie — wie im Falle der zitierten Salzburger Erklärung — hinter salbungsvollen Worten verbergen.

Die augenblickliche Haltung des „Club" zur MIT-Studie ist im erwähnten programmatischen Papier über die „zweite Phase" seiner Arbeit bereits festgehalten. Nachdem in der Vollversammlung in Jouy-en-Josas aus den eigenen Reihen hef-

25) Ebd., S. 336.
26) Report on the Limits to Growth. Council of Europe, Consultative Assembly Doc. 3233, 22. 1. 1973.
27) Vgl. J. Hess, Wachstum zwischen Himmel und Hölle, in: „Handelsblatt" v. 6. 2. 1973.
28) J. Hess, Ökologische Zeitbombe, in: „Handelsblatt" v. 8./9. 2. 1974.

tige Kritik am MIT-Projekt aufgekommen war, wurde schon damals beschlossen, die MIT-Studie in der Öffentlichkeit — nicht zuletzt wegen der von prominenten Kritikern angezweifelten Wissenschaftlichkeit des Projekts — nicht mehr uneingeschränkt zu verteidigen. Man einigte sich auf folgende Formel: „Mag auch dem MIT-Bericht als Pionierleistung auf dem neuen Forschungsgebiet ‚Weltproblematik' besondere Bedeutung zukommen, so drückt sich darin noch keineswegs das gesamte Anliegen des Club of Rome aus... ‚Grenzen des Wachstums' stellt nicht das Glaubensbekenntnis des Club of Rome dar, sondern ist ein erster tastender Versuch auf dem Weg zu einem besseren Verständnis unserer Welt" [29]). Wenig später lesen wir aber: „Die Studie ‚Die Grenzen des Wachstums' ist eigentlich ein zutiefst revolutionäres Dokument, nicht im streng politischen Sinne, sondern durch den Sachzwang, die ‚force des choses' ".

Die Art, wie dieser „Sachzwang" vom „Handelsblatt" ausgelegt wird, deckt sich freilich völlig mit der Auslegung führender „Club"-Mitglieder. Deutlich wurde das auf einem parallel zum Salzburger Spektakel vom Bildungswerk der Bayrischen Wirtschaft in der Evangelischen Akademie Tutzing organisierten Manager-Seminar, wo das „Club"-Mitglied Helmut Klages, Soziologieprofessor an der TU Westberlin und Vorstandsvorsitzender des Zentrum Berlin für Zukunftsforschung e. V., vor über hundert Topmanagern der im Raum Bayern konzentrierten Rüstungswirtschaft (darunter beispielsweise Ludwig Bölkow, Vorstandsvorsitzender von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und der ehemalige CDU-Atomminister Siegfried Balke u. a.) über die „Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen", d. h. über praktische Krisenbekämpfungsmaßnahmen und längerfristige Anpassungen der Profitwirtschaft an die veränderte Welt, referierte.

Für Klages stellt sich das Dilemma der Profitwirtschaft so dar: Wird das Wachstum beibehalten, gerät das System in die Krise; denn es kennt außer Krisen keine Mechanismen, welche die Erschöpfung lebenswichtiger Rohstoffe und andere Auswirkungen der kapitalistischen Anarchie aufhalten könnten. Ist das System aber gezwungen, zu einem Nullwachstum überzugehen, wie es sich im Gefolge der augenblicklichen Krise kaum vermeiden läßt, gerät es in Konflikt mit den steigenden Erwartungen der arbeitenden Menschen. Aus einer Analyse der September-Streiks von 1969 schloß Klages, daß in der BRD das „Vertrauenspotential zur Einschränkung des Wachstums" nicht besonders groß sei. Klassenkampfbejahende Strömungen wüchsen in der Arbeiterschaft an. Das wichtigste Problem bestehe darin, zu verhindern, daß die wirtschaftliche Stagnation in revolutionäre Erhebungen umschlage. Revolutionen seien in der Vergangenheit immer dann ausgebrochen, wenn eine Phase relativen Wohlstandes von einer Stagnationsphase abgelöst worden sei: „Wir sind schon längst in der Instabilitätszone angelangt. Die Krise kommt vielleicht schon nächstes Jahr. Es besteht die Gefahr des Sozialismus" [30]). In der „Marktwirtschaft" liege das eigentliche Knappheitsproblem im Mangel an Instanzen, die einen gesellschaftlichen Wertwandel durchsetzen könnten. Industrie und Gewerkschaften müßten aufhören, als „Erwartungs-Akzeleratoren" zu fungieren. Aus diesem Grunde müsse auch der Parteienwettbewerb eingeschränkt werden: „Wir können nicht auskommen ohne einen Basiskonsens aller gesellschaftlichen Kräfte ... Wo sind die großen Mahner, die eine Selbstinfragestellung der Institutionen erreichen können?"

In der sich dem Vortrag Klages' anschließenden Diskussion wurden seine Vorschläge zu einem Konzept verarbeitet, das dem der „formierten Gesellschaft" aus

[29]) The Club of Rome — the new threshold, a. a. O.
[30]) Alle Angaben und Zitate vom Tutzinger Manager-Seminar nach den handschriftlichen Notizen des Verfassers.

Erhards Zeiten kaum nachstehen dürfte. Vielleicht mag es manche Leser erheitern, wenn sie vernehmen, daß in diesem Kreis ernsthaft darüber diskutiert wurde, wie es wohl möglich sei, die „libidinöse Bindung der Arbeiter an den Konsum" zu lösen, welche anderen Ersatzbefriedigungen man den Arbeitern wohl anbieten könne, wenn der Massenkonsum als Rückzugsmilieu für sozial Frustrierte ausscheide. Aus den Erfahrungen mit dem Sonntags-Fahrverbot schlossen die Manager zwar, daß der „Deutsche Arbeiter" unter Umständen sehr schnell bereit sei, ohne Murren Opfer auf sich zu nehmen; über deren längerfristige Durchsetzbarkeit hegten sie aber große Zweifel. Klages jedenfalls beschloß diese Diskussion mit dem Ausruf: „Wir brauchen ein, zwei, viele Clubs of Rome!"

IV

Die Hoffnungen der Krisenmanager richten sich nun auf die zehn neuen „Club"-Projekte, die zum größten Teil bereits vor der Veröffentlichung der MIT-Studie in Angriff genommen worden waren. In Tutzing wurde die Studie „Strategy for Survival", die unter der Leitung von Eduard Pestel und M. D. Mesarovic an der TU Hannover und an der Case Western Reserve University Cleveland, Ohio, erstellt wird, vorgestellt. Pestels Arbeitsgruppe wurde von der Stiftung Volkswagenwerk unter ihrem Vorsitzenden, Peter v. Oertzen, eine Unterstützung von 700 000 Mark zugesichert [31]). Diese Studie ist in mancher Hinsicht charakteristisch für die „zweite Phase" der Tätigkeit des „Club". Nach den Aussagen Pestels und Mesarovics soll sie sich nicht in Weltuntergangsprognosen erschöpfen, sondern als Frühwarnsystem dienen und Grundlagen für die kapitalistische Planung liefern. Um das zu erreichen, soll die Welt im neuen „Weltmodell" nicht mehr als Einheit behandelt, sondern durch hierarchisch gegliederte Regionalmodelle beschrieben werden. Die ersten Ansätze eines regionalisierten Weltmodells waren bereits 1972 veröffentlicht worden. Ein verfeinerter Ansatz erschien 1973 [32]).

Auch die Leiter dieses Projekts schließen sich in verschiedenen Punkten der im Westen an der MIT-Studie geübten Kritik an. Sie geben zu, daß der Aggregationsgrad des MIT-Modells zu hoch ist, daß sein Charakter mechanisch-deterministisch ist, daß soziale und politische Faktoren vernachlässigt worden sind [33]) und die Politiker demzufolge ihren „Entscheidungsraum" nicht finden könnten. Doch auch Pestel will die MIT-Studie als „Denkanstoß" weiterhin gelten lassen: „Alle Kritik kann nicht aus der Welt schaffen, daß die Studie einen gewaltigen Denkanstoß gegeben hat, wie bisher noch niemand; sie hat bewirkt, daß sich Millionen von Menschen in aller Welt darüber Gedanken machen, wie sie dazu beitragen können, durch ihr Verhalten die sich immer gefährlicher entwickelnde Menschheitskrise zu überwinden" [34]). „Das Hauptanliegen unserer Studie besteht darin, ein Instrument zu entwickeln, das bei Planungen und Entscheidungen herangezogen werden kann, um die Problematik zu analysieren und um alternative Strategien zu entwickeln. Somit verfolgt unsere Studie sowohl

---

31) „Wirtschaftswoche" v. 15. 2. 1974, S. 35.

32) M. D. Mesarovic u. a., An Interactive Decision Stratum for the Multilevel World Model, in: „Futures", Vol. 5 (1973) S. 357 ff.; M. D. Mesarovic und E. E. Pestel, Club of Rome: Strategie zum Überleben, in: „Umschau in Wissenschaft und Technik", 73. Jg. (1973), Heft 16, S. 498 f.; H. Maier, Weltmodell: Voraussetzungen, Funktionen und Grenzen. Am Beispiel der Meadows-Studie und des Mesarovic-Pestel-Modells, Vortrag in der Evangelischen Akademie Tutzing am 5. 2. 1974, im Druck; u. a.

33) Tatsächlich war auch für die MIT-Studie ein Teil vorgesehen, der die sozialen Ursachen und Folgen des Wachstums behandeln sollte. Er wurde von Steffen Harbordt, einem Mitarbeiter des Westberliner „Club"-Mitgliedes Klages angefertigt, aber nicht in die endgültige Fassung des MIT-Berichtes aufgenommen, vermutlich, um dem MIT-Modell nichts von seinem „naturwissenschaftlichen" Charakter zu nehmen. Harbordt reiste schon nach wenigen Monaten wieder aus Cambridge ab. Sein Beitrag kursiert jetzt als Manuskript unter verschiedenen Interessenten. Vgl. St. Harbordt, Linking Socio-Political Factors to the World Model, MS 1971.

24) E. Pestel, Was will und kann die MIT-Studie aussagen?, in: H. v. Nußbaum (Hrsg.), Die Zukunft des Wachstums, a. a. O., S. 280.

diagnostische als auch therapeutische Ziele" [35]). „Ich bin nämlich der Überzeugung, daß die zwei wesentlichen Institutionen unserer westlichen Demokratien, die parlamentarische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft, die beide an der bekannten Schwäche leiden, zumeist nur kurzfristig reaktiv zu agieren, indem sie mit kurzem Zeithorizont versuchen, den jeweiligen Forderungen des Tages zu entsprechen, das diese zu ihrem Bestand langfristiger Planungsinstrumente bedürfen, um rechtzeitig geeignete und auch auf längere Zeit durchzuhaltene Maßnahmen einleiten zu können, auf daß Fundamentalkrisen schon während ihrer Entstehung wirkungsvoll bekämpft werden können und im Hinblick auf das gegenwärtig hohe Entwicklungstempo solcher Krisen zu spätes und inadäquates Eingreifen vermieden wird. Solch vorausgreifendes Handeln dürfte allerdings im politischen Raum nur schwer durchsetzbar sein, wenn dabei zur Erzielung langfristiger Vorteile auf solche der Gegenwart und der naheliegenden Zukunft verzichtet werden muß. Es ist deshalb erforderlich, daß auch der Bürger genügend Einblicke in die Wirkungsweise und Natur derartiger Entscheidungshilfen erhält, auf daß er diese als ausreichend glaubwürdig akzeptiert, um für seine und seiner Kinder Zukunft gewisse Opfer zu bringen" [36]). Von daher kann es nicht verwundern, daß Pestel selbst auf seine enge Zusammenarbeit mit rechtssozialdemokratischen Politikern hinweist [37]).

Im technischen Ansatz unterscheidet sich das neue „Weltmodell" zwar grundlegend von den Modellen Forresters und Meadows'. Das besagt jedoch nichts über seine tatsächliche Funktionsfähigkeit. Vieles spricht dafür, daß diese Studie nach ihrer Veröffentlichung der propagandistischen Funktion der MIT-Studie auf subtilere Art und Weise nachkommen wird. Die Forderung nach Opferbereitschaft wird lediglich noch „wissenschaftlicher" aufgeputzt verbreitet.

Nach Meinung der Modellbauer soll es mit dem neuen Ansatz, der auf der seit Beginn der 60er Jahre von M. D. Mesarovic ausgearbeiteten Theorie der „Multileval Hierarchical Systems" [38]) beruht, im Gegensatz zu Forresters reiner Simulationsmethode unter der Voraussetzung einer ausreichenden Datengrundlage möglich sein, Simulation und Analyse in Wechselwirkung treten zu lassen. Zu diesem Zweck wird die Welt nach politischen und ökonomischen Gesichtspunkten in zehn Regionen aufgeteilt, die sich ihrerseits in acht Systemebenen gliedern: Nordamerika, Westeuropa, Japan, Rest of Developed (Südafrika, Australien), Ostblock, OPEC-Länder, Rest Afrikas, Südostasien, China. Die drei Systemebenen: Kausal-, Entscheidungs- und Normenstratum gliedern sich folgendermaßen auf: 1) geophysikalische Umwelt, 2) ökologische Ebene (ohne Mensch), 3) technologische Ebene (Technik und Umwelt), 4) ökonomische Ebene, 5) institutionale, 6) sozio-politische, 7) humanbiologische), 8) psychische Ebene. Diesem Modell liegt also die gleiche soziologische Theorie des sozialen Wandels zugrunde, von der auch Klages in Tutzing seine Folgerungen abgeleitet hat.

V

Aus der in der MIT-Studie angekündigten Anti-Krisen-Krisenstrategie ist, wie angedeutet, längst Tagespolitik geworden. Die vom „Club" herausgestellten

35) M. D. Mesarovic und E. Pestel, Club of Rome: Strategie zum Überleben, a. a. .O, S. 499.
36) E. Pestel, Vom Wachstum zum Gleichgewicht. Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 15. 10. 1973.
37) Interview mit E. Pestel, in: „Vorwärts" v. 12. 4. 1973.
38) M. D. Mesarovic/I. L. Sanders/C. F. Sprague, An Axiomatic Approach to Organizations from a General Systems Viewpoint, in: W. W. Cooper/H. J. Leavit/M. W. Shelly II (eds.), New Perspectives in Organization Research, New York-Sydney-London 1964. Eine ausführliche Darstellung und Kritik dieses Ansatzes findet sich bei: R. Prewo/J. Ritsert/E. Stracke, Systemtheoretische Ansätze in der Soziologie. Eine kritische Analyse, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 224 ff.

„Sachzwänge" erweisen sich auch als wirksame ideologische Verbrämungen der neuesten neokolonialistischen Tendenzen. Einst war unter Hinweis auf die in der Malthus'schen Bevölkerungstheorie dargestellten „Sachzwänge" Irland entvölkert und zur „englischen Schaftrift und Viehweide" [39]) gemacht worden. Nun sind die Imperialisten dabei, unter Hinweis auf die vom „Club" erfundenen „Wachstumsgrenzen" einen Teil der ehemaligen Kolonien im Interesse imperialistischer Rohstoffsicherung und der Auslagerung arbeits- und schmutzintensiver Industrien aus den imperialistischen Zentren zu „Subzentren" auszubauen, die — wie die Beispiele Brasilien und Persien zeigen — die Rolle von imperialistischen Hilfs-Weltpolizisten über ganze Subkontinente spielen sollen. Die nicht mit Rohstoffvorkommen gesegneten Entwicklungsländer läßt man praktisch zu Naturschutzgebieten für unterentwickelt gehaltene Völker verkommen und spielt diese „vierte Welt" auch noch — wie es auf der Rohstoffkonferenz geschah — gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der übrigen Entwicklungsländer aus.

Hinter dem „Geist von Salzburg" verbirgt sich also gegenüber den Entwicklungsländern nichts anderes als jene Art von Solidarität, die US-Außenminister Kissinger im März 1974 auf einer Konferenz lateinamerikanischer Außenminister propagierte. Unter Hinweis auf Probleme wie Inflation, Umweltverschmutzung, Rohstoffverknappung und Vermassung forderte er eine „Gemeinschaft der westlichen Hemisphäre". Nicht erst der „Fall" Chile stimmt nachdenklich gegenüber einem solchen Solidaritätsbegriff.

In den imperialistischen Zentren wird mit den Theorien des „Club" nicht nur der forcierte Kapitalexport in die „Subzentren" gerechtfertigt, sondern auch Konsumverzicht durch Reallohnabbau zum einzigen umweltfreundlichen Verhalten erklärt. Wie erfolgreich die Manager hier ihre Ideen bereits verkaufen konnten, beweist eine INFAS-Umfrage, die Ende 1973/Anfang 1974 durchgeführt wurde. Frage: „Sind Sie bereit, für Maßnahmen des Umweltschutzes persönliche Opfer zu bringen oder nicht?" 70 % aller Bundesbürger über 18 Jahre antworteten mit Ja. Bei den Akademikern, dem Gros der Konsumenten der MIT-Studie, wurden sogar 82 % positive Antworten gezählt. 1970 war diese Frage lediglich von 44 % der Bundesbürger positiv beantwortet worden [40]). Die Humanisten vom „Club" werden natürlich jede Verantwortung für die hier angedeutete reaktionäre Interpretation ihrer Ideen weit von sich weisen. Sie werden sich ihre Finger bei der Umsetzung ihrer Ideen in die Tagespolitik nicht selbst schmutzig machen. Wenn Peccei so oft wiederholt: „Unsere Funktion ist eine beratende und keine ausführende", so kann man ihm das ruhig abnehmen. Schließlich spricht er aus seiner eigenen Erfahrung als Chef einer der größten Unternehmensberatungsfirmen, wenn er darauf hinweist: „Als Industrieller sage ich immer, sobald ein Problem klar definiert ist, wird auch ein mittelmäßiger Manager damit fertig" [41]). Und die Probleme werden „definiert", indem man politische Fragen zu „Sachzwängen" macht.

Aber dieses Vorgehen ist wohl schon zu durchsichtig, als daß er Teile der Linken, für die hier ein Beitrag von Hans Magnus Enzensberger [42]) stehen mag, noch stutzig machen könnte. Das Konzept der Wachstumsgrenzen erscheint als zu plausibel, zumal, wenn man die Volksrepublik China als ein einziges Beispiel für eine an diesen Grenzen orientierte Politik präsentieren kann. Enzensberger

39) K. Marx, Das Kapital, I, MEW Bd. 23, Berlin (DDR) 1969, S. 739.
40) Veröffentlicht in: „Umwelt" — Informationen des Bundesministers des Innern zur Umweltplanung und zum Umweltschutz, Nr. 30 v. 29. 3. 1974, S. 14 ff.
41) A. Peccei, in: Oltmans (Hrsg.), a. a. O., S. 182.
42) H M. Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie, In: „Kursbuch", 33.

demonstriert, wie leicht man sich durch eine pseudonaturwissenschaftliche Argumentation täuschen lassen kann: „Dadurch, daß wir die Interessen namhaft machen, die hinter den gängigen demographischen Theoremen stecken, werden die Bedürfnisse einer rapide wachsenden Bevölkerung nicht aus der Welt geschafft; die Überprüfung der Reklamekampagnen der Konzerne vermehrt die Energiereserven nicht um eine einzige Tonne Öl; und der Fremdstoffgehalt der Luft nimmt keineswegs dadurch ab, daß wir auf die Vorgeschichte der Pollution im viktorianischen England aufmerksam machen" [42a]). „In dieser Situation ist es notwendig, gewisse Momente der marxistischen Tradition rücksichtslos zu problematisieren" [43]). „Zu problematisieren ist zunächst die Idee des materiellen Fortschritts" [44]). Ahnt Enzensberger gar nicht, wie hervorragend er sich in die Strategie der kapitalistischen Krisenmanager einspannen läßt, wenn er schreibt: „Das gesellschaftliche und politische Denken der Ökologen ist mit Blindheit und Naivität geschlagen ... Doch haben sie dem utopischen Denken der westlichen Linken eines voraus, nämlich die Einsicht, daß jede absehbare Zukunft dem Reich der Notwendigkeit, nicht dem der Freiheit angehört, und daß jede künftige politische Theorie und Praxis, auch die der Sozialisten, sich nicht mit dem Problem des Überflüsses, sondern mit dem des Überlebens konfrontiert sieht" [45]). Forrester, der Erfinder des MIT'Weltmodells, hatte das prägnanter ausgedrückt: „Es gibt offenbar an unserem Horizont keine pressionsfreien Utopien" [46]).

Der Kern des „Wachstumsproblems" ist aber doch dies: Die Konzerne können nicht mehr, wie sie wollen, und der „Club of Rome" möchte in dieser Situation die internationale Arbeiterklasse und die nationalen Befreiungsbewegungen dazu bringen, nicht mehr zu wollen wie sie könnten.

Der mexikanische Präsident Echeverria ist auf der Salzburger Tagung dem Weltbild des „Club" entgegengetreten: „Es ist nicht die Industrialisierung und der technische Fortschritt im einzelnen, welche die Ursachen des Zuendegehens gewisser Güter oder der Umweltverschmutzung ausmachen. Die Verantwortung fällt hauptsächlich auf das Wirtschaftssystem der Ausbeutung zurück, welches die internationale Gesellschaft organisierte, mit Hinblick auf eigenen Gewinn und koloniale Herrschaft" [47]).

Für die Wissenschaftler gibt es in dieser Situation nur zwei Möglichkeiten: entweder sie nehmen Partei für die Ausgebeuteten und Unterdrückten oder sie beugen sich den „Sachzwängen" eines bankrotten Systems.

Im Blick auf die Funktion des „Club of Rome" hat der bekannte US-Ökologe Barry Commoner klare Worte gefunden: „Ich bin bereit, mich der Entscheidung des Volkes zu fügen. Ich bin nicht bereit, mich den Entscheidungen Pecceis und der mit ihm befreundeten Premierminister zu fügen. Sie haben meiner Meinung nach kein Recht, sich an die Spitze des Weltgewissens zu stellen" [48]).

42a) Ebd., S. 22.
43) Ebd., S. 26.
44) Ebd.
45) Ebd., S. 27 f.
46) J. W. Forrester, in: W. L. Oltmans (Hrsg.), S. 23.
47) Aus der vervielfältigten Rohübersetzung der Rede Echeverrias.
48) B. Commoner, in: W. L. Oltmans (Hrsg.), a. a. O., S. 129.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974 über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung

(Wortlaut)

Wir, die Mitglieder der Vereinten Nationen, zu einer Sondersitzung der Generalversammlung zusammengekommen, um zum erstenmal die Rohstoff- und Entwicklungsprobleme zu untersuchen und die wichtigsten Wirtschaftsprobleme, denen die Weltgemeinschaft konfrontiert ist, zu erörtern und dabei Geist, Absichten und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zur Förderung der wirtschaftlichen Weiterentwicklung und des sozialen Fortschritts aller Völker im Sinne tragend,

verkünden feierlich unsere gemeinsame Entschlossenheit, dringlich für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu arbeiten, beruhend auf Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung souveräner Staaten, dem Bewußtsein der wechselseitigen Abhängigkeit, dem gemeinsamen Interesse und der Zusammenarbeit unter allen Staaten ungeachtet ihres wirtschaftlichen und sozialen Systems,

womit Ungleichheiten korrigiert und bestehende Ungleichheiten behoben sowie die Beseitigung der sich vertiefenden Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern ermöglicht und eine sich ständig beschleunigende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Frieden und Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen sichergestellt werden soll.

I

Die größte und bedeutsamste Errungenschaft der letzten Jahrzehnte war die Abschüttelung der Kolonial- und Fremdherrschaft durch eine große Zahl von Völkern und Nationen, wodurch es ihnen ermöglicht wurde, Mitglieder der Gemeinschaft freier Völker zu werden. Ferner ist in den letzten drei Jahrzehnten technischer Fortschritt auf allen Gebieten der Wirtschaft erzielt worden, so daß ein solides Potential für die Verbesserung des Wohlergehens aller Völker entstanden ist.

Die noch vorhandenen Spuren von Fremd- und Kolonialherrschaft, Besetzung durch fremde Truppen, rassischer Diskriminierung, Apartheid und Neokolonialismus in allen Formen gehören jedoch weiterhin zu den größten Hindernissen, die der vollen Emanzipation und dem Fortschritt der Entwicklungsländer und aller beteiligten Völker entgegenstehen.

Die Früchte des technischen Fortschritts werden nicht gerecht von allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft geteilt. Die Entwicklungsländer, die 70 % der Weltbevölkerung stellen, bringen nur 30 % des Welteinkommens auf.

Es hat sich als unmöglich erwiesen, im Rahmen der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung eine gleichmäßige und ausgeglichene Entwicklung der internationalen Gemeinschaft zu erreichen.

In einem System, welches zu einer Zeit geschaffen wurde, da die meisten Entwicklungsländer noch nicht einmal als unabhängige Staaten existierten und welches die Ungleichheit verewigt, vertieft sich die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern weiterhin.

II

Die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung steht in einem direkten Konflikt mit aktuellen Entwicklungen in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Seit 1970 hat die Weltwirtschaft eine Reihe ernster Krisen erlebt, die sich wegen ihrer allgemein größeren Empfindlichkeit gegenüber wirtschaftlichen Impulsen von außen vor allem auf die Entwicklungsländer besonders schwerwiegend ausgewirkt haben. Die sich entwickelnde Welt ist zu einem machtvollen Faktor geworden, der seinen Einfluß auf allen Gebieten der internationalen Tätigkeit spürbar macht.

Diese nicht mehr rückgängig zu machenden Wandlungen im Kräfteverhältnis der Welt erfordern die tätige, uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilnahme der Entwicklungsländer an der Formulierung und Anwendung aller Entscheidungen, welche die internationale Gemeinschaft angehen.

III

Alle diese Wandlungen haben mit einem Schlage die Realität der wechselseitigen Abhängigkeit aller Mitglieder der Weltgemeinschaft deutlich gemacht. Die aktuellen Ereignisse haben klar die Einsicht herausgestellt, daß sich die Interessen der entwickelten Länder und die Interessen der Entwicklungsländer nicht mehr voneinander trennen lassen; daß es eine enge Wechselbeziehung zwischen dem Wohlstand der entwickelten und dem Wachstum und der Entwicklung der Entwicklungsländer gibt und daß der Wohlstand der internationalen Gemeinschaft als Ganzes vom Wohlstand ihrer einzelnen Teile abhängt. Die internationale Zusammenarbeit in der Entwicklung ist das gemeinsame Ziel und die gemeinsame Pflicht aller Länder.

So beruht das politische, wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der heutigen und der künftigen Generationen mehr denn je auf der Zusammenarbeit aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung souveräner Staaten und der Beseitigung des zwischen ihnen bestehenden Ungleichgewichts.

IV

Die neue internationale Wirtschaftsordnung muß auf der uneingeschränkten Achtung vor den folgenden Grundsätzen beruhen:

a. Gleichberechtigung aller souveränen Staaten, Selbstbestimmungsrecht aller Völker, Verbot des Gebietserwerbs durch Gewalt, territoriale Unantastbarkeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

b. Breiteste Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten der internationalen Gemeinschaft, beruhend auf Billigkeit und Gerechtigkeit, wodurch die in der Welt herrschenden Ungleichheiten beseitigt und der Wohlstand für alle sichergestellt werden können.

c. Volle und wirksame Teilnahme aller Länder auf der Grundlage der Gleichberechtigung an der Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme im gemeinsamen Interesse aller Länder, eingedenk der Notwendigkeit, die beschleunigte Entwicklung aller Entwicklungsländer sicherzustellen, wobei höchste Aufmerksamkeit besonderen Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten, vom Zugang zum Meer abgeschnittenen und auf Inseln gelegenen Entwicklungsländer sowie derjenigen Entwicklungsländer zuzuwenden ist, die am schwersten von wirtschaftlichen Krisen und natürlichen Nachteilen betroffen sind; ohne daß jedoch die Interessen anderer Entwicklungsländer aus den Augen verloren werden dürfen.

d. Das Recht jedes Landes, sich ohne Diskriminierung dasjenige wirtschaftliche und soziale System zu geben, das seines Erachtens für seine eigene Entwicklung am besten geeignet ist.

e. Volle Souveränität jedes Staates über seine Bodenschätze und seine gesamte wirtschaftliche Tätigkeit.

Zum Schutz dieser Bodenschätze hat jeder Staat das Recht, wirkungsvolle Kontrolle über sie und ihre Ausbeutung auszuüben und zu diesem Zweck diejenigen Mittel anzuwenden, die seiner eigenen Situation angemessen sind, einschließlich des Rechts der Verstaatlichung oder der Übertragung des Besitzrechts an seine eigenen Staatsbürger, wobei dieses Recht ein Ausdruck der uneingeschränkten und beständigen Souveränität des Staates ist.

Kein Staat darf wirtschaftlichem, politischem oder irgendeinem anders gearteten Zwang ausgesetzt werden, um ihn an der freien und uneingeschränkten Ausübung dieses unveräußerlichen Rechts zu hindern.

f. Das Recht aller Staaten, Territorien und Völker, die fremder Besetzung, fremder und kolonialer Beherrschung oder der Apartheid unterworfen sind, auf Rückgabe und volle Entschädigung für Ausbeutung, Minderung oder Beschädigung der Bodenschätze und aller anderen Hilfsquellen.

g. Regulierung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von multinationalen Gesellschaften durch Einleitung von Maßnahmen im Interesse der Volkswirtschaft derjenigen Länder, in denen derartige Gesellschaften operieren, auf der Grundlage der uneingeschränkten Souveränität dieser Länder.

h. Das Recht der Entwicklungsländer und der Völker, deren Gebiete kolonialer und rassistischer Herrschaft und fremder Besetzung unterworfen sind, ihre Befreiung zu betreiben und die wirksame Kontrolle über ihre Bodenschätze und ihre wirtschaftliche Tätigkeit wiederzuerlangen.

i. Die Gewährung von Beistand an Entwicklungsländer, Völker und Territorien unter Kolonial- und Fremdherrschaft, fremder Besetzung, rassischer Diskriminierung und Apartheid; ferner an Länder, die wirtschaftlichen, politischen oder anders gearteten Maßnahmen ausgesetzt sind, mit denen der Verzicht auf die Ausübung ihrer souveränen Rechte erzwungen und ihnen Vorteile jeglicher Art abgewonnen werden sollen; ebenso an Länder, die eine wirksame Kontrolle über ihre Bodenschätze und ihre wirtschaftliche Tätigkeit, die fremder Kontrolle unterworfen waren oder noch sind, hergestellt haben oder danach streben.

j. Gerechte Relationen zwischen den Preisen von Rohstoffen, Grundstoffen, Fertigwaren und Halbfertigwaren, die von Entwicklungsländern exportiert werden, und den Preisen von Rohstoffen, Grundstoffen, Fertigwaren, Investitionsgütern und Industrieausrüstungen, die von ihnen importiert werden, mit dem Ziel, eine beständige Verbesserung ihrer unbefriedigenden Handelsbedingungen sowie die Expansion der Weltwirtschaft herbeizuführen.

k. Ausweitung der aktiven Unterstützung der Entwicklungsländer durch die gesamte internationale Gemeinschaft, frei von allen politischen oder militärischen Bedingungen.

l. Sicherstellung, daß eines der Hauptziele der Reform des Weltwährungssystems in der Förderung der Entwicklung der Entwicklungsländer und eines angemessenen Zustroms von Realkapital an sie besteht.

m. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Naturprodukten, die der Konkurrenz durch synthetische Ersatzstoffe ausgesetzt sind.

n. Erteilung von Präferenzen an Entwicklungsländer, wo immer dies praktisch möglich ist, und nichtreziproke Behandlung auf allen Gebieten der internationalen wirtchaftlichen Zusammenarbeit.

o. Sicherung günstiger Bedingungen beim Kapitaltransfer an Entwicklungsländer.

p. Zugang zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik für die Entwicklungsländer, Übermittlung technischer Kenntnisse an sie und Schaffung einer einheimischen Technologie zum Nutzen der Entwicklungsländer in einer Form, die den Wirtschaftsformen dieser Länder entspricht.

q. Die Notwendigkeit, daß alle Staaten die Vergeudung von Gütern der Natur einschließlich der Nahrungsmittel beenden.

r. Das Erfordernis, daß die Entwicklungsländer alle ihre Hilfsquellen auf die Aufgabe der Entwicklung konzentrieren.

s. Die Stärkung der wirtschaftlichen, kommerziellen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit durch individuelle und kollektive Aktionen unter den Entwicklungsländern, hauptsächlich auf der Grundlage von Präferenzen.

t. Erleichterung der Rolle von Erzeugerkartellen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung des beständigen Wachstums der Weltwirtschaft und zur Entwicklung der Entwicklungsländer.

V

Die einstimmige Annahme der internationalen Entwicklungsstrategie für das zweite Entwicklungsjahrzehnt war ein wichtiger Schritt zur Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage von Recht und Billigkeit. Die Beschleunigte Realisierung der Verpflichtungen und Bindungen, die die internationale Gemeinschaft im Rahmen dieser Strategie eingegangen ist, insbesondere derjenigen, die sich auf die zwingend erforderlichen Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer beziehen, würde in bedeutendem Maße zur Erfüllung der Absichten und Ziele der vorliegenden Erklärung beitragen.

VI

Die Vereinten Nationen sollten als universale Organisation in der Lage sein, sich auf umfassende Weise mit den Problemen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu befassen und in gleichem Maße die Interessen aller Länder sicherzustellen. Sie müssen eine noch größere Rolle in der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung spielen. Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, zu deren Ausarbeitung diese Erklärung einen zusätzlichen Anstoß geben muß, wird einen bedeutungsvollen Beitrag dazu liefern.

Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind deshalb aufgerufen, die äußersten Anstrengungen zu unternehmen, um die Verwirklichung dieser Erklärung sicherzustellen, die eine der wichtigsten Garantien zur Schaffung besserer Bedingungen für alle Völker ist, um ein menschenwürdiges Leben zu erreichen.

Diese Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung soll eine der wichtigsten Grundlagen für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen allen Völkern und allen Nationen sein.

Aktionsprogramm der Rohstoff- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 9. April bis 2. Mai 1974 über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (I) *)

(Wortlaut)

Die Generalversammlung beschließt das folgende Aktionsprogramm:

AKTIONSPROGRAMM ZUR SCHAFFUNG EINER NEUEN INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSORDNUNG

In Anbetracht der andauernden ernsten wirtschaftlichen Ungleichheit in den Beziehungen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern und in Zusammenhang mit der sich ständig verschärfenden wirtschaftlichen Lage der Entwicklungsländer sowie der sich daraus ergebenden Notwendigkeit von Maßnahmen zur Linderung ihrer laufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten müssen von der internationalen Gemeinschaft unverzügliche und wirksame Schritte unternommen werden, um den Entwicklungsländern zu helfen. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei den am wenigsten entwickelten Ländern, den Ländern ohne eigenen Zugang zum Meer, den insular gelegenen sowie denjenigen Entwicklungsländern gewidmet werden, die am schwersten von Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen betroffen und dadurch in ihren Entwicklungsprozessen in ernster Weise behindert sind.

Um die Verwirklichung der Deklaration über die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu sichern, wird es notwendig sein, innerhalb eines festgesetzten Zeitraums ein Aktionsprogramm anzunehmen und zu verwirklichen, das in einem bisher beispiellosen Umfange ein Maximum an wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Verständigung zwischen allen Staaten ermöglicht, insbesondere zwischen entwickelten und Entwicklungsländern, und zwar basierend auf den Prinzipien der Würde und der souveränen Gleichberechtigung.

Aktionsprogramm

I) Grundlegende Probleme im Hinblick auf Rohstoffe und Grundstoffe im Zusammenhang mit Handel und Entwicklung

1) Rohstoffe

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um

a) alle Formen der Fremdherrschaft, Rassendiskriminierung, *Apartheid* sowie kolonialer, neokolonialistischer und fremder Beherrschung und Ausbeutung zu beseitigen durch die Ausübung der ständigen Souveränität über die natürlichen Ressourcen;

b) Maßnahmen einzuleiten zur Entdeckung, Förderung, Entwicklung, Vermarktung und Distribution natürlicher Ressourcen insbesondere der Entwicklungsländer, um den nationalen Interessen dieser Länder zu dienen, ihr kollektives Selbstvertrauen zu fördern und die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gegenseitigem Vorteil zu stärken und auf diese Weise die beschleunigte Entwicklung der Entwicklungsländer zu erreichen;

c) die Arbeit der Organisationen von Erzeugerländern zu erleichtern und ihre Ziele zu fördern, einschließlich ihrer gemeinsamen Marktabsprachen geordneten Warenaustausch, erhöhte Exporteinkommen der produzierenden Entwicklungsländer, eine Verbesserung

*) In Anbetracht des außerordentlichen Umfangs des Aktionsprogramms kann die Übersetzung der folgenden Kapitel (II. Internationales Währungssystem und Entwicklungsfinanzierung; III. Industrialisierung; IV. Technologie-Transfer; V. Kontrolle und Regulierung der Tätigkeit multinationaler Gesellschaften; VI. Charta ökonomischer Rechte und Pflichten der Staaten; VII. Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern; VIII. Unterstützung für die Ausübung dauerhafter Souveränität der Staaten über natürliche Ressourcen. IX. Stärkung der Rolle der UNO auf dem Gebiet internationaler Wirtschaftszusammenarbeit; X.Sonderprogramm) erst in Heft 7/1974 der „Blätter" veröffentlicht werden. D. Red.

ihrer *terms of trade* und zunehmendes wirtschaftliches Wachstum im Weltmaßstab zum Vorteil aller zu gewährleisten;

d) ein gerechtes und ausgeglichenes Verhältnis herzustellen zwischen den Preisen für Rohstoffe, Grundstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, die von den Entwicklungsländern exportiert werden, und den Preisen für die von ihnen importierten Rohstoffe, Grundstoffe, Nahrungsmittel, Halbfertig- und Fertigwaren und Anlagegüter; auf ein Junktim zwischen den Preisen für Exporte aus Entwicklungsländern und den Preisen für ihre Importe aus den entwickelten Ländern hinzuarbeiten;

e) Maßnahmen zu ergreifen, damit der Trend zur Stagnation oder zu weiterem Absinken der Effektivpreise verschiedener von Entwicklungsländern exportierter Güter, der trotz des allgemeinen Ansteigens der Warenpreise nach wie vor anhält, umgekehrt werden kann, da er in diesen Entwicklungsländern zu einem Absinken des Exporteinkommens führt;

f) Maßnahmen zu treffen zur Ausweitung der Märkte für natürliche Produkte gegenüber synthetisch hergestellten, dabei die Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen und die ökologischen Vorteile dieser Produkte vollständig auszunutzen;

g) Förderungsmaßnahmen für die Verarbeitung von Rohstoffen in den Ursprungsländern zu treffen.

2) Nahrungsmittel

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um

a) die spezifischen Probleme von Entwicklungsländern voll zu berücksichtigen bei den internationalen Aktionen im Zusammenhang mit den Ernährungsproblemen, insbesondere in Zeiten der Nahrungsmittelknappheit;

b) zu berücksichtigen, daß einige Entwicklungsländer wegen fehlender finanzieller Mittel über ein großes Potential unerschlossenen oder ungenügend erschlossenen Landes verfügen, das im Falle seiner Erschließung und praktischen Nutzung beträchtlich zur Lösung der Nahrungsmittelkrise beitragen würde;

c) seitens der internationalen Gemeinschaft konkrete und schnelle Maßnahmen zu ergreifen, um Wüstenbildung, zu große Salzhaltigkeit des Bodens, Schäden durch Heuschreckenfraß und alle ähnlichen Erscheinungen zu stoppen, wie sie in mehreren Entwicklungsländern vor allem in Afrika vorkommen und dort die landwirtschaftliche Produktionskapazität schwer beeinträchtigen. Darüber hinaus sollte die internationale Gemeinschaft die von diesen Phänomenen betroffenen Entwicklungsländer dabei unterstützen, die betroffenen Gebiete zu entwickeln, um so einen Beitrag zur Lösung der Nahrungsmittelprobleme dieser Länder zu leisten;

d) davon Abstand zu nehmen, natürliche Rohstoffe und Nahrungsmittelressourcen zu zerstören oder zu beeinträchtigen — insbesondere soweit sie dem Meer entstammen — und vorbeugende Maßnahmen gegen die Umweltverschmutzung sowie geeignete Schritte zum Schutz und zur Wiederherstellung dieser Bestände zu unternehmen;

e) seitens der entwickelten Länder in ihrer Politik bezüglich Produktion, Lagerung, Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln die Interessen von

(I) importierenden Entwicklungsländern, die sich hohe Ausgaben für ihre Importe nicht leisten können, und von

(II) exportierenden Entwicklungsländern, die für ihre Exporte eine Ausweitung der Absatzmärkte benötigen,

voll zu berücksichtigen;

f) zu gewährleisten, daß Entwicklungsländer die notwendige Menge Nahrungsmittel importieren können ohne eine ungerechtfertigte Belastung ihrer Devisenbestände und ohne unabsehbare Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanzen. In diesem Zusammenhang sollten besondere Maßnahmen im Hinblick auf die am wenigsten entwickelten Länder, die Länder ohne eigenen Zugang zum Meer oder die sich in Insellage befindenden Entwicklungsländer sowie im Hinblick auf diejenigen Entwicklungsländer, die am schwersten von Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen betroffen sind, getroffen werden;

g) zu gewährleisten, daß konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und zur Erweiterung der Lagerungsmöglichkeiten für Lebensmittel in den Entwicklungsländern ergriffen werden — *unter anderem* dadurch, daß eine Erhöhung aller vorhandenen wesentlichen Inputs (einschließlich Düngemittel) durch die entwickelten Länder zu günstigen Bedingungen gesichert wird;

h) die Ausfuhr von Lebensmittelprodukten aus den Entwicklungsländern durch gerechte Abmachungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu fördern; *unter anderem* durch den stufenweisen Abbau protektionistischer und anderer Maßnahmen, die unfaire Wettbewerbsbedingungen schaffen.

3) Allgemeiner Handel

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um

a) die folgenden Maßnahmen zu treffen, um die *terms of trade* für Entwicklungsländer zu verbessern, und konkrete Schritte zu unternehmen, damit die chronischen Handelsdefizite der Entwicklungsländer beseitigt werden können:

(I) Erfüllung relevanter Zusagen, die im Rahmen der UNCTAD und der Internationalen Entwicklungsstrategie bereits gemacht wurden;

(II) verbesserter Zugang zu Märkten in entwickelten Ländern durch die stufenweise Abschaffung tarifärer und nichttarifärer Beschränkungen und restriktiver Geschäftspraktiken;

Erziehung und Bildung

K.-H. Heinemann, Arbeit und Technik in der Erziehung. Studien zum polytechnischen Unterricht in der DDR. 173 S., DM 14,80.

F. Hofmann, Allgemeinbildung. Eine problemgeschichtliche Studie. 175 S., DM 12,80.

W. Kienitz (Hrsg.), Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen. Ein internationaler Vergleich. 389 S., DM 19,80.

J. Lompscher, Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins. 315 S., DM 19,80.

A. W. Lunatscharski, Über die Volksbildung. Aus dem Russischen. 215 S., DM 12,80.

G. Neuner, Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung. 307 S., DM 14,80.

Pahl-Rugenstein

(III) die zügige Ausarbeitung geeigneter Warenabkommen wäre ein geeignetes Mittel, um nach Maßgabe des Notwendigen regulierend eingreifen zu können und die Weltmärkte für Rohstoffe und Grundstoffe zu stabilisieren;

(IV) die Vorbereitung eines voll integrierten Programms für eine große Anzahl von Gütern, an deren Export die Entwicklungsländer interessiert sind; das Programm soll Leitlinien entwickeln und die laufende Arbeit auf diesem Gebiet berücksichtigen;

(V) Wo Produkte von Entwicklungsländern mit der heimischen Produktion in entwickelten Ländern im Wettbewerb stehen, sollte jedes entwickelte Land die Ausweitung der Importe aus Entwicklungsländern erleichtern und letzteren eine faire und vernünftige Chance einräumen, an der Ausweitung des Marktes teilzuhaben;

(VI) wenn die importierenden entwickelten Länder Einnahmen aus Zusatzzöllen, Steuern und anderen protektionistischen Maßnahmen gegenüber der Einfuhr dieser Produkte erzielen, dann sollte der Anspruch der Entwicklungsländer berücksichtigt werden, diese Einnahmen in voller Höhe den exportierenden Entwicklungsländern zurückzuerstatten oder zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel zu verwenden, mit denen der Bedarf dieser Länder für Entwicklungszwecke gedeckt werden kann.

(VII) Entwickelte Länder sollten geeignete Veränderungen in ihrer Wirtschaft so treffen, daß die Ausweitung und Diversifizierung der Einfuhren aus Entwicklungsländern erleichtert werden kann. Dies würde eine vernünftige, gerechte und ausgewogene internationale Arbeitsteilung ermöglichen.

(VIII) Aufstellung allgemeiner Grundsätze zur Preispolitik beim Waren-Export aus den Entwicklungsländern; für diese Länder sollten ausgleichende Maßnahmen sowie die Durchsetzung von befriedigenden *terms of trade* für diese Länder angestrebt werden.

(IX) Bis zur Schaffung zufriedenstellender *terms of trade* für alle Entwicklungsländer sollte man auch Alternativmöglichkeiten in Betracht ziehen, einschließlich verbesserter Modelle für Ausgleichszahlungen nach Maßgabe des für die Entwicklung der betroffenen Entwicklungsländer Notwendigen.

(X) Anwendung, Verbesserung und Ausweitung des Allgemeinen Präferenzsystems für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Rohstoffen, Halb- oder Fertigwaren, die von den entwickelten Staaten aus den Entwicklungsländern importiert werden; eine Ausdehnung des Systems auf alle Waren, auch auf halb oder ganz verarbeitete Produkte, sollte in Erwägung gezogen werden. Entwicklungsländer, deren Zollvorteile in einigen entwickelten Ländern schon jetzt oder künftig von der Verwirklichung und möglichen Ausdehnung des Allgemeinen Präferenzsystems berührt werden, sollten als Kompensation neue Zugänge zu den Märkten anderer entwickelter Länder im Sinne einer Notmaßnahme erhalten.

(XI) Schaffung von Ausgleichsvorräten im Rahmen von Gebrauchsgüterabkommen und ihre Finanzierung durch internationale Finanzierungsgremien, wo immer es erforderlich ist, durch die entwickelten Länder und — falls sie dazu in der Lage sind — durch die Entwicklungsländer; Ziel sollte dabei sein, die produzierenden und konsumierenden Entwicklungsländer zu begünstigen und zur Ausweitung des Welthandels als Ganzem beizutragen.

(XII)) In Fällen, in denen natürliche Materialien die Anforderungen des Marktes erfüllen können, sollten keine neuen Investitionen für eine erweiterte Kapazität bei der Produktion synthetischer Materialien und der Herstellung von Ersatzstoffen mehr getätigt werden.

b) sich von den Prinzipien der Nicht-Reziprozität und der bevorzugten Behandlung von Entwicklungsländern in den multinationalen Handelsgesprächen zwischen entwickel-

ten und sich entwickelnden Ländern leiten zu lassen; langfristige und zusätzliche Vorteile für den internationalen Handel von Entwicklungsländern zu suchen, um auf diese Weise ein entscheidendes Anwachsen ihrer Deviseneinnahmen, eine Diversifizierung ihrer Exporte und eine Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen Wachstumsrate zu erzielen.

4) Transport und Versicherungswesen

Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um

(I) eine wachsende und gleichberechtigte Beteiligung von Entwicklungsländern an der Gesamttonnage der Welthandelsflotte zu fördern;

(II) die ständig weiter steigenden Frachtkosten einzufrieren und zu reduzieren, um dadurch die Einfuhrkosten nach und die Ausfuhrkosten aus den Entwicklungsländern gleichfalls zu senken;

(III) die Versicherungskosten für Entwicklungsländer zu senken und beim Entstehen und Wachstum einheimischer Versicherungsmärkte der Entwicklungsländer zu helfen und zu diesem Zwecke in solchen Ländern oder auf regionaler Ebene entsprechende Institutionen einzurichten;

(IV) zu gewährleisten, daß die Verfahrensregeln für Schiffahrtskonferenzen *(Code)* schnell angenommen werden;

Änderung der Anschrift

Eine Änderung der Anschrift, die dem Verlag nicht oder nicht rechtzeitig mitgeteilt wird, bringt aufwendige Nachforschungsarbeiten und für den Abonnenten meistens auch Unannehmlichkeiten mit sich. Wir bitten deshalb darum, eine Änderung der Anschrift dem Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, rechtzeitig mitzuteilen.

Pahl-Rugenstein Verlag

Mitteilung an den Pahl-Rugenstein Verlag

Name ..... Vorname .....

Alte Anschrift bis ..... Neue Anschrift ab .....

Ort ( ) ..... Ort ( ) .....

Straße ..... Straße .....

....

(Unterschrift) (Kunden-Nr.)

(V) dringende Maßnahmen zu ergreifen zur Erweiterung des Im- und Exportvolumens der am wenigsten entwickelten Länder, die Nachteile der ungünstigen geographischen Lage von Ländern, die keinen eigenen Zugang zum Meer haben, vor allem im Hinblick auf ihre Transport- und Transitkosten zu beseitigen und außerdem die Länder in Insellage zu entwickeln und dadurch ihre Handelskapazität zu vergrößern;

(VI) seitens der entwickelten Länder davon abzusehen, Maßnahmen zu erzwingen oder eine Politik zu betreiben, die dem Ziel dienen, die Wareneinfuhr zu gerechten Preisen aus Entwicklungsländern zu verhindern; ferner davon Abstand zu nehmen, legitime Maßnahmen und eine legitime Politik zum Scheitern zu bringen, die von den Entwicklungsländern praktiziert werden sollen, um die Preissituation zu verbessern und zum Export solcher Waren zu ermutigen.

(Zweiter Teil folgt)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Redaktion: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 37 31 04. Postscheck: Köln 65 14-503. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 28,—/56,—; öSch. 175,—/350,—; hfl. 25,—/50,—; bfr. 360,—/720,—; franz. fr. (NF) 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lire 5500,—/11000,—; dkr. 55,—/110,—; nkr. 50,—/100,—; skr. 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

GOLDSCHMIDT, Werner, geb. 1940 in Saarbrücken, Studium der Soziologie, seit 1970 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (zusammen mit Detlev Albers und Paul Oehlke), Reinbek 1971. *** *OSTROWSKY, Jürgen*, geb. 1945 in Kattowitz, Studium der Wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHILLING, Wilfrid*, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *BREUER, Dr. Wilhelm*, geb. 1944 in Eschweiler, Sozialwissenschaftler in Köln; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HARRER, Dr. Jürgen*, geb. 1942 in Stuttgart, Dozent für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *FRIEGE, Henning*, geb. 1951 in Mülheim/Ruhr, Studium der Chemie an der Universität Münster. *** *KAISER, Dr. Peter M.*, geb. 1944 in Dresden, Studium der Chemie in Marburg, Promotion im Fach Biochemie, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Chemie der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *VOLPERT, Dr. Walter*, geb. 1942 in München, Studium der Psychologie, Soziologie und Pädagogik in München und Westberlin, Professor für Psychologie unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Betriebspsychologie an der Pädagogischen Hochschule Westberlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig*, geb. 1949 in Magdlos Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BESSAU, Gerhard*, geb. 1935, verst. 1974, Dipl.-Volkswirt. *** *SEE, Dr. Hans*, geb. 1934 in Frankfurt/M, Lehrbeauftragter an der Universität Marburg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Landratsamt Hanau.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Penner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devilliers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Gräber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Walter Jens
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Kepllcz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Malhofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Pfaf
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ull Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
Albert J. Rosker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Rolf Rendtorff
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl †
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Ulrich Sonnemann
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Tomes Torsvig
Dragoljub Trailović
Grigori Tunkin
John E. Ullman
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

GOLDSCHMIDT, Werner, geb. 1940 in Saarbrücken, Studium der Soziologie, seit 1970 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hamburg; Veröffentlichungen u. a.: Klassenkämpfe in Westeuropa (zusammen mit Detlev Albers und Paul Oehlke), Reinbek 1971. *** *OSTROWSKY, Jürgen,* geb. 1945 in Kattowitz, Studium der Wissenschaftlichen Politik und der Soziologie, Wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Marburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *BREUER, Dr. Wilhelm,* geb. 1944 in Eschweiler, Sozialwissenschaftler in Köln; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HARRER, Dr. Jürgen,* geb. 1942 in Stuttgart, Dozent für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. *** *FRIEGE, Henning,* geb. 1951 in Mülheim/Ruhr, Studium der Chemie an der Universität Münster. *** *KAISER, Dr. Peter M.,* geb. 1944 in Dresden, Studium der Chemie in Marburg, Promotion im Fach Biochemie, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Chemie der Universität Münster; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *VOLPERT, Dr. Walter,* geb. 1942 in München, Studium der Psychologie, Soziologie und Pädagogik in München und Westberlin, Professor für Psychologie unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Betriebspsychologie an der Pädagogischen Hochschule Westberlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GÄRTNER, Edgar Ludwig,* geb. 1949 in Magdlos Krs. Fulda, Studium der Biologie und der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/M; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BESSAU, Gerhard,* geb. 1935, verst. 1974, Dipl.-Volkswirt. *** *SEE, Dr. Hans,* geb. 1934 in Frankfurt/M, Lehrbeauftragter an der Universität Marburg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Landratsamt Hanau.